IMT Nuremberg Archives

H – 847

International Court of Justice

H0847 - 0002

Notice.

Not to be published until presented before the tribunal in open court and then only that portion actually submitted as evidence.

Ne pas publier avant présentation devant le tribunal en audience publique et seulement la partie réellement versée au dossier.

Nicht zu veroeffentlichen vor Darlegung vor dem Gericht (Tribunal) in oeffentlicher Sitzung und dann nur jenen Teil, welcher tatsaechlich zur Beweisfuehrung uebermittelt wurde.

Не публиковать до того, как представлено на публичном заседании Трибунала и только ту часть, которая представлена в качестве доказательства.

I certify that none of the documents included herein have been denied by the Tribunal and that this document book has been examined with the prosecution in accordance with the ruling of the Tribunal dated 4 April 1946.

Je certifie qu'aucun des documents ci-inclus n'a été contesté par le Tribunal, et que ce livre de documents a été examiné par le Ministère Public suivant les règles du Tribunal, en date du 4 Avril 1946.

Ich bestätige, dass keine der hierin enthaltenen Dokumente vom Gerichtshof abgelehnt wurden und dass dieses Dokumentenbuch gemeinsam mit der Anklagevertretung durchgesehen wurde, in Uebereinstimmung mit der Entscheidung des Gerichtshofes vom 4. April 1946.

Signature of Counsel

Signature de l'Avocat

Unterschrift des Verteidigers.

H0847-0003

SPEER Dokument
Nr. 44 Spe.

Speer Exhibit Nr.....

Dr. Walter Schieber 7. Mai 1944

Vertraulich - Persoenlich!

Herrn

Reichsminister Speer.

Die immer schwieriger werdende Arbeitseinsatzlage erfaehrt in diesen Wochen eine unertraegliche Belastung durch Abzug besteingearbeiteter Kraefte aus Fertigungszweigen, deren Produktionsergebnisse der allgemeinen Ruestung zukommen.

Durch eine Vereinbarung zwischen dem Herrn Reichsminister der Justiz und dem Generalbevollmaechtigten fuer den Arbeitseinsatz (Gb Arb VIa 5131/32 v. 11.2.44) war die Weiterbeschaeftigung der fuer die Ruestung eingesetzten Haeftlinge mit mehrjaehrigen Strafen nach ihrer Haftentlassung durch Dienstverpflichtung in den bisherigen Betrieben befriedigend geregelt. Gegen diese Regelung wird wohl auf Grund einer frueheren Vereinbarung zwischen dem Reichsfuehrer SS und Minister Thierack immer mehr verfahren, indem die ihre Strafe abgebuessten Gefangenen zur Arbeitsleistung in die SS-Betriebe ueberfuehrt werden. Insbesondere die sogenannten asozialen, aber auch andere Gattungen von Strafgefangenen, die nach jahrelangem Einsatz in der Ruestungswirtschaft zu Facharbeitern und angelernten Kraeften herangebildet worden sind, gehen damit den Betrieben der Ruestungswirtschaft verloren. Ihr Abzug bedeutet bei dem staendig wachsenden Arbeitermangel eine empfindliche Stoerung und beeintraechtigt die Fertigung von wichtigstem Kriegsgeraet.

In diesem Zusammenhang bin ich verpflichtet, Ihnen - wie schon in Meran erwaehnt - einmal zusammengefasst ueber eine noch groessere Arbeitsstoerung in unseren Betrieben und eine sehr ernste Gefaehrdung der Produktion zu berichten.

Von dem hohen Prozentsatz auslaendischer, insbesondere russischer Arbeiter in unseren Ruestungsbetrieben geht allmaehlich ein nicht mehr zu vernachlaessigender Anteil in die Wirtschaftsbetriebe der SS ueber und damit uns verloren. Sie wissen, dass

H0847 – 0005



wir - mit den russischen Arbeitskraeften, insbesondere mit den Frauen - bei vernuenftiger Behandlung zufrieden sind. Viele von ihnen, die aus verstaendlichen Gruenden einer starken Fluktuation zuneigen, werden jetzt von den Polizeiorganen bei irgendwelchen Verstoessen den SS-Betrieben zugewiesen und kehren zur alten Arbeitsstaette nicht mehr zurueck. Dieser Entzug wird verursacht durch die immer weitere Ausdehnung des grossen Wirtschaftskonzerns der SS, die insbesondere von Obergruppenfuehrer Pohl konsequent weiterverfolgt wird. Nach den vielen Betrieben ziviler Fertigung kommen jetzt immer mehr bekannte uch auch geheimgehaltene Waffenfertigungs- und allgemeine Ruestungsbetriebe dazu.

Im Anschluss an die technischen und wirtschaftlichen Erfolge in den grossen Holzverarbeitungsbetrieben in Dachau, hat sich der Reichsfuehrer SS entschlossen, in grossem Umfang in die Wirtschaftsfuehrung selbst sich einzugliedern und Werke in immer groesserer Zahl als finanzielle Grundlage fuer die verschiedensten Aufgaben der SS aufzubauen. Dabei spielt auch die ausgepraegte Stellungnahme der SS gegen den Gedanken der Selbstverantwortung der Wirtschaft eine nicht unwesentliche Rolle. Durch das nahezu unbeschraenkte Verfuegen ueber Arbeitskraefte - auch bester Fachausbildung - im Anschluss an die KZ.-Lager, wird diese Expansion wesentlich erleichtert. Ihr fruehres Zoegern bezw. Ihre Weigerung, von der Waffenproduktion einen bestimmten Anteil der SS. direkt zur Verfuegung zu stellen, beschleunigte diese Entwicklung. Ich erwaehne hier als Beispiel nur die Umstellung der grossen SS-Ziegelei Oranienburg, das Aufarbeitungswerk im Lager Oranienburg, der Eintritt der SS in die Elektrotechnik bei Getewend, die Pistolenfertigung in Karlsruhe, die Waffenfabrikation in Buchenwald, Mauthausen und Neuengamme, der bis jetzt abgewehrte Versuch der Produktion chemischer Produkte (N-Stoff usw.), die Kraftfahrzeugherstellung im Protektorat u. a. m.

Durch Ihre Vereinbarung mit dem Reichsfuehrer im vergangenen Herbst und Winter, fuer die Bereitstellung von Arbeitskraeften aus den SS-Laegern der Waffen-SS und Polizei, je nach den geleisteten Arbeitsstunden einen gewissen Anteil der Ruestungs- und Waffenproduktion

H0847-0006



direkt zur Verfuegung zu stellen, war die obige Entwicklung gluecklicherweise gehemmt und beinahe unterbrochen worden. Wir hatten dafuer allerdings den Aufbau der viele Reibungen verursachenden KZ-Abteilungen in unseren Ruestungsbetrieben auf uns zu nehmen. Aber der sachliche und menschliche Erfolg wiegt die Nachteile, die im wesentlichen in der Eifersucht der unteren SS-Fuehrungsorgane liegt, bei weitem auf. Durch die jetzige Tendenz bei der SS. wird der erreichte Anfangserfolg nicht nur zunichte, sondern darueber hinaus eine gross Zahl auslaendischer Arbeitskraefte uns entzogen, weil mit allen Mitteln die Zahl der KZ-Lagerinsassen vermehrt werden soll, uns zwar indem bei triftigen oder unwichtigen Verfehlungen der Auslaender diese von den Auslaenderlaegern in die KZ-Laeger ueberfuehrt werden. Dazu kommt weiter die Forderung der SS. auf Abgabe der vielen juedische insbesondere weiblichen Arbeitskraeften, die in der Zulieferungsindustrie und hier in der Elektrotechnik - wie ich behaupte gerne und mit besonderem Fleiss arbeiten. Bei der Verpflegung, die sie von unseren Betriebsfuehrern fuer die bei ihnen taetigen Lagerarbeitskraefte trotz aller Erschwerungen immer wieder beigeschafft wird und bei der allgemeinen anstaendigen und menschlichen Behandlung, auch der auslaendischen und der KZ.-Arbeitskraefte, arbeiten sowohl die Juedinnen wie die KZ'ler gut und tun alles, um nicht wieder in die KZ zurueckgeschickt zu werden.

Diese Tatsachen fordern eigentlich, dass wir noch mehr KZ-Insassen in die Ruestungswirtschaft ueberfuehren, aber wenn es Ihnen nicht gelingt, die Durchfuehrung der frueheren Vereinbarung vom Reichsfuehrer noch einmal ausdruecklich zugesagt zu bekommen, wird dieser fuer uns wertvolle Arbeiterstand an die unkontrollierten SS-Betriebe nahezu verloren gehen. Insbesondere die Beauftragten von Obergruppenfuehrer Pohl und Gruppenfuehrer Kammler muessten angewiesen werden, ihre jetzige Einstellung und die angewandten Methoden aufzugeben. Als Beispiel fuehre ich an, dass ich bei der ausserordentlichen Notlage der elektrischen Roehrenfertigung vom Reichsfuehrer SS die Zusage erhalten habe, in der einwandfrei mit Lueftung, Heizung, Tageslicht und grosser Gemeinschaftskueche ausgeruesteten Felsenanlage in Dresden 20 - 300 Juedinnen beschaeftigen zu koennen. Trotzdem sind mir diese Leute gemaess Anweisung von Pohl - angeblich auf Antrag von Gauleiter Sauckel und Mutschmann abgezogen und einem SS-KZ. Betrieb zugewiesen worden. Aehnliches muss ich bei anderen Fertigungen feststellen, sodass die Zahl der in der Ruestung beschaeftigten KZ-Insassen nicht zu sondern abnimmt. Wir haben in der Zulieferungsindustrie von der frueher einmal Ihnen zugesagten Zahl von 100 000 Arbeitskraeften noch nic 14 000 erhalten. Wieviel vom Technischen- und Rohstoff-Amt beschaeftigt werden, weiss ich nicht genau. Aber die monatlich von KZ'lern fuer unsere Ruestungsindustrie geleisteten Arbeitsstunden erreichen noch nicht die Zahl von 8 Mio Stunden, sodass sicher nicht mehr als

etwa 32 000 Maenner und Frauen aus KU.-Lagern in unseren Ruestungsbetrieben beschaeftigt sind. Diese Zahl geht laufend zurueck !

Ich habe die ganze Frage eingehend mit dem Beauftragten von Obergruppenfuehrer Pohl, Sturmbannfuehrer Maurer, durchgesprochen und ihm vor allem darauf hingewiesen, dass doch bei einer dezentralen Aufteilung der KZ-Arbeitskraefte eine fachlich zweckmaessige Ausnutzung ihrer Arbeitskraft bei besserer Verpflegung und vernuenftiger Unterbringung moeglich sei. Dem haelt Maurer entgegen, dass die SS nicht genuegend Wachmannschaften bei einer grossen Verzettelung in viele kleine Arbeitsabteillungen bereitstellen koenne, dass von uns nicht genuegend Stacheldraht geliefert wuerde, um die Fabriklager umzaeunen zu koennen und dass die Gefahr der geheimen Sabotage in Nicht-KZ-Betrieben bei der dort nicht so gewaehrleisteten strengen Beaufsichtigung und Disziplin nicht unterschaetzt werden duerfe.
Ausserdem weist Maurer besonders darauf hin, dass Obergruppenfuehrer Pohl die Ernaehrungslage der in KZ-Betrieben arbeitenden Lagerinsassen laufend verbessere und durch zusaetzliche Eiweissgaben bei staendiger Ueberwachung durch Aerzte auch schon merkliche Gewichtszunahmen und damit hoehrere Arbeitsleistungen erzielt worden seien. Notwendig sei aber die Zurverfuegungstellung von erfahrenen alten Facharbeitern und Werkmeistern durch uns als Fuehrungspersonal in die Ruestungsbetriebe der SS. Ich kann diese Angaben Maurers im einzelnen nicht nachpruefen, habe ihm aber eindeutig erklaert, dass die geforderte Bereitstellung und Ueberlassung von Fuehrungskraeften nicht in Frage kommen koenne, sondern nur der frueher vorgesehene, eindeutig vereinbarte und mit einigem Erfolg beschrittene umgekehrte Weg der Ueberlassung von KZ-Insassen in die Selbstverantwortung der Ruestungsindustrie.

Lieber Herr Speer, ich weiss, wie wenig Sie lange Schreiben und interne - dazu noch "Vertraulich-Persoenlich" - Ausarbeitungen schaetzen. Die Arbeitseinsatzlage bei der Ruestungsindustrie, die Besonderheit der dargelegten Probleme und die ablehnende Stellungsnahme und Haltung unseres Partners zwingen mich aber dazu, Ihnen die Lage ausfuehrlich zu schildern und um Ihr Eingreifen zu bitten.
Ich fuege in der Anlage Entwurf zweier Schreiben an den Reichsfuehrer SS bei, halte es aber darueber hinaus fuer erforderlich, dass Sie in einer muendlichen Aussprache mit ihm versuchen, eine klare Entscheidung herbeizufuehren, um die ich Sie dringend bitte.

gez. Walter Schieber

Fuer die Richtigkeit der Abschrift:
Dr. Flaechsner
Rechtsanwalt

H0847 – 0007

Speer Exhibit Nr.....

SPEER Dokument

Nr 45.....Spe

Auszug aus der Fuehrerbesprechung vom

3. bis 5. Juni 1944

---

Punkt 22: Den Fuehrer darauf aufmerksam gemacht, dass aus der Gesamtwirtschaft jeden Monat 30 bis 40000 entlaufene Arbeiter oder Kriegsgefangene von der Polizei eingefangen werden, die dann als KZ-Streeflinge bei den Vorhaben der SS eingesetzt werden.

Dies sei fuer mich nicht tragbar, da es sich hier zu einen grossen Teil um angelernte oder Facharbeiter handelt, die moeglichst schnell wieder ihrem urspruenglichem Beruf zugefuehrt werden sollten. Ein Schwund von 500ooo Arbeitskraeften im Jahr koennte ich nicht durchhalten und daher muss auch die Verteilung dieser Arbeitskraefte von mir bzw. Sauckel vorgenommen werden. Dies gelte umsomehr als es sich zu einem grossen Teil um muehsam angelernte Fachkraefte handelt.

Auch hier will der Fuehrer nach einer Besprechung zwischen Pg. Himmler und mir eine Entscheidung in meinem Sinne faellen.

gez. Speer

Fuer die Richtigkeit des Auszuges:

Dr. Flaechsner
Rechtsanwalt

H0847-0008

Speer Exhibit Nr.....

SPEER Dokument
Nr. 46 Spe.

Reichsleiter M. Bormann an Fuehrerhauptquartier, den 23.3.45

alle Gauleiter:

A n o r d n u n g.

Betr.: Aufnahme der umquartierten Volksgenossen usw. aus Raeumungsgebieten.

Im Auftrage teile ich mit:

Der Fuehrer erliess am 19. 3. 1945 ueber Zerstoerungsmassnahmen einen Befehl, der Ihnen bereits uebermittelt wurde oder anliegend zugestellt wird.

Gleichzeitig ordnete der Fuehrer in ebenso eindeutiger Weise an Gebiete, die wir zur Zeit nicht halten koennen, sondern deren Besetzung durch den Feind vorauszusehen ist, sind zu raeumen.

Der Fuehrer verpflichtete die Gauleiter der Frontgaue, das Menschenmoegliche zu tun, um die totale Raeumung, d.h. die restlose Zurueckfuehrung aller Volksgenossen zu sichern.

Die ungeheueren Schwierigkeiten, die mit dieser Forderung verknuepft sind, sind dem Fuehrer nach vielfacher Schilderung gelaeufig.

Die Forderung des Fuehrers beruht auf genauen, triftigen Erwaegungen. Ueber die Unerlaesslichkeit der Raeumung ist gar nicht zu diskutieren.

Ebenso schwierig wie Raeumung und Transport ist die Unterbringung der Volksgenossen in den innerdeutschen Aufnahmegauen.

Diese scheinbar unmoegliche Bergung der Volksgenossen aus den geraeumten Gebieten muss aber bewaeltigt werden.

Der Fuehrer erwartet, dass die innerdeutschen Gaue fuer die unabweichbaren Forderungen der Stunden das erforderliche Verstaendnis zeigen.

Wir muessen mit allen Mitteln der Improvisierung die gegenwaertige

H0847 – 0009

Lage auf jedem Gebiet meistern.

Heil Hitler !

gez. M. Bormann

Verteiler:

| | |
|---|---|
| 6 Kreisleiter | Dr. Sturm |
| Klewer | ORR Ruehl |
| Neven | Hoerner |
| Binder | Dr. Voegler |

Fuer die Richtigkeit der Abschrift:

Dr. Flaechsner

Rechtsanwalt

H0847 – 0010

SPEER Dokument

Nr. 47 Spe.

Rede Reichsminister Speer am 9. Juni vor Vertretern der Rheinisch-Westfaelischen Industrie im Anschluss an einen Lichtbildervortrag ueber "Selbstverantwortung der Industrie

....."Was heisst "Selbstverantwortung der Industrie"? Welche Aufgaben sind dieser Einrichtung gestellt, deren Bezeichnung heute leider auf vielen Gebieten schon zum Schlagwort geworden ist ?

Bis zum Jahre 1942 bekam die Industrie ihre Staatsauftraege - und um solche handelt es sich ueberwiegend waehrend des Krieges von behoerdlichen Stellen des Reiches, von den Waffenaemtern der Wehrmachtteile usw.

Der Betriebsfuehrer bot seine Kapazitaeten den Wehrmachtteilen an, er bestimmte dabei die Belegung eines Werkes selbst, oder soweit er ueberwiegend fuer einen Wehrmachtteil arbeitet, wurde diese Belegung durch die Offiziere dieses Wehrmachtteiles und hier in der Hauptsache von den Technischen Waffenaemtern vorgenommen.

Die Verantwortung fuer den Ablauf der Ruestung, fuer die Ausstellung der Programme, fuer die Rationalisierungsmassnahmen und fuer den Erfahrungsaustausch lag damit bei den Offizieren, deren Streben und fachliche Eignung auf gar anderen Gebieten liegen musste.
Den Konkurrenzkampf in der freien Wirtschaft, die Verantwortung die im Frieden jeder Betriebsfuehrer fuer seine Produktionsplanung auf sich nehmen muss, also: die strenge Schule des Lebenskampfes, die der in der Industrie fuehrende Techniker im allgemeinen zu bestehen hatte diese scharfe Auslese kann gegenwaertig in den meisten Zweigen unserer Verwaltungslaufbahn noch nicht gewaehrleistet werden.....

.....Wenn ich 10 Jahre Zeit gehabt haette, um in Ruhe Ruestungsorganisation vorzubereiten und durchzufuehren, waere ich vielleicht andere Wege gegangen. So aber handelt es sich mir zunaechst darum

H0847 – 0011

innerhalb weniger Monate den Wechsel eines Systems durchzufuehren: den Wechsel, von der Lenkung der Ruestung und der Bestimmung ihres Ausstosses im Gesamten und im Einzelnen durch die bisherigen staatlichen Behoerden zu der Uebernahme dieser Aufgabe durch einen Kreis betriebsfuehrender und erfolgreicher fuehrender Maenner der Ruestungsindustrie selbst.

Ich habe im Fruehjahr des Jahres 1942 nicht lange gezoegert. So konnte eine Forderung des Fuehrers nach der anderen von uns zur Durchfuehrung angenommen und als Programm festgelegt werden. - Programme, deren Verwirklichung von den vorher dafuer zustaendigen Stellen fuer undurchfuehrbar oder von unmoeglichen Bedingungen abhaengig gemacht wurden. Bedingungen wie etwa der Bau von Fabrikanlagen im Wert von mehreren Milliarden Mark innerhalb weniger Monate durchzufuehren oder die kurzfristige Bereitstellung einer mehrjaehrigen Produktion aller Werkzeugmaschinen-Fabriken oder die zusaetzliche Bereitstellung von deutschen Fachkraeften, die in diesem Umfange nicht vorhanden gewesen waeren- oder schliesslich die Bereitstellung von Mangelmetallen, die der deutschen Ruestung niemals zur Verfuegung gestanden haetten.

Wir haben aber damals diese Programme trotzdem uebernommen und die Durchfuehrung zugesagt, weil wir der Ueberzeugung waren, dass in unseren Betrieben noch erhebliche unausgeschoepfte Reserven liegen. Reserven, die allerdings nur gehoben werden konnten, wenn in diesen Betrieben in einer unbuerokratischen und revolutionaeren Art neue Methoden zur Produktionssteigerung und Programmdurchfuehrung durchgesetzt wurden."......

....."So beschloss ich damals, aus der gesamten, mir zur Verfuegung stehenden Industrie die besten fuehrenden Techniker und aller diejenigen Kraefte, die sich bis dahin bereits durch ihre Leistungen in ihren Betrieben hervorgetan hatten, mit der Gesamtverantwortung zunaechst fuer die Produktion an Panzern, Waffen und Munition zu betrauen.....

....Heute zaehlt man 21 Hauptausschuesse, die die Endfertigung der Ruestung zu verantworten haben und 12 Ringe, die die hierzu notwendigen Zulieferungen gewaehrleisten muessen, in denen die gesamte wichtigste Ruestungs- und Kriegsproduktion gesteuert wird.

H0847 - 0012

Neben den Hauptausschuessen und Ringen sind fuer die Entwicklung der Waffen eigene Gremien gebildet worden, in denen sich die Konstrukteure der Firmen und die Vertreter der Wehrmachtteile, die die militaerischen Forderungen zu stellen haben, gleichberechtigt gegenuebersitzen. Den Vorsitz dieser "Kommissionen" haben in der Regel beste Konstrukteure aus der Industrie. Ihnen ist die letzte Entscheidung ueber die Entwicklung der Waffen in die Hand gegeben.

Diese Entscheidung kann nur von den Oberbefehlshabern der Wehrmachtteile zusammen mit mir oder letzten Endes durch den Fuehrer selbst aufgehoben werden.

Diese einmalige Organisation der Selbstverantwortung der Industrie setzt sich heute aus etwa 6 000 ehrenamtlichen von den Betrieben zur Verfuegung gestellten Technikern und Ingenieuren zusammen.....

.....Diese ehrenamtlichen Mitarbeiter aus der Industrie tragen bis in die Einzelheiten die Verantwortung dafuer, was in den einzelnen Werken und wie es gefertigt wird und sie haben dabei die Moeglichkeit alle Bestimmungen zu treffen, die notwendig sind, um ihren Standpunkt durchzusetzen und den Betriebsfuehrern die hierzu notwendigen Anweisungen zu geben.

Auch das Reichsministerium fuer Ruestung und Kriegsproduktion, dessen wichtigste Ruestungsorgane die Hauptausschuesse und Ringe sind, ist in seiner uebrigen Zusammensetzung nichts anderes als ein Spiegelbild der Selbstverantwortung der Industrie geworden: Fast saemtliche Aemter sind mit Maennern aus der Industrie besetzt, deren Mitarbeiter ebenfalls groesstenteils fuer die Kriegszeit von der Industrie zu uns abgestellt sind .....

H0847-0013

.....Durch die industrielle Selbstverantwortung wird die fachliche Lenkung bis in die kleinsten Gliederungen der Industriefertigungen durchgefuehrt. Zu ihren Hauptaufgaben gehoeren neben der Belegung der Werke mit Auftraegen weiter die Typenbeschraenkungen, die Spezialisierung der Werke und damit u. U. die Stillegung von ganzen Fertigungen und von Betrieben, die Rationalisierung in rohstoffmaessiger, konstruktiver und fertigungstechnischer Hinsicht und der bedingungslose Erfahrensaustausch ohne Ruecksicht auf die Schutzrechte.....

.....Jede Einrichtung, die laengere Zeit besteht und eine gewisse Groesse ueberschritten hat, bekommt einen Hang zum buerokratischen Arbeiten. Wenn wir auch das Glueck hatten, dass bei einem der ersten staerkeren Angriffe auf Berlin grosse Teile der laufenden Akten des Ministeriums verbrannten und so fuer einige Zeit unnoetiger Ballast von uns genommen wurde, so koennen wir doch nicht erwarten, dass derartige Ereignisse laufend die notwendige Frische in unsere Arbeit bringen.

Ich muss hier an meine Anordnung vom 10. August 1942 an die Hauptausschuesse und Ringe erinnern, die auch heute noch volle Gueltigkeit hat.
Sie besagt: " Im Rahmen der Selbstverantwortung der Industrie habe ich Ihnen ausserordentliche Vollmachten erteilt und Ihnen eine grosszuegige Arbeitsweise ermoeglicht. Es mehren sich die Einzelfaelle, in denen die Ausschuesse und Ringe Ansaetze zu einem buerokratischen Arbeiten zeigen. Hierzu ist festzustellen: Es gibt auf dem Gebiet der Ruestung genuegend Behoerden, die mit einem eingespielten Apparat in der Lage waeren, behoerdlich einwandfreie Arbeiten und Feststellungen zu treffen. Allen diesen Dienststellen mangelt nur ein Wesentliches: die Moeglichkeit zu improvisieren, die nur dem gegeben sein kann, der ueber die notwendigen Fachkenntnisse verfuegt - ohne dass er durch einen eigenen grossen Behoerdenapparat eingeengt wird. Je mehr sich die Leiter der Ausschuesse und Ringe zu neuen umfangreichen Dienststellen entwickeln, desto mehr erschweren sie sich die Moeglichkeit, ihre eigenen aus der Wirtschaft hervorgegangenen Kraefte fruchtbar fuer die Bewaeltigung der Ruestungsaufgaben einzusetzen.

Es ist bereits heute festzustellen, dass die Leiter der Ausschuesse und Ringe, die ueber einen kleinen Apparat verfuegen, in ihren Erfolgen ueber denjenigen stehen, die sich vergeblich bemuehen, ihre Arbeit verwaltend zu erledigen.

Sie sollen sich bei ihren entscheidenden Arbeiten mehr auf die Mitarbeit eines Kreises begeisterter und einsatzfreudiger Kameraden stuetzen.
Es stehen den Ausschuessen und Ringen fuer die Durchfuehrung ihrer Arbeiten die Abteiltungen der Waffenaemter, die Ruestungsinspektionen, die Wirtschaftsgruppen und die Landeswirtschaftsaemter usw. uneingeschraenkt zur Verfuegung.

H0847 – 0014

Wenn Sie sich dieser Behoerden sinngemaess bedienen, koennen Sie sich und den von Ihnen betreten Unternehmen eine grosse Arbeitslast ersparen.
Ich bin entschlossen, jedem Versuch, die Ausschuesse und Ringe zu einer Behoerde mit all ihren Nachteilen werden zu lassen, rueck-sichtslos entgegenzutreten."

Ich bitte alle diejenigen Mitarbeiter aus der Industrie, die mir in meinen Hauptausschuessen und Ringen helfen, auch weiterhin diesen meinen Grundsatz sich vor Augen zu halten und ihn zu befolgen. .....

.... Meine Beauftragten fuer die einzelnen Fertigungsgruppen werden jeweils aus dem Unternehmen ausgewaehlt, in dem wir die beste Leistung feststellen koennen. Sie haben die Pflicht, mit aller Energie den anderen Betrieben ihrer Fertigungsgruppe die Erfahrungen, die sie in ihrem Betrieb sammeln und die dort zum Erfolg gefuehrt haben, freiwillig oder unter Zwang mitzuteilen., sie haben weiter die Aufgabe, den Vorsprung, den ihr Betrieb errungen hat, bei allen anderen Unternehmungen gleicher Art durchzusetzen. Sie heben damit den in ihrem eigenen Werk in jahrelanger Arbeit errungenen Vorsprung auf.

Wir haben zahlreiche Faelle in denen die technische Fuehrung eines Betriebes mit einer ausgesprochenen Monopolfertigung fuer andere Unternehmungen dieselbe Fertigung einrichtet und zum Anlaufen erste Fachkraefte abstellt.- also nach alten privatwirtschaftlichen Grundsaetzen gehessen, Unternehmungen schuf, die in der Lage sind, nach dem Kriege dem einstigen Monopolunternehmer schaerfste Konkurrenz zu machen.

Wir haben Betriebsfuehrer und Techniker gefunden, die zur Erfuellung der ihnen vor mir gestellten Aufgabe neue Fabriken errichteten und dabei - mit dem Fanatismus des Technikers das Beste herausholen - in der neuen Fabrik alle Erfahrungen, die sie in ihrem alten Werk gemacht hatten, aber nicht mehr auswerten konnten, nunmehr in der fremden Unternehmung zur vollen Auswirkung brachten.

Es ist verstaendlich, dass hier meinen Beauftragten von Seiten der fuer den kaufmaennischen Teil des Betriebs verantwortlichen Maenner Schwierigkeiten bereitet wurden; Schwierigkeiten, die in den meisten Faellen nicht zu meiner Kenntnis kommen und die auch nicht ohne weiteres feststellbar und verfolgbar sind.

H0847-0015

..... Meine Hauptausschuesse und Ringe und die Produktionsausschuesse in den Wirtschafts; und Fachgruppen sind Organe, die neben ihren Weisungsbefugnissen dem Betriebsfuehrer unterstuetzend zur Seite stehen. Eine Zusammenfassung der Planung und eine zentrale Steuerung des Ruestungsprogrammes sind fuer jede Fertigung bis in die Einzelteile und Unterlieferungen unumgaenglich notwendig.

Wir wollen aber das Ziel im Auge behalten und diese Steuerungsorgane der Ruestung nur soweit wirksam werden lassen als es unbedingt notwendig ist, und im uebrigen der Selbstverantwortung des Betriebsfuehrers als einen wesentlichen Teil der Selbstverantwortung der Industrie den groessten Spielraum lassen. So sehe ich in den Hauptausschuessen und Ringen nur einen Teil der Selbstverantwortung der Industrie; ein zusaetzliches Fuehrungsorgan, das neben seinen Lenkungsaufgaben notwendig ist, um die schlechteren Betriebe zur besseren Leistung zu fuehren. .....

..... Wir alle, die wir uns in diesen fuer das Schicksal des Volkes entscheidenden Jahren zur Verfuegung gestellt haben, um das Hoechste, aus der deutschen Produktion herauszuholen, sehen diese Aufgabe als eine rein kriegsbedingte an.

Wir freuen uns alle auf den Tag des Friedens, an dem wir uns wieder unseren alten Aufgaben zuwenden koennen ..... "

Fuer die Richtigkeit des Auszugs :

Dr. Flaechsner

Rechtsanwalt

H0847 – 0016

Speer Exhibit Nr. .....

SPELR Dokument

Nr. 48 Spe.

Auszug aus Fuehrerprotokoll vom 18./20. August 1944.

Punkt 8 : " Der Fuehrer ist mit den Anordnungen, die wir zur Laehmung statt zur Zerstoerung von voruebergehenden in Feindbesitz fallenden Industrie- bzw. Energieanlagen vorschlagen, einverstanden. "

Fuer die Richtigkeit des Auszuges :

Dr. Flaechsner

Rechtsanwalt

H0847 - 0017

Speer Exhibit Nr. .....

SPEER Dokument

Nr. 49 Spe.

Auszug aus Denkschrift an den Chef des Generalstabes des Heeres, Generaloberst Guderian, vom 15.12.1944.

... " Die Einbrueche im Westen haben zu einer tiefgreifenden Veraenderung der Grundlagen des deutschen Wirtschaftslebens gefuehrt .... Dabei ist hervorzuheben, dass die laufenden Feindeinwirkungen auf das Verkehrsnetz die Kohleversorgung der deutschen Wirtschaft auf rund die Haelfte des normalen Verbrauches herabgesetzt haben. Es besteht zur Zeit nicht die Moeglichkeit, die nach Ausfall der verschiednen Kohlegebiet - jetzt auch des Saargebietes - verbliebenen Kohlengruben voll auszunutzen und die gefoerderten Mengen zweckmaessig zu verteilen. Es sind daher umfangreiche Betriebsstillegungen nicht nur bei den Hauptkohleverbrauchenden Grundstoffindustrien ( Eisen, Chemie, Steine und Erden ) und bei den Energieversorgungsbetrieben ( Strom und Gas ), sondern auch der verarbeitenden Endfertigungen zu erwarten. Die dadurch entstandenen Ausfaelle sind zahlenmaessig noch nicht zu uebersehen. Auf jeden Fall bedeuten sie bereits fuer die naehere Zukunft eine ernste Gefaehrdung der deutschen Ruestungskraft, die nur durch die anhaltende wirksame Gegenwehr im Luftkrieg abgewendet werden kann.
Bei dieser Sachlage sind weitere Ausfaelle fuer die Kriegswirtschaft untragbar, weil sie das Ruestungspotential in einem Ausmass einschraenken, das eine auch nur annaehernd ausreichende Deckung des Bedarfs der Wehrmacht an Kriegsgeraet in kurzer Zeit ausschliesst. In den oestlichen Gebieten, die bei einem Zurueckgehen der Front auf die Nibelungenstellung verloren gingen, liegen entscheidende Grundstoffvorkommen und zahlreiche aus dem Westen im Zusammenhang mit dem Luftkrieg entstandene Verarbeitungskapazitaet, fuer die es eine weitere Umlagerungsmoeglichkeit nicht gibt.

.....

H0847-0018

..... "Aus den westlichen Gebieten kann bei der derzeitigen Lage gerade der Kohleverbrauch der deutschen Reichsbahn unvollkommen gedeckt werden, so dass die deutsche Versorgung mit Kohle im wesentlichen von den oberschlesischen Werken geleistet werden muss. Die Annahme der Nibelungenstellung wurde bedeuten, dass rund 60 % der derzeitigen Kohleforderung der oestlichen Gebiete ausfallen. D a m i t w u e r d e d i e K o h l e v e r s o r g u n g d e r d e u t s c h e n I n d u s t r i e , d i e z u r Z e i t s c h o n m i t r u n d 5 0 % g e d e c k t w e r d e n k a n n , n u r n o c h m i t e i n e m B r u c h t e i l b e d i e n t w e r d e n K o e n n e n .

Auf dem Gebiete der Eisenproduktion liegt oestlich der Nibelungen-Stellung eine Rohstahlerzeugung von 372 000 mato und die Produktion von 252 000 mato Walzwerkerzeugnissen. Das ist ueber 1/3 der derzeitigen noch moeglichen Rohstahlerzeugung. Unter Beruecksichtigung der Auswirkungen der Frontnaehe auf die im Frontgebiet liegenden Produktionen, insbesondere auch in dem politisch unsicheren Protektorat, wuerde mit dem V e r l u s t d i e s e r E r z e u g u n g d i e R u e s t u n g s f e r t i g u n g u n t e r A u s s c h o e p f u n g a l l e r E i n s p a r u n g s m o e g l i c h k e i t e n i m L a u f e d e s J a h r e s 1945 a u f c a . 1/3 d e s p r o g r a m m a e s s i g e n A u s s t o s s e s d e s J a h r e s 1944 s i n k e n . D a s s c h l i e s s t d i e K a m p f f a e h i g k e i t d e r T r u p p e a u s . ....

.... "Z u s a m m e n f a s s e n d i s t z u s a g e n , d a s s d e r R u e c k g a n g a u f d i e N i b e l u n g e e n - S t e l l u n g d i e l e t z t e n G r u n d l a g e f u e r e i n e a u c h n u r d e n g e r i n g s t e n A n s p r u e c h e n d e r W e h r m a c h t a u f V e r s o r g u n g m i t K r i e g s g e r a e t g e r e c h t w e r d e n d e R u e s t u n g s - u n d K r i e g s p r o d u k t i o n b e s e i t i g t . E r i s t d a h e r m i t d e m A u s s c h l u s s d e r K a m p f f a e h i g k e i t d e r T r u p p e s c h o n e i n i g e W o c h e n s p a e t e r g l e i c h b e d e u t e n d .

Unter diesen Umstaenden erscheint es mir zweifelhaft, ob es verantwortet werden kann, Material und Arbeitskraefte auf diesen Stellungsbau zu verwenden. I c h k a n n j e d e n f a l l s k e i n e n Z w e i f e l d a r u e b e r l a s s e n , d a s s

H0847 - 0019

ich in diesem Falle eine ruestungs-
massige Sicherung der Wehrmacht
in keiner Weise weiter durchfuehren
koennte."

gez. Speer

Fuer die Richtigkeit des Auszuges :

Dr. Flaechsner

Rechtsanwalt

H0847-0020

Speer - Exhibit No. ~~61~~ 35

H0847-0021

Speer * Dok. Nr. 35

Auszuege aus den Besprechungspunkten der Fuehrerbesprechung

vom 3. - 5. Januar 1943

55. Der Fuehrer verlangt eindeutig, dass auf keinen Fall zugelassen wird, dass Frankreich weniger belastet wird als Deutschland. Deutschland muss fuer diesen Krieg sein Blut opfern. Wir muessen von Frankreich verlangen, dass es in schaerferem Masse als bisher wirtschaftlich herangezogen wird. Sollten bei eingesetzten franzoesischen Arbeitskraeften irgendwelche Anzeichen von Widerstand auftreten, so sind dieselben gegebenenfalls als Zivilinternierte abzutransportieren. Beim geringsten Versuch einer Sabotage hat schaerfstes Vorgehen zu erfolgen. Jegliche Humanitaetsduselei ist fehl am Platze.

62. Der Fuehrer wuenscht, dass alle Rotspanier in Frankreich bei uns in der OT zur Arbeit kommen und dass sie eine gute Behandlung erfahren. - Eine weltanschauliche gute Behandlung kann dabei nicht schaden.

gez. SPEER

This is to certify that this is a true copy from the document found in the files of the ministry for War Production Speer.

s. D.I.W. GOODE, Cpt.
EPES FIAT (Br.)

H0847 - 0022

Notice.

Not to be published until presented before the tribunal in open court and then only that portion actually submitted as evidence.

Ne pas publier avant présentation devant le tribunal en audience publique et seulement la partie réellement versée au dossier.

Nicht zu veroeffentlichen vor Darlegung vor dem Gericht (Tribunal) in oeffentlicher Sitzung und dann nur jenen Teil, welcher tatsaechlich zur Beweisfuehrung uebermittelt wurde.

Не публиковать до того, как представлено на публичном заседании Трибунала и только ту часть, которая представлена в качестве доказательства.

H0847 – 0023

I certify that none of the documents included herein have been denied by the Tribunal and that this document book has been examined with the prosecution in accordance with the ruling of the Tribunal dated 4 April 1946.

Je certife qu'aucun des documents ci-inclus n'a été contesté par le Tribunal, et que ce livre de documents a été examiné par le Ministére Public suivant les règles du Tribunal, en date du 4 Avril 1946.

Ich bestaetige, dass keine der hierin enthaltenen Dokumente vom Gerichtshof abgelehnt wurden und dass dieses Dokumentenbuch gemeinsam mit der Anklagevertretung durchgesehen wurde, in Uebereinstimmung mit der Entscheidung des Gerichtshofes vom 4. April 1946.

[signature]

Signature of Counsel

Signature de l'Avocat

Unterschrift des Verteidigers.

Speer Dok. Nr. 50

Speer Exhibit Nr. 36

H0847-0024

Beantworteter Fragebogen des Zeugen

Hans KEHRL.

---

1. Frage: Welche Stellung hatten Sie im Ministerium Speer inne? Hauptamtlich oder ehrenamtlich?

1. Antwort: Ich war ab 16. September 1943 Leiter des Planungsamtes und ab 1. November 1943 auch Leiter des Rohstoffamtes im Ministerium Speer. Als selbstständiger Textilfabrikant war ich ehrenamtlich tätig und erhielt nur im Rahmen der Möglichkeiten der Haushaltsordnung eine Aufwandentschädigung zur teilweisen Deckung des mir bezw. meiner Firma durch meine ehrenamtliche Tätigkeit entstehenden baren Mehraufwandes.

2. Frage: Haben die einzelnen Sektoren der Kriegswirtschaft (Bedarfsträger) ihre Forderung nach Arbeitskräften beim Gb Arb. unmittelbar gestellt und hat Sauckel die Höhe der Zuweisungen sich selbst vorbehalten oder hat er diese Entscheidung Speer oder der Zentralen Planung überlassen?

2. Antwort: Während meiner Tätigkeit im Ministerium Speer haben die einzelnen Sektoren der Kriegswirtschaft (Bedarfsträger) ihre Forderung beim Gb Arb. unmittelbar gestellt. Sauckel hat sich die Höhe der Zuweisungen selbst vorbehalten. Eine Entscheidungsbefugnis der Zentralen Planung über diese Frage erkannte er nicht an, noch viel weniger eine solche von Speer allein. Er erklärte sich nach mehrfachen Verhandlungen, die Meinung der Zentralen Planung über die gesamtwirtschaftliche Vordringlichkeit der einzelnen Bedarfszwecke als interessantes Material entgegenzunehmen, ohne sich aber daran zu binden. Nach meiner Erinnerung fanden überhaupt nur 2 Besprechungen

H0847 - 0025



-davon mindestens eine während Speers Krankheit im Frühjahr 1944 - in dem so beschränkten Rahmen statt. Dann wurde der Versuch einer gesamtwirtschaftlichen Einwirkung als praktisch aussichtslos aufgegeben.

3. Frage: Waren die Bedarfsträger im Frühjahr 1944 etwa folgende: Heeres= und Marinerüstung, Kohle, Bergbau, Chemie Reichsbahn, Reichspost, Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Bauwirtschaft, Heeresverwaltung, Luftwaffenverwaltung, Marineverwaltung? Können Sie diese Liste ergänzen? Welche dieser Sektoren forderten über das Ministerium Speer an?

3. Antw.: Die Aufzählung der zentralen Bedarfsträger entspricht meiner Erinnerung. Ein weiterer selbstständiger Bedarfsträger war das Propagandaministerium für die Beseitigung ziviler Luftschäden. Die Anmeldung des Ministeriums Speer erfolgte für Heeres= und Marinerüstung, Bergbau (und Kohle), Chemie und die sonstige Produktion sowie die Energiewirtschaft und die Bauwirtschaft. Die übrigen aufgezählten Bedarfsträger meldeten unmittelbar an. Von welchem Zeitpunkt ab die Luftrüstung, die erst im Laufe des Sommers 1944 auf das Speerministerium überging, in die Anforderungen einbezogen wurde, ist mir nicht bekannt. Inwieweit von regionalen Stellen der Wehrmacht und anderen regionalen Stellen unmittelbare Anmeldungen bei den Landesarbeitsämtern erfolgten und berücksichtigt wurden, ist mir nicht bekannt. Da die Zuweisungen überwiegend regional erfogten, hatte ich den Eindruck, dass den sog. zentralen Zuweisungen häfug nur theoretische Bedeutung zukam.

4. Frage: Nach der Genfer Kriegsgefangenenordnung von 1929 sollen Arbeiten, welche von Kriegsgefangenen ausgeführt werden, keinen direkten Zusammenhang mit der Kriegsführung haben; insbesondere ist untersagt, Kriegsgefangene in der Herstellung oder im Transport von Waffen und Munition jeder Art oder zum Transport von Material, welches für die kämpfende Truppe bestimmt ist, zu verwenden.

Sind die in den Rüstungsinspektionen zusammengefassten Betriebe ausschliesslich solche Betriebe gewesen, die Gegenstände produzierten, die dieser Begriffsbestimmung entsprachen?

4. Antw.: Die in den Rüstungsinspektionen zusammengefassten Betriebe sind keineswegs ausschliesslich, wahrscheinlich noch nicht einmal überwiegend Betriebe gewesen, die der erwähnten Begriffsbestimmung entsprachen. Ein System der Auswahl der Betriebe bei der Gründung der Rü-Inspektionen war mir nie erkennbar. Es wurden schon bei der Gründung dieser Organisationen Textilbetriebe, Betriebe der Leder= und Holzverarbeitung, der Glas= und keramischen Industrie, Rohstoffbetriebe und Betriebe der Zulieferung in grossem Umfange betreut. Die Zahl der Betriebe und die Mannigfaltigkeit ihrer Produktionszwecke wuchs von Jahr zu Jahr.

5. Frage: Gehörten zu den Betrieben der Rü-Inspektionen u.a. alle Betriebe der "Eisen-Stahl und Metallherstellung" und des "Maschinen-Kessel-Fahrzeug= und Apparatebaues?" Umfassten diese Betriebe etwa die gesamte Metallverarbeitung und kamen hierzu ab September 1943 noch die Betriebe der Rohstahlerzeugung und der Zulieferunsindustrie, sodass die gesamte Eisenindustrie vom Rohstahl bis zum Endprodukt Rüstungsbetrieb war?

5. Antw.: Da klare zentrale Anweisungen über den Kreis der zu betreuenden Eisenfirmen nicht bestanden und diese Frage weitgehend regional und daher unterschiedlich entschieden wurde, ist die Frage nicht mit absoluter Sicherheit zu beantworten. Ausser den in der Frage 4 aufgeführten Betriebsarten waren 1943/44 sicherlich die in der Frage 5 angeführten Betriebe bis auf mögliche unbedeutende Ausnahmen gänzlich in der Betreuung der Rüstungsinspektionen.

6. Frage: Wieviel % der Eisenerzeugung ging in die Herstellung von Rüstungsgegenständen im Sinne der Genfer Kriegsgefangenenordnung von 1929?

-4-

H0847 – 0026

6. Antw.: Bei einer durchschnittlichen Eisenverteilung von 2,5oo.o to monatlich betrug die Zuweisung für die Herstellung von Rüstungsgegenständen im Sinne der angeführten Bestimmungen der Genfer Kriegsgefangenenordnung von 1929 durchschnittlich 75o-9oo.ooo monatlich, also etwa 3o-35 %. Aus dieser Menge wurden von der Endherstellung der Rüstungsgegenstände auch sämtliche Zulieferungen kontingentiert.

7. Frage: Wieviel % der Arbeitskraft wird etwa für die Rohstahlerzeugung und Vorbearbeitung eines Rüstungsgegenstandes und wieviel % für seine endgültige Herstellung verwandt?

7. Antw.: Ohne Unterlagen vermag ich diese Frage nicht zu beantworten. Der Prozentsatz dürfte bei dem einzelnen Rüstungsgegenständen auch ausserordentlich schwanken. Nach dem Umfang des gesamten Arbeitseinsatzes in der Eisen= und metallerzeugenden und verarbeitenden Industrie dürfte im Durchschnitt nach meiner Schätzung ca. 6o % der Arbeitskraft für die Rohstofferzeugung und Vorbereitung eines Rüstungsgegenstandes und 4o % für seine endgültige Fertigstellung verwendet werden.

8. Frage: Wurden vom Ministerium Speer in der Regel die Forderungen nach Arbeitskräften nur in einer Zahl oder aufgegliedert nach Nationalität oder nach Kriegsgefangenen abgegeben?

8. Antw.: Die Anforderungen wurden m.W. vom Ministerium Speer in der Regel nur in einer Zahl angefordert. Eine Anforderung nach Nationalitäten oder nach Kriegsgefangenen erfolgte m.W. nicht und konnte schon deswegen nicht erfolgen, weil die Möglichkeiten der Zuweisung dem Ministerium unbekannt waren. Aus denselben Grunde erfolgte m.W. meist noch nicht einmal eine Aufteilung in männlich und weiblich. Eine Ausnahme bildete der Kohlenbergbau, für den überwiegend ärztlich besonders untersuchte bergbaufähige russische Kriegsgefangene eingesetzt wurden.



H0847-0027

9.Frage: Hatte die Mittelinstanz einen Einfluss darauf, in welcher Nationalität sie oder der Betrieb die Arbeitskräfte erhie. oder ob Kriegsgefangene von den Arbeitsämtern zugewiesen wurden?

a)Waren die Reserven an deutschen Arbeitskräften voll erfasst und wie gross schätzen Sie die Reserven nach den Erfolgen der Aktion zum Totalen Krieg in Juli/August 1944?

b)Seit wann bestanden Meinungsverschiedenheiten über die Ausnutzung dieser Reserven zwischen Sauckel und Speer? Welche Versuche unternahm Speer zur Einsetzung dieser Reserven?

c)Welche Meinungsverschiedenheiten bestanden zwischen Sauckel und Speer über die Arbeitseinsatzpolitik in den besetzten Gebieten und seit wann?

9.Antw.: Diese Frage vermag ich aus eigener Kenntnis nicht zu beantworten. Für die Zuweisung nach Zahl und Zusammensetzung waren die Arbeitsänter allein entscheidend.Inwieweit durch Betriebe oder die Mittelinstanz eingewirkt wurde, ist mir nicht bekannt.

Reserven an männlichen deutschen Arbeitskräften waren m.E. nach der Aktion im Juli/August 1944 sicherlich nicht vorhanden. Inwieweit theoretisch noch einsetzbare weibliche Arbeitskräfte danach zur Verfügung standen, ist schwer zu sagen,

da die physische und psychische Einsatzfähigkeit durch die dauernden Luftangriffe und den mit ihnen verbundenen mangelnden Schlaf ausserordentlich herabgemindert war. Darüberhinaus lag der Arbeitseinsatzbedarf in diesem Zeitpunkt fast ausschliesslich auf Gebieten, die an sich für Frauenarbeit ungeeignet sind, oder nur für besonders kräftige Frauen in Frage gekommen wären.

Meinungsverschiedenheiten zwischen Sauckel und Speer über die Mobilisierung vorhandener deutscher Arbeitsreserven wurden mir erstmalig im Sommer 1943 bekannt, als Speer darauf



H0847-0028

bestand, dass sie mobilisiert würden, anstelle der Heranziehung weiterer ausländischer Arbeiter. Speer drang damals vergeblich auf eine Aktion, wie sie dann ein Jahr später unter dem Namen "Goebbels-Aktion" stattfand, eine Erfassung dieser Reserven war Speer nicht möglich, da er dafür keine Vollmacht und Zuständigkeit besass. Durch Verschiebungen innerhalb seines Sektors suchte er Arbeitsplätze für leichtere Frauenarbeit frei zu machen, um mehr aufnahmefähig für deutsche weibliche Arbeitskräfte zu werden. Er verlagerte aus den arbeitsmässig angespannten Industriezweigen in grossem Umfang Arbeit in die nicht voll ausgelastete Verbrauchsgüterindustrie, in die Heimarbeit und die besetzten Gebiete und machte durch eine grosszügige Verlagerung der Fertigung von zivilen Verbrauchsgütern und Zulieferungsproduktion in die besetzten Gebiete zahlreiche deutsche Arbeitskräfte für seinen eigenen Arbeitseinsatzbedarf frei.

M.W. entstanden die Meinungsverschiedenheiten zwischen Sauckel und Speer über die Arbeitseinsatzpolitik in den besetzten Gebieten im Sommer 1943 etwa ab Juli. Bis zu diesem Zeitpunkt wurde offenbar der Bedarf an ausländischen Arbeitskräften durch Sauckel auf Basis freiwilliger Werbung ohne Schwierigkeiten gedeckt. Als im Sommer 1943 die Werbung den Bedarf nicht mehr deckte und weitere Werbung die Produktion in den besetzten Gebieten beeinträchtigte, schlug Speer die Unlagerung von Arbeit in die besetzten Gebiete anstelle der Verbringung von Arbeitern nach Deutschland vor (s.zu 9b) Sauckel war der Meinung, dass beides gleichzeitig möglich sei. Die Meinungsverschiedenheiten zogen sich bis zum Jahresende 1943 hin. Als Anfang 1944 Adolf Hitler weitgehend im Sinne Sauckels entschied, versuchte Speer, seine Absicht trotzdem auf dem Wege über die sogenannten"S"-Betriebe in den besetzten Gebieten zu erreichen, d.h. Betriebe, denen Arbeitskräfte nicht entzogen werden durften. Auf Speers Weisung wurden so viele Betriebe zu "S"-Betrieben



H0847-0029

erklärt, wie irgend möglich.

10.Frage: Unterstützte Speer zu Lasten der Rüstung ab Februar 1945 die Ernährung und die Ernährungsindustrie und welche Anordnungen hiezu sind Ihnen noch erinnerlich?

10.Antw.: Ab Febr.1945 erklärte Speer, Vorrang für die Ernährung und die Ernährungsindustrie praktisch auf allen Gebieten die durch zentrale Steuerung damals noch beeinflussbar waren, z.B. Zuteilung von Kohle und Strom, Vorrang in de Transportbeförderung ferner Vorrang für ein Notprogramm landwirtschaftlicher Geräte und Ersatzteile in der eisen verarbeitenden Industrie. Diese Tendenz wurde auch in zahlreichen Einzelentscheidungen verfolgt.

11.Frage: Hat Speer durch Sie eine Anordnung herausgeben lassen, nach der die Produktion von Sprengstoffen für Wirtschaft zwecke eingestellt wurde? Wann war das und mit welcher Absicht?

11.Antw.: Die Betreuung der Produktion von Sprengstoffen ging auf das Rohstoffamt im Zuge einer Umorganisation im Novembe 1944 über. Als ab Febr.1945 weitgehende Zerstörungsabsichten zu räumender deutscher Reichsgebiete erkennbar wurden, wies er mich an, die Zuteilung von Sprengstoff für Wirtschaftszwecke d.h. im wesentlichen Bergbeu so zu drosseln, dass möglichst in der Wirtschaft geringe Bestände seien. Nachdem umfassende Zerstörungen angeordnet waren, stoppte ich auf seine Weisung weitere Lieferungen ganz ab und liess auch die Durchführung laufender Lieferungen nach Möglichkeit unterbinden. Die Absicht war zweifellos die, die Durchführung von Sprengungen durch Mangel an Sprengstoffen unmöglich zu machen. Diese Absicht wurde auch ohne, dass sie wegen entgegenstehender Befehle erwähnt wurde, von den durchführenden Stellen erkannt und daher mit besonderer Bereitwilligkei durchgeführt



H0847 – 0030

12.Frage: Hat Speer seinen Einfluss geltend gemacht, damit die Metallerzgruben auf dem Balkan von der Besetzung nicht zerstört wurde und warum?

12.Antwort: Ja. Speer war der Meinung, dass die Metallerzgruben dem Feind keinen Vorteil bringen würden, da seine Rüstung nicht an Metallmangel litt, und dass eine Zerstörung nur um der Wirtschaft eines bisher besetzten Gebietes Schaden zuzufügen, nicht verantwortet werden könne.

Beschworen vor:

Ralph A Nitz

1st Lt.Inf.

gez.Hans Kehrl

---

Ich bestätige die Richtigkeit der Abschrift

gez.Dr.Hans Flächsner

DR.HANSFLÄCHSNER

Rechtsanwalt

H0847-0031

Speer Dok.Nr.51 Speer Exhibit No.-.....

Vernehmung des Zeugen Walter SCHIEBER, durchgeführt für den Angeklagten SPEER von Dr.Hans Flächsner in Kransberg, Deutschland, am 2.Mai 1946.

Kreuzverhör:Mr.Charles Burdell,OUSCC.
Dolmetscher: Wolfgang Thormann.

Vereidigung des Dolmetschers.

Dr.Flächsner an den Zeugen: Schwören Sie bei Gott dem Allmächtigen dass Sie die reine Wahrheit sagen,nicht verschweigen und nichts hinzufügen werden.

Zeuge: Ich schwöre es.

1.Frage: Welche Funktionen übten Sie im Ministerium Speer aus?

1.Antw.: Im Rahmen der von Speer aufgebauten Selbstverantwortung der Wirtschaft mit ihrer Unterteilung in Ausschüsse und Ringe für Betriebe gleicher Fertigungszweige war mit sei Frühjahr 1942 die Zusammenfassung der gesamten Zulieferungsindustrie im Rüstungslieferungsamt des Ministeriums übertragen worden. Ausserdem hatte ich als Vertreter des Ministers die laufende Verbindung aller Ämter und Abteilungen des Ministeriums mit den Generalbeauftragten für die Kriegsproduktion in Italien und die daraus sich ergebenden Arbeiten in der Berliner Zentrale durchzuführen.- Im Herbst 1944 musste ich auf Grund monatelang vorher schon erhobener Forderungen von Hitler, Bormann und einigen Gauleitern - teils aus persönlichen, vor allem aber aus politischen Gründen, insbesondere im Kampf um die Aufrechterhaltung der Selbstverantwortung der Wirtschaft _ aus meiner Stellung als Chef des Rüstungslieferungsamtes ausscheiden.

2.Frage: Hat der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz eine Aufteilung der Kriegswirtschaft in einzelne Sektoren (den sogen.Bedarfsträgern) vorgenommen und behielt er sich



H0847 – 0032

Die unmittelbaren Verhandlungen über die Anforderung und Zuteilung von Arbeitskräften an diese Bedarfsträger selbs vor?

2.Antw.: Während Speer bei der Einsetzung des GB Arb. die auf seinen Vorschlag erfolgte, zunächst eine Unterstellung und dann zumindest eine enge kollegiale Zusammenarbeit von Sauckel gefordert hatte, hat dieser von vorneherein seine völlige Unabhängigkeit in allen Fragen des Arbeitseinsatze betont erzwungen.Selbst Entscheidungen der Zentralen Planung über Verteilung von Arbeitskräften hat er nicht oder nur als Empfehlung anerkannt. Er behielt sich alle wesentlichen Verhandlungen über Anforderung und Verteilung von Arbeitskräften mit den verschiedenen Bedarfsträgern vor, darüberhinaus wurden zeitweise auch direkte Verhandlungen der Organe des Arb. mit den einzelnen Bedarfsgruppen jedes Bedarfsträgers gefordert, z.B. mit der eisenbeschaffenden Industrie häufig, das zu meinem Amte gehörte.....

9.Frage: Wieviel Prozent des Arbeitsaufwandes wird - von der Rohstaerzeugung bis zur Fertigstellung - auf die Herstellung eine Rüstungsgegenstandes in Sinne der Genfer Konvention etwa verwandt?

9.Antw.: 1944 arbeiteten nach meiner Erinnerung

| | |
|---|---|
| in der Zulieferungsindustrie nahezu | 4 Mio Menschen |
| " " zivilen Produktionsindustrie | ca.2.5" " |
| " " Rohstoffindustrie | " 1.850.000 |
| " " Kohleförderung | " 1,100,000 |
| während im Rüstungssektor | " 4.5 Mio Menschen |
| beschäftigt waren. | |

In Rüstungssektor wurden aber viele Geräte und Apparate wie z.B. Schienen und Kraftfahrzeuge gefertigt, die in Sinne der Genfer Konvention nicht zum Kriegsgerät gehören. Ich kann nur schätzen, dass vielleicht 2.8 - 3 Mio Menschen oder



H0847-0033

in der Rüstungsindustrie eingesetzten Arbeitskräfte reines Kriegsgerät gefertigt haben.

10.Frage: Hat das Ministerium Speer in der Regel die Forderung nach Arbeitskräften in einer Gesamtzahl oder aufgegliedert nach Deutschen oder ausländischen Arbeitern oder nach Kriegsgefangenen vorgenommen und wie hätte sich Sauckel zu einer derartigen Aufteilung eingestellt?

10.Antw.: Das Ministerium forderte die benötigten Arbeitskräfte meist in einer Gesamtzahl -unterteilt nach Männern und Frauen bezw. Fachkräften an. Die Forderungen nach deutschen Fachkräften und nach verstärkten Einsatz deutscher Frauen konnte vom GB Arb. nicht erfüllt werden, der sich die Zuteilung selbst vorbehielt und oft nicht einmal die aufgegebene Unterteilung nach Männern und Frauen anerkannte.

11.Frage: Wie und von wem wurde in der Mittelinstanz die Aufteilung der verfügbaren Arbeitskräfte nach Fachkenntnissen und auch nach Nationalität auf die Betriebe vorgenommen und die Zuteilung der Kriegsgefangenen festgelegt?

11.Antw.: Die Zuteilung und Verteilung in der Mittelinstanz gehörte zu den peinlichst wahrgenommenen Rechten der Landesarbeitsbezw. Gauarbeitsämter. Nur durch Einführung der in der Zentrale zugeteilten sogen."Rotzettel" , die die Arbeitsämter vordringlich abzudecken hatten, war eine gewisse Berücksichtigung der Bedürfnisse - wie sie das Ministerium feststellte - gewährleistet;ohne dass dabei aber die Organe des Ministeriums Speer einen erheblichen Einfluss auf die Zuteilung nach Fachkenntnissen oder Nationalität ausüben konnten.

12.Frage: Wer bekam öfter die vom Speer errichtete "Selbstverantwortung der Industrie" und mit welcher Begründung?



H0847-0034

12.Antw.: Die Mehrzahl der Gauleiter - nicht alle - mehrere Wehrkreisbeauftragte und einige entscheidend wirtschaftlich eingesetzte Führer der SS waren gegen die Selbstverantwortung der Wirtschaft und zwar grösstenteils aus gauegoistischen oder bei der SS aus wirtschaftspolitischen Gründen. Die Betriebsführer suchten und wusstén sich zu starken parteipolitischen Druck in den Gauen durch Rükkendeckung bei den "parteiunabhängigen " Minister Speer zu entziehen.

13.Frage: Welche wirtschaftlichen Bestrebungen wurden von Himmler von der SS verfolgt und wie versuchte Himmler dabeidurch die KZ-Lager - zu Rüstungsbetrieben unter seiner Kontrolle zu kommen?

13.Antw.: Nachdem die SS erhebliche wirtschaftliche und technische Erfolge in ihren grossen Holzverarbeitungsbetrieben in Dachau erzielt hatte, entschlossen sich Himmler und Pohl in die Wirtschaftsführung selbst sich einzuschalten und immer mehr Werke als finazielle Grundlage für die verschiedensten Aufgaben der SS sich anzugliedern. Durch die Verfügung über sehr biele Arbeitskräfte aus den KZ, unter denen sich vor allem auch viele ausgezeichnete Facharbeiter befanden, wurde diese Ausdehnung sehr erleichtert. Da weiter Speer sich lange weigerte, von der Waffenproduktion einen gewissen Prozentsatz der SS direk zur Verfügung zu stellen, ging Himmler dazu über, auch Rüstungsbetriebe aufzubauen oder unter seine Kontrolle zu bringen, in dem er sich ausschliesslich mit KZ-Arbeitskräften versorgte und betrieb.

14.Frage: War Speer und sein Ministerium für oder gegen die Bestrebungen und warum?



H0847 – 0035

14.Antw.: Speer und die Mehrzahl seiner engeneren Mitarbeiter war eindeutig gegen diese Bestrebungen, weil es einmal untr bar war, dass die SS-Truppen anders der besser waffenmässig versorgt wurden, weil ferner eine zügellose Verzettelung der vorhandenen Arbeitsenergien, Maschineneinrichtungen usw. bei v rmeidbarer Doppelarbeit die Folge sein müsste, vor allem aber, weil sich die SS-Betriebe jeder venünftigen notwendigen Kontrolle über Materialver brauch, Leistungsfaktoren, Erfahrungsaustausch usw. durc das Rüstungsministerium entzogen und widersetzten.

15.Frage: Wissen Sie, ob sic Himmler unmittelbar an Hitler wandte, um durch seine Arbeitskräfte in den KZ-Lagern zu eigenen Rüstungsbetrieben zu kommen?

15.Antw.: Ja. Da Hitler das "Es gibt kein unmöglich" der SS besonders schützte, wurden die Bestrebungen Himmlers, lang von ihm unterstützt.....

21.Frage: In einer Sitzung vom Januar 1944 bei Hitler über den Arbeitseinsatz des Jahres 1944 hat Speer die weitere Forderung zusätzlicher Arbeiter von einer Steigerung der Lieferungen an Eisenerz im Jahre 1944 abhängig gemacht. Ist diese Steigerung erzielt worden und war sie im Janua 1944 zu erwarten?

21.Antw.: Es war Anfang 1944 klar, dass mehr sicher nicht zu erreichen war.

22.Frage: Welche Meinungsverschiedenheiten hatten Sauckel und Spee über die Produktion in den besetzten Gebieten und über die Erfassung der Reserven an deutschen Arbeitskräften und ab wann? Fügte sich Sauckel der Meinung Speers?

22.Antw.: Wir haben den Einsatz deutscher Frauen und den Verzicht auf deren Halbtagsarbeit immer wieder gefordert.Dagegen hat GB Arb unter ausdrücklicher Autorisierung von Hitler immer wieder gewandt; und den verstärkten Einsatz von Müttern und Hausfrauen in die industrielle Fertigung abbelehnt.



H0847-0036

Wir konnten zwar mit einwandfreien Unterlagen beweisen, dass nicht nur im Krieg1914-18 vielmehr deutsche Frauen mit vollem Erfolg in die Fabrikarbeit, selbst in die Schwerindustrie eingesetzt waren, sondern dass vor allem auch vor 1939 sie prozentual mehr in dem Arbeitsprozess eingeschaltet waren. Sauckel war aber der Meinung, dass die Frauen aus biologischen Gründen geschützt werden müten und darüber hinaus sich ihre sittliche Haltung bei der ungewohnten Fabrikarbeit verschlechtert würde. Im Frühjahr 1943 konnte Speer bei Adolf Hitler die Zustimmung zum wesentlich verstärkten Fabrikeinsatz von deutschen Frauen und Mädchen erreichen. Aber Sauckel hat durch interne Dienstanweisung auch dann noch weitgehend die vereinbarten Massnahmen zu verhindern gewusst. In der Frage der Produktion in den besetzten Gebieten war es zwischen dem Rüstungsminister und dem GB Arb zu sehr schweren Meinungsverschiedenheiten, ja, zu einem widerlichen Streit gekommen. Speer und die Mehrzahl seiner Mitarbeiter wollten die Produktionsstätten der besetzten Gebiete, insbesondere auf dem zivilen Sektor voll auslasten, um in Deutschland Arbeitskräfte für die reine Rüstung freizubekommen und um weiter die vielen Erschwernisse bei den Einsatz ausländischer Arbeitskräfte damit zu vermeiden. Das gerade Gegenteil vertrat der GB Arb, um seine von Hitler erhaltene Verpflichtung über die Bereitstellung von Arbeitskräften erfüllen zu können.

23. Frage: Ihnen unterstand im Rüstungsministerium Speer u.a. die Kampfgasfertigung. Wann wurde von Speer die Kampfgasproduktion eingestellt? Und war Hitler damit einverstande



H0847-0037

H0847-0038

23. Antw.: Die Kampfgasproduktion, insbesondere in Gendorf, wurde im Oktober oder November 1944 stillgelegt.

25. Frage: Im September 1944 hatte Speer in Italien eine Besprechung mit dem Oberbefehlshaber in Italien, bei der Sie auch anwesend waren. Welche Zerstoerungen wurden bis dahin in Italien in der Industrie und den Energieanlagen durchgefuehrt, was war fuer die Zukunft beabsichtigt, wie begruendete Speer seine Stellungnahme hierzu und mit welchem Ergebnis ?

25. Antw.: Bei einer Besprechung mit Kesselring hat Speer als besonderen Punkt die Frage der Zerstoerung der Industrie ½ und Energieanlagen sehr ausfuehrlich behandelt. Zunaechst war aehnlich wie im Spaetherbst 1943 in Suditalien von militaerischer Seite eine weitgehende Zerstoerung aller Industrie- und Versorgungsanlagen bei einer etwa notwendig werdenden Raeumung der Po-Ebene geplant. Speer vertrat den Standpunkt, dass ausser ganz wenigen militaerischen Anlagen, die Pulver- und Munitionsanlagen, die zu sprengen waren, in der ganzen Ruestungs- und Zivilproduktion Italiens nur Laehmungen durchgefuehrt werden sollten. Die Erhaltung der Arbeitsmoeglichkeiten hielt er fuer eine unerlaessliche militaerische und menschliche Forderung, denn entweder wuerde die militaerische Lage die hoechste Ausnutzung aller nur verfuegbaren Kapazitaeten fordern oder aber bei einem Verlieren duerften wir die zivile italienische befreundete Bevoelkerung nicht einem namenlosen Elend preisgeben. - Kesselring und sein Chef schlossen sich in den Hauptpunkten in teilweisen Gegensatz zu der Meinung des Generals der technischen Truppen - der Auffassung Speers an.

H0847 - 0039



Die Zerstoerung oder Lachmung von zivilen Versorgungsbetrieben wurde verboten. Ein besonderer Wirtschaftsbeauftragter des Generalbevollmaechtigten des Ruestungsministers in Italien wurde zum Hauptquartier Kesselring abgestellt, der in jedem Einzelfalle mit den militaerischen Stellen eine etwaige Zerstoerung von Industrieanlagen, ihre Lachmung und deren Durchfuehrung sowie die intakte Betriebserhaltung aller zivilen Versorgungsbetriebe zu gewaehrleisten hatte. Ausdruecklich abgelehnt wurde jede Zerstoerung der Energieanlagen selbst deren Lachmung durch Leerung der Talsperren wurde nicht beschlossen.

Das ist alles.

Mr. Burdell:

Frage: Koennen Sie mir noch weitere Einzelheiten ueber Ihre Aufgaben im Ministerium Speer geben ?

Antw.: Ich hatte saemtliche Betriebe der Zulieferungsindustrie - etwa 5o ooo - zu ueberwachen und zu betreuen, die fuer die gesamte industrielle Produktion Deutschlands die notwendigen Zulieferungen machten. Es waren z.B. die Eisen- und Stahlerzeugung, die Metallverarbeitung, die Feinmechanik mit Optik, die Werkstoffverfeinerung, die gesamte Elektrotechnik alle Maschinen insbesondere die Werkzeugmaschinen, Pulver und Sprengstoff und die kontingentsmaessige Zuteilung aller Einzelkontingente an die Bedarfstraeger ?

Frage: Waren Sie fuer alle diese Betriebe verantwortlich ?

Antw.: Ja, - sowohl fuer die Produktion als auch fuer die Fuehrung in diesen Betrieben.

Frage: Schliesst diese Verantwortung auch die Betriebe in den besetzten Gebieten ein ?

Antw.: Nein, - nur die Betriebe in Italien.

Im Ministerium waren fuer die einzelnen besetzten Gebiete je

H0847-0040

Beauftragter eingesetzt und zwar: ich war fuer Italien verantwortlich, Herr Kehrl fuer Belgien und Frankreich, Herr Saur fuer das Protektorat, die Slowakei und Ungarn.

Frage: Gehoerte es zu Ihren Aufgaben, darauf zu achten, dass Ihre Betriebe genuegend Arbeitskraefte zugewiesen bekamen ?

Antw.: Jawohl. - Ich musste dafuer sorgen, dass ich genuegend Arbeitskraefte zugewiesen bekam, die ich beim Minister anforderte. Dieser hatte bei seinem Ruestungsamt eine Arbeitseinsatzstelle, die meine Forderungen an den Gb.Arb.weiterleitete.

Frage: Hat Speer diese Antraege von Zeit zu Zeit gesehen ?

Antw.: Jawohl. Er hat diese Anforderung von uns oft stark reduziert, um beim Gb.Arb. (Sauckel), mit dem er ein nicht sehr leichtes Arbeiten hatte, nicht zuviel Arbeitskraefte anfordern zu muessen.

Frage: Wissen Sie, wie diese Anforderungen an Sauckel weitergeleitet wurden ? Hat es Speer persoenlich getan oder irgend jemand anderes ?

Antw.: Die Arbeitseinsatzstelle, die beim Ruestungsamt von Herrn Dr. Schmelter geleitet wurde, hat die Anforderungen an Sauckel weitergeleitet. Herr Dr.Schmelter war von Herrn Speer als fruehrer Mitarbeiter von Sauckel und als Treuhaender der Arbeit besonders gewaehlt worden. - Wir, die Amtschefs, verhandelten mit Dr. Schmelter, der unsere Forderungen zusammengefasst an Sauckel weitergab. Aus dieser taeglich und woechentlich erfolgenden Arbeit hat sich Speer bewusst herausgehalten, weil er den sich immer auftretenden Streit zwischen dem Ruestungsamt und den Organen von Sauckel ausgleichen musste und wollte.

Frage: Wurden die Antraege an Sauckel zusammengefasst oder nach Arbeitsgebieten unterteilt an Sauckel weitergegeben ?

H0847 - 0041

Antw.: Nein. - Ich, Kerrl, Saur u.a., jeder fuer sein Arbeitsgebiet, gaben ihre Anforderungen an Schmelter, der sie nach Abstimmung mit dem Minister zusammengefasst an Sauckel weitergab.

Frage: Hofften Sie, wie auch Herr Speer, dass Sauckel die von Ihnen beantragten Arbeitskraefte gemaess Ihren Anforderungen zur Verfuegung stellen wuerde ?

Antw.: Jawohl, denn das war bei seiner Einsetzung als seine Hauptaufgabe festgelegt worden.

Frage: Hat also Sauckel anstelle Ihre Forderungen strikte zu erfuellen, die Verteilung einfach nach seiner eigenen Meinung vorgenommen ?

Antw.: Die Schierigkeiten entstanden dadurch, dass Sauckel die von uns geforderten Arbeitskraefte im allgemeinen nicht zuteilen wollte, weil er sagte, dass unsere Forderungen viel zu hoch seien. Wir haben, z.B. wie ich vorhin schon sagte, deutsche Arbeitskraefte angefordert und er hat uns dafuer Auslaender zugewiesen. Wir wollten keine Halbtagsfrauen, sondern forderten, dass die Frauen ganztaegig in der Fabrik arbeiteten; er wollte, dass Frauen moeglichst nur Heimarbeit ausfuehren sollten. Wenn wir dringend Maenner benoetigten, hat er uns nur Frauen zuweisen koennen und umgekehrt. Ich glaube, dass diese Beispiele die aufgetretenen Schwierigkeiten genuegend kennzeichnen.

Frage: Sprechen Sie ueber das Rotzettelsystem.

Antw.: Um die vielen Streitigkeiten ueber die ungenuegende Zuteilung von Arbeitskraeften wenigstens etwas zu beseitigen, hat Speer von Sauckel verlangt, dass er ihm jeden Monat von den verfuegbaren Arbeitskraeften einen bestimmten Anteil, z.B. 2oo ooo Arbeiter, voraussichtlich zur Verfuegung stellt. Wir bekamen also von Sauckel z.B. 2o ooo Rotzettel. Diese Rotzettel hat

H0847-0042

Speer bezw. Schmelter an die verschiedenen Aemter des Rue-Ministeriums verteilt. Ich bekam von diesen 200 000 Rotzettel z.B. 40 000. Von diesen 40 000 Rotzetteln habe ich den Leiter des Ausschusses fuer Elektrotechnik, den Leiter des Ausschusses fuer Feinmechanik und Optik usw. je 5 000 Rotzettel gegeben. Die Leiter dieser Ausschuesse gaben diese Rotzettel den Betriebsleitern der von ihnen betreuten Fabriken. Die Betriebe gingen nun mit diesen Rotzetteln zum Gauarbeitsamt und - jetzt kommt das Entscheidende - Gauarbeitsamt musste von den frei verfuegbaren Arbeitskraeften zuerst diese Rotzettel abdecken, bevor es nach eigenem Ermessen verfuegbare Arbeitskraefte auf die einzelnen Betriebe verteilen durfte.

Frage: Wann wurde dieser Plan mit den Rotzetteln eingefuehrt ?

Antw.: Wenn ich mich recht erinnere Ende 1943.

Frage: Stimmt es, dass Speer anordnete, dass Ruestungsbetriebe in der Nache von KZ's aufgebaut werden sollten ?

Antw.: Soviel ich weiss, trifft das nur fuer wenige Flugzeugfabriken zu. Fuer die Zulieferungsindustrie, ueber die ich genau Bescheid weiss trifft es sich er nicht zu. - Wir haben immer verlangt, dass die KZ Arbeiter in unsere Betriebe hereinkommen und zwar aus einen sehr einfachen Grunde: hier gab es betraechtliche und hervorragende Facharbeiterkraefte.

Frage: Waren die Ruestungsbetriebe Speer unterstellt ?

Antw.: Ja.

Frage: War es Speer bekannt, dass die von ihm bei Sauckel angeforderten Arbeitskraefte aus den besetzten Gebieten hereingebracht wurden ?

Antw.: Ja.-Das war der grosse Streipunkt. Wirhaben immer gesagt, dass Sauckel nur Partisanen schaffen wuerde, wenn er Arbeitskraefte , die nicht freiwillig nach Deutschland kommen, gezwungenermassen hierher verbringe.

H0847 - 0043



Frage: Stimmt es, dass Speer verschiedene Sperrbetriebe geschlossen hat damit Sauckel die dadurch freiwerdenden Arbeitskraefte nach Deutschland ueberfuehrte ?

Antw.: Wenn ich diese Frage richtig verstanden habe, so soll Speer seine eigenen Sperrbetriebe geschlossen haben, um dadurch die freiwerdenden Arbeitskraefte geschlossen nach Deutschland bringen zu lassen.

Ob Sie wissen, dass dies passiert ist ?
Nein, das weiss ich nicht, aber ich bin davon ueberzeugt, dass es nicht passiert ist.

Frage: An wievielen Sitzungen der Zentralen Planung haben Sie teilgenommen ?

Antw.: Nahezu an allen.

Frage: Wurde in diesen Sitzungen der Zentralen Planung ueber die Verteilung auslaendischer Arbeitskraefte verhandelt ?

Antw.: Ich habe bei der Beantwortung der Frage 4) des Fragebogens bereits angegeben, dass ich mich an eine Sitzung der Zentralen Planung genau erinnere, in der auch ueber die Moeglichkeit, weitere auslaendische Arbeitskraefte nach Deutschland zu bringen, eingehend gesprochen wurde. In dieser Sitzung haben wir uns u.a. besonders dagegen gewehrt, dass aus den Sperrbetrieben Arbeitskraefte abgezogen wuerden.

Frage: Produzierten diese Betriebe in den besetzten Gebieten, von denen Sie sprechen, Ruestungsgegenstaende ?

Antw.: Nein, nicht nur, meistens zivile Produktion, insbesondere Zulieferung, dann Rohstoffprodukte, z.B. Stahl und Eisen, darueber hinaus dann auch Ruestungsgegenstaende.

H0847-0044

Frage: Gab es auch Flugzeugfabriken in Frankreich ?

Antw.: Das kann ich nicht sagen. Ich weiss aber, dass Flugzeugreparaturwerkstaetten dort eingerichtet waren.

Frage: Gab es nicht eine ganze Serie von Sitzungen der Zentralen Planung, die sich besonders mit der Frage des Einsatzes russischer Kriegsgefangener im Kohlenbergbau beschaeftigten ?

Antw.: Die Sitzungen der Zentralen Planung fanden gewoehnlich vierteljaehrlich statt. Bei besonderen Notstaenden und Engpaessen fanden auch besonders dafuer einberufene Sitzungen der Zentralen Planung statt. Mit der Frage des Einsatzes von russischen Arbeitskraeften im Kohlenbergbau hat sich eine Sitzung der Zentralen Planung besonders befasst. Ich erinnere mich aber nur an eine solche Sitzung, in der das Problem der Zufuehrung neuer Arbeitskraefte fuer den Kohlenbergbau besonders behandelt wurde. Die Frage der Zuteilung von Arbeitskraeften fuer Kohlewirtschaft wurde im allgemeinen zwischen den Beauftragten fuer die Kohlewirtschaft und Sauckel laufend behandelt, und erst als die Meinungsverschiedenheiten zwischen diesen beiden Stellen besonders gross wurden, hat Minister Speer und die Zentrale Planung sich eingeschaltet. Ich habe bei der Beantwortung der Frage 5) des Fragebogens zum Ausdruck gebracht, dass bei Kohle- und Bergbau der Minister die Arbeiteranforderungen dieser Bedarfstraeger unterstuetzte, die auch von der Zentralen Planung dem Gb Arb gegenueber vertreten wurden.

Frage: Sie erinnern sich nicht an eine Diskussion ueber den Einsatz russischer Kriegsgefangener im Kohlenbergbau ?

Antw.: Doch, ich erinnere mich - wie gesagt - an eine Sitzung der Zentralen Planung, in der diese Frage besprochen wurde.

H0847-0045



Dr.Flaechsner: Zusaetzliche Fragen:

Sie sagten vorhin, dass nach Ihrer Erinnerung nur Luftwaffenfabriken in der Nache von KZ's errichtet worden seien. - Wissen Sie, seit wann die Luftruestung dem Ministerium Speer unterstellt wurde ?

Antw.: Jawohl, angefangen im Maerz 1944 und effektiv ab Juni 1944 etwa.

Frage: Handelt es sich bei den Luftwaffenfabriken, von denen Sie sprachen, um die 6 Jaegerfabriken, die Herr Dorsch bauen sollte ?

Antw.: Nein.

Das ist alles.

Bemerkung des Zeugen Schieber:

Bei den Fragen ist mir etwas aufgefallen, ich bin gefragt worden, ob die Ruestungsbetriebe Speer unterstanden. In diese Frage im Zusammenhang von Ruestungsbetrieben in der Nache von KZ-Lagern gestellt wurde, betone ich insbesondere, dass die SS-Ruestungsbetriebe Speer natuerlich nicht unterstanden.

---

Ich bestaetige hiermit die Richtigkeit der Abschrift.

gez. Dr. Hans Flaechsner
DR. HANS FLAECHSNER

Rechtsanwalt.

H0847 - 0046

Speer Exhibit .....

SPEER Dok.
Nr. 52

Auszug aus den
Aussagen des Zeugen SCHMELTER
abgegeben fuer den Angeklagten
Albert SPEER zu Darmstadt, Deutschland
am 3. April 1946

Vernehmender: Dr. Flaechsner, Verteidiger von Speer

Kreuz-Verhoer durch: Mr. Charles Burdell, OUSCC

Dolmetscher: Mr. Wolfgang Thomann, IMT

Zeuge wurde vorher vereidigt.

Dr. Flaechsner

1.Frage: Welche Aufgabe hatten Sie innerhalb des Ministeriums Speer ?

1.Antw.: Seit Dezember 1943 unterstand mir der Arbeitseinsatz im Ministerium Speer. In Verbindung hiermit hatte ich folgende Aufgaben:

1. Ich musste die Anforderungen von Arbeitskraeften der verschiedenen, Speer Ministerium fuer Ruestung und Kriegsproduktion unterstellten Einsatzgebiete sammeln. Ich erhielt diese Anforderungen monatlich durch die Ruestungsinspekteure zugesandt. Die Ruestungsinspekteure bekamen die Anforderungen vom Ruestungskommando, dieses wiederum erhielt sie von den einzelnen Fabriken. Die Gesamtanforderung wurde Sauckel uebermittelt und Sauckel wurde von den Gesamtanforderungen unterrichtet.

2. Sauckel teilte mir mit wie er diese angeforderten Arbeitskraefte beschaffen koennte. Ich bestimmte dann, welchen Gebieten Arbeitskraefte zugeteilt werden sollten.

2.Frage: Teilte der Generalbevollmaechtigte fuer den Arbeitseinsatz die Kriegsindustrie in verschiedene Gruppen (die sog. Bedarfstraeger) Schluesselindustrien und Betrieb, die Arbeitskraefte brauchten, und behielt er sich selbst die unmittelbaren Verhandlungen ueber die Anforderungen und die Verteilung der Arbeitskraefte auf die sie anfordernden Industrien und Betriebe vor ?

2.Antw.: Der Generalbevollmaechtigte fuer den Arbeitseinsatz teilte die gesamte Industrie in verschiedene Sektoren

H0847-0047



Sektoren

und behielt sich die unmittelbaren Verhandlungen ueber Anforderungen und Verteilung von Arbeitskraeften auf die die sie anfordernden Industrien und Betriebe vor. So verhandelten das Ministerium fuer Ernaehrung und Landwirtschaft, die Wehrmacht, die Reichsbahn, die Forstwirtschaft, die Post und die Ruestung und Kriegsproduktion jeder fuer sich getrennt mit dem Generalbevollmaechtigten. Das Ruestungsministerium umfasste folgende Unterabteilungen: Heeres- und Marineruestung; seit Maerz 1944 auch die Luftruestung, Bergbau, chemische Industrie, Bauten und die sogenannte Kriegsproduktion Bergbau und auch die Bauindustrie verhandelten mit Sauckel unmittelbar.

7.Frage: Stellte Speers Ministerium seine Anforderungen nach Arbeitskraeften gewoehnlich als Gesamtziffer auf oder gab es verschiedene Ziffern fuer deutsche und auslaendische Zivilarbeiter oder Kriegsgefangene und was waere Sauckel's Reaktion auf so klassifizierte Anforderungen gewesen ?

7.Antw.: Es gab nur eine Gesamtziffer der angeforderten Arbeiter; sie zerfiel in maennliche und weibliche Arbeitskraefte ...

9.Frage: Foerderte Speer persoenlich die Beschaeftigung von KZ-Haeftlingen in Ruestungsbetrieben ?

9.Antw.: Soviel mir bekannt ist, foerderte Speer persoenlich nicht den Einsatz von KZ-Haeftlingen in der Ruestungsindustrie.

13.Frage: Welche Differenzen bestanden zwischen Sauckel und Speer bezueglich der Arbeitseinsatzpolitik in den besetzten Gebieten und seit wann bestanden diese Differenzen ?

13.Antw.: Speer verwahrte sich stark dagegen, dass Sauckel Arbeitskraefte aus den Sperrbetrieben in Frankreich, Belgien und Italien herauszog. Im Januar 1944 wurde diese Frage mit Hitler besprochen. Speer verlangte Schutz dieser Sperr-Betriebe gegen den Entzug von Arbeitskraeften, um die zivile Produktion der besetzten

zu schuetzen. Speer betonte immer wieder, dass er auf auslaendische Arbeiter keinen Wert lege, sondern dass er eine viellige Ausschoepfung der deutschen Reserven zunaechst fuer besser halte. Wiederholt wies er darauf hin, dass der Einsatz auslaendischer Arbeiter groessere Schwierigkeiten in der Produktion und die Bereitstellung zusaetzlicher Nahrungsmittel durch das Reich bedingen wuerde.

14. Frage: Wer ueberwachte den Einsatz der Kriegsgefangenen in Bezug auf die Genfer Konvention ?

14. Antwort: Kriegsgefangene wurden gemess den Bedingungen der Genfer Konvention beschaeftigt. Die Ueberwachung lag beim Chef OKW, Abt. Kriegsgefangenenwesen.

15. Frage: Sie waren vorher Treuhaender der Arbeit. Bis zu welchem Grade war ein solcher verantwortlich fuer die Bestimmungen der Arbeitsbedingungen (z.B. Arbeitsstunden) und wie weit konnten solche Fragen in Speers Ministerium entschieden werden ? Welcher Dienststelle waren die Treuhaender der Arbeit unterstellt ?

15. Antwort: Ich war Treuhaender der Arbeit im Jahre 1942 ..... Die Entscheidung ueber Arbeitsbedingungen, z.B. Arbeitsstunden ging ausschliess ich vom R.M aus. Spaeter wies der Generalbevollmaechtigte fuer den Arbeitseinsatz die Treuhaender an, Sonderregelungen zu treffen. Im Ministerium Speer konnte ueber solche Fragen nicht entschieden werden.

16. Frage: Welche Diffenrenzen bestanden zwischen Sauckel und Speer
a. bezueglich des Einsatzes deutscher Arbeitsreserven ?
b. bezueglich des Verteilungssystems der Arbeitskraefte auf die Werke und wie weit gab Sauckel Speers Ansichten nach ?

16. Antwort:

a. Speer war immer der Ansicht, dass es noch weitere verfuegbare Reserven deutscher Arbeiter gaebe. Besonders haette seiner Meinung nach die Frauenarbeit in noch groesserem Umfang durchgefuehrt werden koennen. So waren z.B. mehr als eine Million weiblicher Arbeitskraefte als Hausangestellte beschaeftigt. Es waren in der Hauptsache Deutsche, die nach Speers Ansicht in die Industrie haetten ueberfuehrt werden koennen. Er forderte Sauckel zu einer energischen

H0847 – 0048

H0847-0049



energischeren
Ausnutzung dieser Reserven auf. Er warf Sauckel immer wiedervor, dass die Arbeitsaemter nicht scharf genug vorgingen, um Arbeitskraefte aus weniger wichtigen Arbeitsgebieten fuer die Industrie bereitzustellen. Wiederholt bewies Speer an Hand einzelner Beispiele, dass noch grosse Reserven in unwichtigen Sektoren beschaeftigt wurden.

b. Speer hat oft protestiert, dass Sauckel nicht jenen Fabriken Arbeiter zuteilte, die er fuer wesentlich hielt. Sehr oft sandten die Arbeitsaemter Arbeiter in weniger wichtige Werke. Gelegentlich kam es vor, dass die Arbeitsaemter Ruestungsfabriken Arbeitskraefte entzogen, was auch zu Meinungsverschiedenheiten fuehrte.
Haeufig gab Sauckel bei solchen Meinungsverschiedenheiten Speer Ansicht nach, spaeter jedoch handelte er anders mit der Begruendung, er sei unabhaengig und brauche Speers Ansicht nicht nachzugeben.

20. Frage: Welches war die Aufgabe der Bedarfspruefungs-Kommissionen?
20. Antwort: Die erste Aufgabe der Bedarfspruefungs-Kommissionen war es, zu ueberwachen, ob der von den Werken angegebene Bedarf gerechtfertigt war; die zweite, ob das Werk einen Arbeiterueberschuss besass und Arbeitskraefte an andere Fabriken abstellen konnte.

Kreuzverhoer durch Mr. Burdell

Frage: Sie sagten, dass Sauckel Speer wiederholt versicherte, die Erfassung der auslaendischen Arbeitskraefte vollzoege sich auf gesetzlicher Grundlage. Waren Sie bei irgendeiner solchen Unterredung anwesend ?
Antw.: Nein. Ich nahm nur sehr selten an Besprechungen zwischen Sauckel und Speer teil.

Frage: Sie hoerten Sie niemals, wie Sauckel Speer versicherte, dass die Beschaffung auslaendischer Arbeitskraefte auf gesetzlicher Grundlage vor sich ging, ist das richtig ?
Antw.: Ja, ich weiss es nur, weil Speer es mir nachher erzaehlte.

H0847 – 0050



erzaehlte.

Frage: Wollen Sie damit sagen, dass Sie und Minister Speer den Eindruck hatten, dass auslaendische Arbeiter nur freiwillig erfasst wurden.
Antwort: Jawohl, Sauckel betonte wiederholt, auch wenn er nicht darueber gefragt wurde, dass die Erfassung eine freiwillige sei und dass die Arbeiter gerne nach Deutschland kamen.

Frage: Dann bezeugen Sie unter Eid, dass Sie niemals gewusst haben, dass Arbeiter zur Arbeit in Deutschland gezwungen wurden.
Antwort: Nein.

Frage: Sie glauben also, dass alle freiwillig und gern nach Deutschland kamen ?
Antwort: Jawohl.

Frage: Sie sagten, dass die Anforderungen auf Arbeitskraefte an Sie gingen und Sie diese an Sauckel weitergaben ? Stimmt das ?
Antwort: Jawohl, den gesamten Bedarf.

Frage: Koennen Sie uns sagen, wie oft oder in welchen Zeitabstaenden Sie Sauckel diese Anforderungen mitteilten ?
Antwort: Jeden Monat einmal.

Frage: Stimmt es, dass Sie im allgemeinen die Gesamtziffer, der von Ihnen benoetigten Arbeitskraefte angaben ?
Antwort: Jawohl, die Gesamtziffer.

Frage: Manchmal in maennliche und weibliche Arbeitskraefte unterteilt ?
Antwort: Jawohl.

Frage: Forderten Sie jemals besonders auslaendische Arbeitskraefte an ?
Antwort: Hoechstens einige Spezialisten. Mit anderen Worten

H0847-0051



Worten,
wenn in Italien Spezialisten zur Verfuegung standen, wurde uns, wenn wir Spezialisten anforderten, dass diese Spezialisten nach Deutschland gebraucht worden wuerden.

Frage: Forderten Sie jemals Kriegsgefangene an ?
Antwort: Jawohl, aber nicht ueber Sauckels Dienststelle, sondern ueber Chef OKW, Abt. Kriegsgefangenenwesen.

Frage: Wusste Speer, dass Sie beim OKW Kriegsgefangene anforderten ?
Antwort: Nicht im einzelnen.

Frage: Forderten Sie jemals bei der SS KZ*Haeftlinge als Arbeitskraefte an ?
Antwort: Nein, die SS bot sie uns an.

Frage: Und Sie nahmen Sie, stimmt das ?
Antwort: Jawohl. Ich gab an, welche Fabriken sie benoetigten und wohin sie gesandt werden sollten. Der Einsatz in diesen Fabriken lag in den Haenden der SS. Ich musste davon unterrichtet werden, weil der Bedarf des Werkes gedeckt worden wuerde, und ich dann diese Anforderungen abweisen musste.

Frage: Sie sagten, dass Speer gegen den Einsatz auslaendischer Arbeiter war. Stimmt es, dass seine Gruende fuer diese Einstellung folgende waren:
1. Man entzog Sperr-Betrieben Arbeiter
2. Speer glaubte, dass es noch verfuegbare Arbeitskraefte in Deutschland gaebe ?
Antwort: Jawohl.

Frage: Waren dies die Hauptgruende, die Speer fuer seine Opposition gegen den Einsatz auslaendischer Arbeiter angab ?
Antwort: Ich habe 3 weitere Gruende erwaehnt:
die zusaetzlichen Unterbringungsschwierigkeiten;
Schwierigkeiten in der Produktion, z.B. Sprachschwierigkeiten und Erlernen der Sprache, dazu als letztes die zusaetzliche Nahrungsmittelbeschaffung.
Aus diesen Gruenden glaubte Speer, es sei ueberfluessig, auslaendische Arbeiter nach Deutschland zu bringen.

Frage:

H0847-0052



Frage: Und diese 5 Gruende waren es in der Hauptsache, die Speer zu seiner Haltung bewogen ?

Antwort: Soweit ich mich erinnere, ja. Ich entsinne mich im Augenblick keiner weiteren Gruende.

Frage: Begleitete Sie je Sauckel auf einer seiner Reisen in die besetzten Gebiete ?

Antwort: Ja

Frage: Wohin begleiteten Sie ihn ?

Antwort: Nach Frankreich und Italien. Ich traf Sauckel zufaellig in Italien. Meist sandte mich Speer nach Frankreich, um dort den Entzug von Arbeitskraeften bei den Sperr-Betrieben zu verhindern. Dies war auch einer der Gruende fuer meine Italienreisen.

Frage: Fuhren Sie je nach den Osten ?

Antwort: Ja. Aber allein, nicht mit Sauckel. Ich war nur im Osten vor meiner Taetigkeit im Ministerium, als ich noch zur OT gehoerte. Nach Dezember 1943 kam ich nicht mehr in den Osten.

Frage: Hatten Sie Gelegenheit, von Zeit zu Zeit mit Sauckel ueber die Beschaffung auslaendischer Arbeiter zu sprechen ?

Antwort: Ich kam einmal im Monat oder alle zwei Monate zu Sauckel, wenn er alle Vertreter der verschiedenen Ministerien bei sich versammelte. Sonst kam ich nur mit besonderen Wuenschen Speer zu ihm. Wir haben sehr viele Probleme besprochen. Auch die Frage der Arbeiter-Rekrutierung.

Frage: Sprach Sauckel bei diesen Gelegenheiten zu Ihnen ueber Schwierigkeiten, die er bei der Rekrutierung von Arbeitskraeften aus den besetzten Gebieten hatte ?

Antwort: Ja, er klagte dauernd. Besonders ueber die Schwierigkeiten, die ihm deutsche Dienststellen insbesondere des Ministeriums Speer machten. Er

H0847-0053



klagte besonders ueber die Schwierigkeiten in den Sperrbetrieben in Frankreich.

Frage: Sagte Ihnen Sauckel bei diesen Gelegenheiten nicht, dass es unmoeglich war, Arbeiter zu finden, die gern und freiwillig nach Deutschland kame ?

Antwort: Nein. Er betonte immer wieder, dass sie freiwillig kaemen und als schliesslich keine mehr kamen, gab er zu, dass es nicht mehr moeglich war, noch mehr auslaendische Arbeiter nach Deutschland zu bringen.

Frage: Wann gab Sauckel zu, dass es nicht mehr moeglich war, mehr auslaendische Arbeiter nach Deutschland zu bringen ?

Antwort: Gegen Ende 1944 etwa.

Mr. Burdell:

Dr. Flaechsner, der Offizier teilt mir mit, dass Sie das Haus zu schliessen wuenschen und dass man, wenn moeglich, das Verhoer jetzt beenden moege. Wenn Sie noch ein oder zwei Fragen haben sollten, schlage ich vor, Sie stellen sie und wir besprechen spaeter, ob wir bleiben wollen oder nicht und ob wir morgen das Verhoer fortsetzen wollen.

Dr. Flaechsner:

Sehr schoen.

Frage: Befassten Sie sich mit Arbeitseinsatzfragen, waehrend Sie mit der OT im Osten waren ?

Antwort: Ja. Aber nur mit dem Einsatz deutscher Arbeiter bei OT-Projekten, dem Einsatz von Auslaendern und den OT-Projekten im Osten selbst. Damals hatte die OT noch keinerlei Bauvorhaben in Deutschland.

H0847-0054



Frage: Waren diese auslaendischen Arbeiter, die Sie im Osten in der OT beschaeftigten, Freiwillige ?

Antwort: Jawohl. Denn sie arbeiteten ja in ihrer Heimat.

---

Fuer die Richtigkeit der Abschrift.

Dr. Hans Flechsner

Rechtsanwalt.

Speer Dok. Nr. 53 Speer Exhibit No .....

Auszug aus der Vernehmung des Zeugen Theo HUPFAUER in Hersbruck am 10. Mai 1946, nachmittags, durch Dr. Hans Flaechsner und Mr. Charles S. Burdell (Kreuzverhoer). Weitere Anwesende: Jan P. Charmatz.

Vereidigung des Zeugen durch Dr. Hand Flaechsner:

Schwoeren Sie bei Gott dem Allmaechtigen und Allwissenden, dass Sie die reine Wahrheit sprechen, nichts verschweigen und hinzusetzen werden.

Zeuge: Ich schwoere.

2. Frage: Welche Aufgabe hatte das Ministerium Speer in den Betrieben ? Welche Aemter waren fuer die sozialen Probleme verantwortlich und fuer eine tragbare Ausnutzung der Arbeitskraefte ?

2. Antw.: Dem Ministerium Speer unterstanden nur die technischen Aufgaben innerhalb der Betriebe. Die wichtige Aufgabe war die Rationalisierung der Betriebe. Dann ueberwachte das Ministerium Speer die Produktion und das Arbeitsergebnis. Allgemein soziale Aufgaben unterstanden dem Gb Arb, dem Reichsarbeitsministerium und der DAF.

3. Frage: Wer setzte z.B. die Arbeitsstunden fuer die deutschen Arbeiter, Auslaender und Kriegsgefangene fest ?

3. Antw.: Die Festlegung der Arbeitszeit fuer alle Arbeiterkategorien oblag dem Gb.Arb. Er traf eine generelle Entscheidung. Im Rahmen seiner generellen Entscheidung bestimmten die Betriebe gleicher Art die Arbeitsstunden.

4. Frage: Wurde von den auslaendischen Arbeitern und Kriegsgefangenen eine hoehere Arbeitsleistung verlangt als von deutschen Arbeitern ?

4. Antw.: Mir ist keine Bestimmung und kein Erlass bekannt, die fuer auslaendische Arbeiter oder Kriegsgefangene andere Arbeitsstunden fortsetzte als fuer deutsche Arbeiter.



H0847-0055

H0847-0056



13. Frage: Betrachteten fuehrende Parteikreise Speers Stellung als technischer Leiter als bedeutende politische Aufgabe fuer ihn ? Wie war sein politisches Gewicht und worauf gruendet sich Ihre Beobachtung ?

13. Antw.: Ich bin ueberzeugt, dass Speer nur deshalb zum Leiter des Hauptamtes fuer Technik ernannt wurde, weil er ganz allgemein Nachfolger Todts werden sollte. Ich erinnere mich nicht mehr genau an jeden Vorgang, bei dem Speer auf Grund seiner Stellung hervortrat und ich glaube nicht, dass Parteikreise ihn und das Hauptamt fuer Technik als politisch einflussreich ansahen.

21. Frage: Koennen Sie sagen, was Speer im Verlauf von vertraulichen Aussprachen mit Vertretern der Ruestungsindustrie und Fabrikanten im Febr. 1945 ueber die Ernaehrungslage aeusserte und welche Massnahmen er in der Zentrale traf ?

21. Antw.: Speer uebernahm persoenlich die Leitung des Transportwesens. Ich glaube es war im Februar 1945; dadurch hatte er einen entscheidenden Einfluss auf die Regelung der Transporte. In dieser Eigenschaft ordnete Speer an, dass von da an Nahrungsmittel Vorrang A hatten, um das Leben des Volkes zu sichern, und dass selbst Waffen und Munition nach den Ernaehrungsproblemen kamen.

23. Frage: Bestand Ihrer Ansicht nach die Gefahr weitreichender Zerstoerungen von Industrie- und Versorgungsbetrieben. (Florian)

23. Antw.: Diese Gefahr bestand, weil die militaerischen Dienststellen und die Parteiaemter der Auffassung waren, dass die Befehle des Fuehrers unter allen Umstaenden ausgefuehrt werden muessten.

24.Frage: Worauf gründete sich Speers Haltung und Vorgehen in der letzten Phase des Krieges und was wäre die Folge seines Rücktritts gewesen?

24.Antw.: Speer selbst gab das Motiv für sein Verhalten während der Endphase des Krieges mit folgenden Worten: "Das Volk hat in diesem Krieg seine Pflicht getan. Es hat wie kein anderes der Welt seine Tüchtigkeit bewiesen. Wenn dieser Krieg verloren ist, so ist dies eine Folge der Unfuhigkeit seiner Führer. Daher haben die Führer die Pflicht, dem Volk unter allen Umständen seine Lebensbasis zu erhalten. In meiner Eigenschaft als verantwortlicher Produktionsminister muss ich dafür sorgen, dass die Produktion unter allen Umständen weiter läuft. Wenn Speer in diesem Augenblick zurückgetreten wäre, wäre diese Aufgabe nicht mit der gleichen Hingabe und der gleichen Selbstaufopferung durchgeführt worden. Nach meiner Ansicht durfte Speer nicht zurücktreten, und ich sagte ihm persönlich wiederholt, dass er höchstwahrscheinlich der einzige wäre, der den Mut zur Bekämpfung dieses Befehls hätte und der deutschen Nation so einen bedeutsamen Dienst erweisen könnte.

Mr. Burdell:

Frage: Welche Stellung hatten Sie im Ministerium Speer?

Antw.: Ich war Leiter der Zentralstelle d. Ministeriums für Rüstung und Kriegspoduktion.

Frage: Wann übernahmen Sie diese Stellung?

Antw.: Im Oktober 1944. Offiziell wurde ich im Dezember 1944 ernannt.

Frage: Welche Stellungen hatten Sie zuvor im Ministerium?

Antw.: Vorher war ich Amtsleiter im Zentralburo der DAF und zugleich Abt. Leiter im Rüstungsministerium.

Frage: Mussten Sie je als Verbindungsmann zwischen dem Ministerium Speer und der DAF fungieren?



H0847-0057

Antw.: Jawohl, ich war Verbindungsmann zwischen dem Rue-ministerium und der DAF.

Frage: Sie sagten, Speer konnte Sauckel keine Weisungen erteilen, aber war es nicht Sauckels Aufgabe und Pflic Speer die angeforderten Arbeitskräfte zu liefern?

Antw.: Sauckels Pflicht war ganz allgemein die Mobilisierung der Arbeitskräfte, er hatte jedoch nicht nur Speers Anforderungen zu decken, sondern auch den Bedarf ande-rer Dienststellen, die Arbeitskräfte benötigten und di die gleiche Bedeutung hatten, wie Bahn, Landwirtschaf Post und der Rüstung, die bis 1944 Speer nicht unter-stellt war oder der Luftrüstung.

Frage: Dann war also Ihre Antwort auf meine Frage, ja, Sauck musste Speer Arbeitskräfte Stellen, wenn er sie anfor-derte.

Antw.: Jawohl. Er stellte seinen Bedarf auf und Sauckel musste der Anforderung entsprechen, was jedoch niemal zutraf.

Frage: Sie meinen, dass Sauckel die Anforderungen niemals erfüllte.

Antw.: Nein, niemals. Wir hatten immer eine beträchtliche Anzahl von ungedeckten Forderungen.

Frage: Aber Sauckel stellte auf einige Anforderungen von Speer Arbeitskräfte, nicht wahr?

Antw.: Für die Rüstung.

Frage: Die Ziffern, die Speers Ministerium Sauckel, angab, stammte von den Rüstungsinspektionen und den Hauptaus-schüssen?

Antw.: Ja, in letzter Instanz kamen sie von den einzelnen Betrieben. Es gab von diesen aus zwei Wege, einen über die Hauptausschüsse und den anderen über die Rüstungsinspektionen. Beide Wege endeten in Speers Rüstungsministerium.



H0847-0058

Frage: Rüstungsinspektionen und Hauptausschüsse unterstanden beide dem Min. Speer und waren ein Teil dieses Ministeriums?

Antw.: Ja, die Hauptausschüsse waren Selbstverwaltungsorgane der Industrie.

Frage: Errichteten die Rüstungsbetriebe Lager für ausländische Arbeiter.

Antw.: Ja, die ausländischen Arbeiter wurden von der Rüstungsindustrie untergebracht. Auch die D/F unterhielt Lager, doch wurden diese Lager mehr und mehr auf die Betriebe übertragen, diesen oblag die Betreuung der Arbeiter.

Frage: Und diese von Seiten der Betriebe errichteten Läger unterstanden dem Ministerium Speer oder der D/F?

Antw.: Nein, das Rüstungsministerium konnte keinerlei Weisungen erteilen, wohl aber seine Wünsche der Regierung, der DAF unddder Partei mitteilen. Das Rüstungs-Ministerium war ein rein technisches und wirtschaftliches Ministerium. Wenn Speer diese Abteilung für Leistungsanerkennung schuf, so nur um etwas Zusätzliches für besondere Leistungen zu tun; die D/F schlug diese Einrichtung vor.

Frage: Arbeiteten die ausländischen Arbeiter dort, wo sie allein oder zusammen, aber getrennt von den deutschen Arbeitern waren, nicht länger als die Deutschen?

Antw.: Mir persönlich ist kein Fall bekannt, in dem ausländische Arbeiter ganz von den deutschen Arbeitern getrennt wurden, ausser vielleicht bei Kriegsgefangenen.

Frage: Und die KZ-Arbeiter, wurden sie in diesen Fällen getrennt?

Antw.: Sie wurden denn als unabhängiger Teil des Betriebs nicht



H0847-0059

in ormalen Schichten behandelt.

Frage: Und wissen Sie, wie ihre Arbeitsstunden dann waren? Waren sie länger als die der deutschen Arbeiter oder die gleichen?

Antw.: Ich glaube nicht, dass es über 12 Stunden waren, weil man um in einer Schicht fortlaufend zu arbeiteren, die nicht länger als 12 oder 8 Stunden ist, 100 %ig die Maschine ausnutzt. Es waren dann auch weniger Vorarbeiter da, um sie voll auszunutzen, gab es 12 Stundenschichten.

Frage: Und wissen Sie, wie lange oder zu welcher Zeit die KZ' arbeiter die 12 Stunden-Schicht begannen oder arbeiteten sie immer in 12-Stunden-Schichten?

Antw.: Ich weiss es nicht.

---

Für die Richtigkeit der Abschrift

Dr. Hans Flächsner
Rechtsanwalt

H0847-0060

SPEER Dokument
Nr. 54. Speer Exhibit Nr.

Vernehmung des Zeugen S A U R ,
durchgeführt für den Angeklagten Speer
von Dr. Hans Flächsner in Kransberg,
den 2. Mai 1946.

Kreuzverhör: Mr. Charles Burdell, OUSCC
Dolmetscher: Mr. Wolfgang Thormann.

Der Zeuge und Dolmetscher wurden vereidigt.

1.Frage: Welche Stellungen hatten Sie im Ministerium Speer und im Hauptamt für Technik inne und seit wann?

1.Antw.: Zu den umfangreichen Vorarbeiten für das Haus der deutschen Technik übernahm ich ehrenamtlich Anfang 39 die Stellvertretung von Todt in Hauptamt für Technik und NSBDT.
Anläßlich des kurz darauf erfolgenden Bestellung eines "Reichsministers für Bewaffnung und Munition" in der Person von Dr. Todt übernahm ich die Betreuung des industriellen Sektors, und zwar zunächst nur auf dem Gebiete der Munitions-, Waffen und Panzer-Produktion.
Nach dem Tode von Todt und der Übernahme des Ministeriums durch Speer übertrug mir dieser im Zuge der wesentlichen Erweiterung seiner Aufgaben die Führung des Technischen Amtes für die Rüstungsendfertigung der Heeres-Produktion und die Bearbeitung aller Rationalisierungsfragen. Im Sommer 1943 kam als weitere Aufgabe die Betreuung der Marinerüstung hinzu.
Im Frühjahr 1944 wurde ich Stabsleiter des "Jägerstabes."
Im Sommer 1944 wurde in Erweiterung der Aufgabenstellung des Ministeriums auf den Luft-

H0847-0061

Sektor die Betreuung der gesamten Aufrüstung in das Technische Amt eingegliedert. Im Zusammenhang mit der Gründung des Rüstungsstabes, dessen stellvertretender Leiter und Stabschef ich wurde kamen im August 1944 Maschinen und Motoren hinzu und schliesslich im November 1944 die eisenschaffende, die eisenverarbeitende und die Elektroindustrie.
Daneben behielt ich im Hauptamt für Technik, im NSBDT und im Verein Haus der Deutschen Technik auch nach Übertragung der Führung dieser drei Einrichtungen auf Speer dessen Stellvertretung.

2. Frage: Welche Aufgabe hatte das Hauptamt für Technik, welche Rolle spielten dabei die technisch-wissenschaftlichen Verbände und inwieweit mussten die Vorsitzer oder Mitglieder dieser Verbände Mitglieder der NSDAP. sein?

2. Antw.: Die Aufgabe des Hauptamts für Technik war die einheitliche Ausrichtung der Organisationen der Technik zur Betreuung der deutschen Ingenieure in wissenschaftlicher, beruflicher und politischer Hinsicht. Die technisch-wissenschaftlichen Verbände blieben innerhalb des NSBDT. freie eingetragene Vereine mit grosser Selbständigkeit.
Für die Vorsitzer und Geschäftsführer der Fachverbände und Arbeitskreise bestand die Vorschrift der Mitgliedschaft zur NSDAP., von der einige Ausnahmen zugelassen worden sind.
Für die Vorstandsmitglieder der Verbände bestand keine Bindung an die Mitgliedschaft zur NSDAP.
Die Mitgliedschaft zu den technisch-wissenschaftlichen Verbänden war zu keiner Zeit an die Mitgliedschaft zur NSDAP, gebunden.

4.Frage bis 7." Welche Tätigkeit hat Speer als Leiter des Hauptamtes für Technik ausgeübt, welche Weisungen er an das Hauptamt oder seine Untergliederungen heraus?
Welchen Schriftverkehr hatte Speer als Leiter

H0847-0062

des "auptamtes für Technik?
Hat das Hauptamt für Technik einen Einfluss auf das Ministerium Speer ausgeübt, nach der Devise: Die Partei regiert den Staat"?
Wie weit wurde die Tätigkeit des Hauptamtes für Technik während der "eit Speers aufrechterhalten?

4.-7. Antw.: Um jede Doppelstellung und dadurch mögliche Doppelgleisigkeit zu vermeiden, legte Speer von vornherein besonderen Wert darauf, das die Gauamtsleiter für Technik in ihrer Eigenschaft als Wehrkreisbeauftragte ausschliesslich Aussenstellen des Ministeriums sind. Einen Einblick in die entsprechende Aufgabenstellung und -Durchführung gibt die Anordnung 1/43 vom 22. 2. 1943. Sie lautet: " A n o r d n u n g L/43
An das Hauptamt für Technik und Reichswaltung des NSBDT.
Amt für Technische Wissenschaften
An die Gauämter für Technik und Gauwaltungen des NSBDT.
Gauhäuser der Technik Fachverbände und Arbeitskreise des NSBDT.

Die Leiter der Gauämter für Technik haben ihre Arbeit ausschliesslich auf die vom Reichsminister für Bewaffnung und Munition in ihrer Eigenschaft als Wehrkreisbeauftragte, bzw. stellvertretende Wehrkreisbeauftragte gestellten Aufgaben auszurichten.
Die Arbeit der technisch-wissenschaftlichen Verbände und Arbeitskreise und der Häuser der Technik ist bis auf weiteres ausschliesslich auf die durch den Krieg gegebenen Aufgaben abzustellen. Da ich in meiner Eigenschaft als Reichsminister für Bewaffnung und Munition auch die technischen Aufgabenstellungen direkt meinem Technischen Amte bzw. an meine Kommissio-

2

nen, Hauptausschüsse und Hauptringe gebe, ist die jeweilige Aufgabendurchführung mit diesen abzustimmen."

Aus oben geschilderter Sachlage ergab sich von selbst, dass ein Schriftverkehr Speers in seiner Eigenschaft als Leiter des Hauptamtes für Technik auf vereinzelte Anlässe beschränkt blieb, denen die Herausstellung technischer Führungsansprüche es erforderte. Die nahezu restlose Verlagerung der Führungsaufgaben von den politischen Organisationen der Technik auf das Ministerium geht auch daraus hervor, dass Speer nur einmal, und zwar wenige Tage nach seinem Amtsantritt, die Dienststelle des Hauptamtes für Technik, des NSBDT und des Hauses der Technik in München besucht hat.

10.Frage: Wieviel Eisenkontingent erhielt im Frühjahr 1944 etwas zugewiesen:
a) Munitionsherstellung
b) Waffenherstellung
c) Panzerproduktion
d) Flugzeugbau
e) Kriegsschiffbau
f) allgem. Wehrmachtsgerät
ohne die fabrikatorischen Vorbereitungen und wieviel Eisen wurde in dieser Periode insgesamt verteilt?

10.Antw.:

| | | |
|---|---|---|
| Munition | ca. | 465.000 t |
| Waffen | " | 100.000 t |
| Panzer | " | 160.000 t |
| Flugzeuge | " | 100.000 t |
| Schiffbau | " | 100.000 t |
| allgem. Wehrmachtsgerät | " | 180.000 t |
| (ohne Nachrichtengerät) | | 1105.000 t |
| Gesamtkontingent | | 2560.000 t |

Mr. Burdell:
Was verstehen Sie unter Selbstverantwortung

H0847-0064

der Industrie?

Antwort: Das Rüstungsministerium hatte sowohl unter Dr. Todt wie vor allem nach Einsetzung Speers von Adolf Hitler die Weisung bekommen, in stärkerem Masse als bisher die Rüstung mit den in der Industrie schaffenden Menschen und nicht mit Beamtungen und militärischen Dienststellen zu führen; so kam das System unter dem Begriff "Selbstverantwortung" der deutschen Industrie zustande.
Tausend von ehrenamtlichen Mitarbeitern haben unter Verbleib in ihrer Position die einzelnen Produktionsgruppen gelenkt. Dieses Verfahren hat zu einer Produktionssteigerung geführt, die vorher selbst in den Planungen der militärischen Dienststellen für unmöglich gehalten worden war.

Frage : Erhöhte sich die Zahl der Arbeiter, nachdem Speer seine Stellung übernahm oder verminderte sich diese?

Antwort: Die Zahl der Arbeiter vermehrt sich, jedoch nicht im Verhältnis zur Produktion. Die Zahlen dürften etwa sein:

| | Anfang 1942 | Herbst 1944 |
|---|---|---|
| Heer | 1,7 Mio | 2,3 Mio |
| Luft | 1,7 " | 2,1 " |
| Marine | 0,6 " | 0,5 " |
| | 4,0 " | 4,9 " |

Die Zahl der Arbeitskräfte vermehrte sich also nur um ca. 900.000, während die Produktion in der gleichen Zeit etwa verfünffacht worden ist.

Frage: Woher kamen die Arbeiter?

Antwort: Die Zuweisungen, die über Sauckel liefen, kamen in getrennten Aktionen zunächst zum Teil aus Russland, dann aus der ersten Mobilisation der deutschen Reserven im Frühjahr 1943, dann nach

H0847-0065

der Kapitulation aus Italien und zuletzt aus der zweiten Mobilisation der deutschen Reserven ab August 1944. Die Zahl der Kriegsgefangenen Arbeitskräfte war, relativ niedrig und bewegte sich meiner Erinnerung nach 1942 um ca. 100.000. Die Genannten Zahlen betreffen nur Rüstungsinspektion-betreute Betriebe und somit nicht die vom Ministerium betreute gesamte Wirtschaftsproduktion, enthalten aber trotzdem eine Reihe von nicht unmittelbaren Rüstungsfertigungen, wie z. B. Elektrotechnik, allgemeines Gerät usw. Bei der Deutung der Zahlen ist ferner zu beachten, dass während des Krieges mehrfach die Erfassungsmethode geändert worden ist; die Zahl der betreuten Betriebe wurde wesentlich erhöht, ihre Klassifikation zwischen Landeswirtschaftsamt und Rüstungsinspektion mehrfach geändert und auch unterschiedlich gehandhabt. So z. B. wurden die in der Elek-Fertigung beschäftigten Arbeitskräfte zunächst zur Luftwaffe, später zu den Heereswaffen gezählt.

Frage: Stimmt es, dass eine Anzahl von diesen Arbeitern aus Frankreich kamen?

Antwort: Die Zahlen der Arbeiter aus Frankreich sind enthalten.
Im April 1944 fand eine Sitzung bei AH statt, auf der festgelegt wurde, dass wir keine Arbeiter aus Frankreich haben wollen, weil wir aus Zweckmässigkeitsgründen dorthin die Aufträge gelegt haben.
Ich bemerke, dass ich über Arbeiter-Angelegenheiten keine genauen Angaben machen kann, da diese nicht in mein Arbeitsgebiet fielen, hierzu sind aber die Herren Hupfauer und Schmelter in der Lage.
Bei den hiesigen Akten befinden sich zahlreiche genaue Unterlagen und Sitzungsniederschriften mit Stuckel.

---

Für die Richtigkeit der Abschrift.

Dr. Hans Flächsner
Rechtsanwalt

H0847-0066

Speer Dok. Nr. 55 Speer Exhibit No.....

A u s z u g

aus der Vernehmung des Zeugen Gerhard FRAENK fuer den Angeklagten SPEER durch Dr. Hans Flaechsner im Internierungslager 74 in Ludwigsburg am 4.5.1946.

Kreuz erhoer: Mr. Charles Burdell, OUSCC

Dolmetscher: Wolfgang Thormann.

Dr.Fl. Herr Thormann versichern Sie unter Eid, dass Sie die an diesen Zeugen gerichteten Fragen und seine Antworten wahrheitsgetreu vom Deutschen ins Englische uebertragen werden.

Dolm.: Ich versichere es.

Drl. Fl. an den Zeugen: Schwoeren Sie bei Gott dem Allmaechtigen dass Sie die reine Wahrheit sagen, nichts hinzufuegen und nichts verschweigen werden, so wahr Ihnen Gott helfe.

Zeuge: Ich schwoere.

1. Frage: Welche Stellung hatten Sie im Fruehjahr 1944 im Ministerium Speer inne?

1. Ant.: Im Fruehjahr 1944 war ich Leiter der Abt. Organisation und Verwaltung im Zentralbuero des Ministeriums.

2.Frage: Welchen Befehl erhielt Dorsch waehrend Speers Krankheit direkt von Hitler? Wie weit hing Speer damit zusammen und wie war sein Verhalten in Bezug auf diese Angelegnheit?

2. Ant.: Hitler wollte die Luftwaffenproduktion, darunter insbesondere die Motoren-und Teil-herstellung in neu erstellte bombensichere Betonbauten verlagern. Speer wies darauf hin, dass weder das notwendige Baumaterial noch die fuer ein so umfangreiches Bauvorhaben benoetigten Arbeitskraefte verfuegbar seien und dass ausserdem dieses Vorhaben infolge seiner absoluten Prioritaet alle anderen Bauvorhaben einschliesslich der Beseitigung der Luftkriegsschaeden gefaehrden wuerde. Waehrend Speers Krankheit entwarf Dorsch Plaene fuer die von Hitler gewuenschten Luftruestungsbauten, waehlte Baugelaende aus, das nach Transport- und Materialbeschaffungslage guenstig gelegen war und besprach ohne Wissen Speers diese Fragen in einer Unterredung mit Goering. Dieser war begeistert von Dorschs



H0847-0067

Plaenen, berichtete Hitler davon und verhalf Dorsch zu einer Zusammenkunft mit Hitler. Auch dieser billigte die Vorschlaege und befahl Dorsch und Goering, in Berchtesgaden mit allen beteiligte Stellen eine Besprechung abzuhalten, auf der ueber die Plaene entschieden und alle etwa auftretenden Schwierigkeiten beseitigt werden sollten. Hitler machte Dorsch sich persoenlich fuer die Ausfuehrung der Bauten, insbesonderefuer die Einhaltung der gesetzten Zeit, verantwortlich. Speer sollte als Generalbeauftragter fuer die Bewirtschaftung unterrichtet werden, damit alle von Dorsch gestellten Forderungen zur Durchfuehrung dieses Vorhaben befriedigt wuerden. Bis zu diesem Zeitpunkt war Speer in der ganzen Sache voellig uebergangen worden. Saemtliche Besprechungen hatten ohne seine Anwesenheit oder Kenntnis stattgefunden.

5. Frage: Was beabsichtigte Speer als Ergebnis dieser Anordnung zu tun und mit welchem Auftrag sandte er Sie nach Berchtesgaden?

5. Ant.: Speer sagte mir damals, dass er im Falle eines solchen Fuehrerbefehls die weitere Verantwortung fuer die Bauwirtschaft ablehnen wuerde, Dorsch solle dann diese Aufgabe uebernehmen, da er jedenfalls starken Ehrgeiz in dieser Richtung habe. Speer sandte Hitler eine ins Einzelne gehende Denkschrift, in der er nochmals auf das von Hitler und Goering geplante Luftruestungsbauvorhaben einging und Hitler im Falle der Aufrechterhaltung des Vorhabens bat, ihn von der Verantwortung fuer alle Bauvorhaben zu entbinden und Herrn Dorsch mit ihrer Durchfuehrung zu beauftragen.

6. Frage: Kennen Sie den Brief Hitlers an Speer betr. dieser Angelegenheit?

6. Antw.: Jawohl, der Brief Hitlers an Speer vom 21. April 1944 ist mir bekannt. Ich habe eine Kopie des ersten Entwurfes, den Hitler an Speer sandte, zur Hand. Dieser Brief fuehrte zu einer von Speer vorbereiteten Denkschrift, von der ich oben



H0847-0068

bereits gesprochen habe. Diese setzte sich in ausfuehrlicher weise mit den von Hitler und Goering geplanter Luftruestungsbauvorhaben auseinander und bat Hitler, Speer bei Aufrechterhaltung des Vorhabens von seiner Verantwortung fuer die gesamten Bauvorhaben zu entbinden und sie Herrn Dorsch zu uebertragen.

Mr. Burdell:
Frage: Welche Stellung hatte Dorsch zu dieser Zeit im Ministerium

A: Dorsch war unter Speer Leiter der OT.

Frage: Koennen Sie uns sagen, wie Sie die Kenntnis von dieser ganz Sache erhielten? Hauptsaechlich durch Unterhaltungen mit Speer?

Antw.: Jawohl. Waehrend seines Genesungsurlaubes in Meran rief mich Speer eines Sonntags abends gegen 10 Uhr 30 in meiner Wohnung an und bat mich, Dienstag Morgen in Meran zu sein. Eine Stunde spaeter rief er nochmals an, und bat mich, schon am Montag zu kommen.

Frage: Also sind Sie in der Hauptsache von Speer persoenlich ueber die ganze Frage unterrichtet worden?

Antw.: Jawohl.

Frage: Was war Speers Hauptgrund, sich gegen diese unterirdischen Bauvorhaben zu stellen?

Antw.: Er glaubte, dass dies von Hitler und Goering gewuenschte Vorhaben alle uebrigen Vorhaben gefaehrden wuerde.

Frage: Koennen Sie uns ungefaehr sagen, wann die Diskussionen ueber diese Frage begannen? Nicht das Vorhaben, sondern die Diskussionen, die zu dem Brief Hitlers fuehrten?

Antw.: Etwa 3 oder 4 Wochen vor diesem Brief.



H0847-0069

Frage: Sie sagten, dass Speer als Ergebnis dieser Meinungsverschiedenheiten und Fragen seinen baldmoeglichen Ruecktritt betrachtete. Ist das so, sagten Sie das?

Antw.: Jawohl. Unter diesen Bedingungen haette Speer nicht mehr mitgearbeitet.

Frage: War dies der einzige Ihnen bekannte Grund fuer Speers Ruecktrittsersuchen?

Antw.: Er hatte sehr viele Meinungsverschiedenheiten mit Dorsch. Schon als Speer sich im Krankenhaus Hohenlychen befand, sandte er Hitler einen Brief, in dem er sich ueber Dorsch mangelnde Loyalitaet beklagte.

Frage: Ist Ihnen abgesehen von diesen Meinungsverschiedenheiten mit Dorsch noch ein anderer Grund fuer Speers Ruecktrittsersuchen bekannt?

Antw.: Spaeter nach dem Befehl Hitlers ueber die Politik der "Verbrannten Erde".

9.Frage: Dies sind die einzigen Gruende, die Sie als Motive fuer Speers Ruecktrittsangebot angeben koennen?

Antw.: Jawohl.

Frage: Hat man das Vorhaben, unterirdische Betriebe zu bauen, jemals begonnen und durchgefuehrt?

Antw.: Man vermutete, dass die Fabriken teilweise fertiggeworden seien. Soweit ich weiss, sind sie das nicht.

Frage: Wer war fuer die Bauten, die noch weitergefuehrt wurden, verantwortlich?

Abtw.: Dorsch und unter ihm die oertlichen Bauleiter.



H0847-0070

Frage: Blieb Dorsch auch in Verbindung mit diesem Vorhaben Speer noch unterstellt?

Antw.: Jawohl.

Frage: So wurde also das Vorhaben trotz aller Dispute und Meinungsverschiedenheiten schliesslich doch unter Speers Leitung durchgefuehrt?

Antw.: Jawohl.

Dr. Flaechsner:

Frage: Ist es richtig, dass das Jaegerbauprogramm in der 2. Haelfte des Jahres 1943 nach den schweren Luftangriffen eroertert und durchgefuehrt wurde?

Antw.: Ich weiss, dass etwa seit dieser Zeit solche Plaene eroertert wurden, weiss aber nicht wie weit ihre tatsaechliche Durchfuehrung ging.

Frage: Um Missverstaendnisse zu vermeiden: Diese Berchtesgadener Besprechungen wurden, soweit es sich nicht um die persoenliche Unterredungs Speers mit Hitler handelt, hauptsaechlich von Ihnen durchgefuehrt?

Antw.: Meine Berchtesgadener Taetigkeit beschraenkte sich auf die Ueberreichung der Speerschen Denkschrift an Bormann, damit dieser sie Hitler uebergeben koennte, ferner hatte ich Milch und Saur, die sich beide dort aufhielten, und die beide anschliessend ueber diese Frage mit Hitler sprechen zu instruieren. Auf ihre Veranlassung empfing Hitler dann Speer.

Das ist alles.

---

Fuer die Richtigkeit der Abschrift

Dr. Hans Flaechsner
Rechtsanwalt

H0847-0071

SPEER Dokument
Nr. 56

Speer Exhibit Nr.

Vernehmung Walter R o h l a n d in Nuernberg, Deutschland, am 30. Mai 1946
durch Mr. Charles Burdell.

Weiter anwesend Dr. Hans Flaechsner, Jan Charmatz, Theodor Kit, Dolmetscher.

Dolmetscher und Zeuge wurden vereidigt.

1. Frage: Sie waren im Ministerium Speer ehrenamtlicher Leiter der Abtl. Stahlproduktion und Vertreter die Bevollmaechtigten fuer die Ruestungswirtschaft im Rhein/Ruhrgebiet.

Sie waren bei der Gauleiterzusammenkunft im Sommer 1943 anwesend, bei der Speer und seine Mitarbeiter Forderungen aufstellten?

1. Antwort: Dies geschah bei der Gauleiterzusammenkunft am 6. Oktober 1943. Speer wies besonders auf den Ernst der Lage hin und stellte fest, dass viel vom Verstaendnis der politischen Fuehrung abhinge. Er und seine Mitarbeiter stellten folgende Forderungen auf: 1. Mobilisierung der deutschen Arbeitskraefte einschliesslich der Frauen. 2. Beschraenkung auf dem zivilen Sektor und Verlagerung der zivilen Produktion in die besetzten Gebiete 3. Der Einsatz auslaendischer Arbeiter ist und bleibt eine Notmassnahme. Hinsichtlich der Ernaehrung ist er eine Belastung, weil zusaetzlich zu der Unterbringung der Fremdarbeiter fuer diese zusaetzliche Kalorien bereitgestellt werden muessen, damit sie arbeiten koennen. Wenn man das Produktionsergebnis erreichen wolle, muesse man diese zusaetzlichen Kalorien beschaffen. Bevor aber noch mehr Arbeiter ins Reich gebracht wuerden, sollten die maennlichen und weiblichen deutschen Arbeitsreserven, die noch nicht in kriegswichtiger

H0847-0072

Arbeit standen, aus Gewerbe und uebersetzten Verwaltungsdienststellen bis zum letzten arbeitsfaehigen Deutschen herausgezogen werden. Trotz all dieser Massnahmen ist der Arbeitseinsatz der Auslaender unter allen Umstaenden notwendig. Genuegende Lebensmittelversorgung, anstaendige Unterbringung usw. muessten sichergestellt werden da nur unter diesen Bedingungen wirkliche Arbeitslüst vorhanden sein kann.
Speer wies in diesem Zusammenahng auf die bemerkenswerten Beispiele hin, die England und die Vereinigten Staaten in dieser Beziehung boeten. Es fanden 2 Zusammenkuenfte statt, Ich nahm an der vom 6. Oktober 1943 teil.

4. Frage: Welche Forderungen erhoben Sie und Speer im Anschluss an eine Unterredung mit Hitler und weshalb schlugen diese Bemuehungen fehl?

4. Antwort: Im Anschluss an Besprechungen mit Hitler wurden aehnliche Forderungen erhoben, insbesondere kritisierten wir die Uebersetzung der Verwaltungen und Parteidienststellen, sowie die uebergrosse Produktion an Verbrauchsguetern auf das schaerfste Zur gleichen Zeit wurden praktische Vorschlaege zur Durchfuehrung des Frauneinsatzes gemacht. (Abschaffung der Frauenhalbtagsarbeit usw.) Hier zu gehoerten auch die Verminderung der Zahl der Verwaltungsdienststellen und die Ausmerzung doppelter und ueberfluessiger Buerokraefte. Vorschlaege fuer Einsparungen in der zivilen Verbrauchersphaere wurden gemacht. Speer wies in dieser Beziehung auf die Tatsache hin, dass die Beseitigung von Parteidienststellen noch nicht durchgefuehrt sei. Er erwaehnte die Ausgaben, die erheblichen Kosten, (Byzantinism.) den Einsatz Deutscher fuer Sonderwuensche der politischen Dienststellen und verlangte insbesondere von den politisch verantwortlichen Maennern - darunter vor allem von den politischen Fuehrern - eine

H0847-0073

fuer das arbeitenden Volk beispielhafte Lebenshaltung nicht nur in Worten, sondern in Taten, was zu jener Zeit noch keineswegs der Fall war Hitler gab grundsaetzlich zu, dass die Kritik Speers zutraf. Er lehnte jedoch den Frauoneinsatz ab, als er gefuehlsmaessig urteilte. Er glaubte nicht, dass Verwaltungsbeamte noch nennhafte Produktionsleistungen in Betrieben erzielen wuerden und dass "Studierte" als Fabrikarbeiter etwas leisten koennt Mit keinem Wort wurde von den einschneidenden Massnahmen gesprochene. Am folgenden Tag wandten sich die Gauleiter selbst an Hitler und legten ihm ihren Standpunkt dar, der von ihren persoenlichen Wuenschen diktiert war.

Als Erklaerung fuer die negative Haltung der Gauleiter kann folgendes erwaehnt werden. Infolge der glaenzend verlaufenen beiden ersten Jahre des Krieges glaubte niemand an die Notwendigkeit des totalen Krieges. Dies insbesondere nicht in Bezug auf die Arbeitseinsatzfrage und die Verringerung der Verbrauchsgueter. Alle Forderungen des Ministeriums Speer und der industriellen Verwaltungsorganisationen begegneten groesstem Misstrauen, verbunden mit groesster Missachtung der Fachigkeiten der Fachleute.

Das ging sogar soweit, dass die Forderung des Ministerium Speer nach zusaetzlichen Arbeitskraeften nicht mehr ernst genommen wurde. Einige warfen ihm vor, die Industriellen hielten aus Bequemlichkeitsgruenden die Facharbeiter zurueck und sabotierten dadurch den Wehrmachtsbedarf, ausserdem waere der angegebene Arbeitskraeftebedarf in jeder Hinsicht uebertrieben. Die meisten Gauleiter handelten aus persoenlichem Ehrgeiz und Machtstreben. Sie und ihre politischen Mitarbeiter lehnten aus egoistischen Gruenden jede unpopulaere Massnahme ab, taten nichts, was dem Wohl des Ganzen gedient haette und den Gauleitern

H0847-0074

ihnen selbst unguenstig gewesen waere. In dieser Beziehung wurden sie damals besonders von Bormann und auch Adolf Hitler selbst unterstuetzt. Der Standpunkt der Gauleiter war von der Grundhaltung bestimmt, dass der von Speer gefordert totale Krieg die Widerstandskraft des Volkes schwaechen wuerde.

Frage: 5 Sie arbeiteten zusammen mit Speer an der Verhinderung der Zerstoerungsplaene. Welche Kreise stellten insofern eine grosse Gefahr dar, als sie fuer die Ausfuehrung der Befehle Hitlers war und welches waren die Hauptziele?

Antw.: 5 Mit der steigenden Gefahr der Besetzung deutschen Bodens entstand bei vielen Gauleitern und SS-Fuehrern, sowie an hoechster Parteistelle (Bormann) der Gedanke einer Politik der " verbrannten Erde", bei der alle wertvollen Anlagen nach russischem Muster vollstaendig zerstoert werden sollten.

Im September 1944 erhielten die oestlichen Gauleiter derartige Befehle von Bormann. Speer und seine Mitarbeiter lehnten diesen Standpunkt auf schaerfste ab; die waren der Ansicht dass die Fuehrer letztlich gescheitert waren und infolgedessen nicht das Recht hatten, die Geschicke der Nation zu entscheiden, die in undenkbarer Weise in Treue zu ihren Fuehrern deren Befehle ausgefuehrt hatte.
Speer hielt es daher fuer seine Pflicht, fuer diese Nation, die er hoch achtete, alles zu tun, um ihr die Lebensmoeglichkeiten selbst nach dem verlorenen Krieg zu erhalten. ( Motto: Erhaltung der Substanz).
Von September 1944 an standen diese Gesichtspunkte in schaerfstem Gegensatz zueinander. Im Westen vertraten die Gauleiter Simon Mosellan Grohe (Koeln) und Florian (Duesseldorf) und ihre politischen Dienststellen teilweise den

H0847-0075

Gedanken der Totalevakuierung und das Prinzip der "verbrannten Erde."
Unter dem Motto, der Krieg kann nur gewonnen werden, wenn die besetzten Industriegebiete wiedergewonnen werden koennen, und das hat nur dann einen Sinn, wenn wir die dortigen Industrien wieder in Gang setzen koennen, tarnten Speer und seine Mitarbeiter ihre Ziele erfolgreich. Es muss hier bis zur Feindbesetzung gearbeitet werden. Dadurch wurde gleichzeitig die totale Evakuierung mit all ihrem Elend sehr begrenzt.
Hitlers Befehl vom 19.3.1945 war letztlich Hitlers Antwort auf Speers Denkschrift vom 15.3., 1945. Er entsprach ganz dem Geiste Bormanns und dem Standpunkt der Gauleiter. Die Gefahr wuchs ins Unermess liche insofern, als die politischen Dienststellen nunmehr zum Erlass von Befehlen in dieser Beziehung ermaechtigt wurden. Im Westen waren es wieder die bereits erwaehnten Gauleiter die alles, sogar die landwirtschaftlichen Anlagen zu zerstoeren beabsichtigten. Schlessmann, Essen, Hoffmann, Dortmund, vertraten mehr Speers Ansicht, waehrend sich Meyer, Muenster schliesslich dem extremen Standpunkt anschloss .

6. Frage: Was taten Speer und Sie selbst, um die Durchfuehrung dieses Befehls zu verhindern?

6. Antw: Vor 19.3.1945 wurden Massnahmen besonders in den Gauen Moselland, Koeln und Duesseldorf getroffen. Durch aehnliche Massnahmen wurden die lothringische, luxemburgische und Saar-Eisenindustrie gerettet.
Bei der Ernennung Dr. Voeglers zum Generalbevollmaechtigten fuer die Ruestung des Rhein/Ruhrgebiet im November 1944 gab Speer ganz klar allen dort versammelten Ruhrindustriellen seine Einstellung gegenueber diesen Fragen bekannt. Die Folge dieser Rede war, dass selbst die aengstlichen Gemueter den Mut fanden, in Uebereinstimmung mit Speers Ansichten zu handeln.

H0847-0076

H0847-0077



Am 27.2.1945 eroerterte Speer in kleinen Kreis auf Schloss Landsberg a.d. Ruhr im einzelnen die im Ruhrgebiet zu treffenden Massnahmen. Er war vor allem um die Bevoelkerung besorgt. ( Ernaehrung ging vor Produktion und Ruestung). Das Ministerium Speer stellte seinen Leuten Gewehre zur Verfuegung.
Der Fuehrerbefehl vom 19.3.1945 erreichte Speer auf einer Fahrt in den Westen in Kesselrings Hauptquartier. Er unterbrach daraufhin sofort seine Reise, um in Berlin zu versuchen, Gegenbefehle zu erreichen. Da die Gefahr der total Abschneidung betraechtlich gewachsen war, bat ich Speer, sofort wieder ins Ruhrgebiet zu kommen, um dort weiter Gegenmassnahmen einzuleiten.
In der Nacht vom 24. zum 25.3.1945 traf Speer dort ein und in derselben Nacht wurden 1. Weisungen gegeben, Granaten und Sprengstoff zu vernichten, keine Minen an Sprengeinheiten herauszugeben, und 2. die schon vorbereiteten Sprengladungen fuer die Hafenanlagen Hamborns entfernt. Generalle Weisungen wurden an alle Speer-Dienststellen uns insbesondere an den Ruhrstab gegeben, dem Befehl vom 19.3.1945 auf jeden Fall sich zu widersetzen. Nach Speers Rueckkehr nach Berlin gelang es ihm, neue Durchfuehrungsbestimmungen am 30.3.1945 zu erhalten. Diese Bestimmungen - diese extremen Massnahmen konnte mit legalen Mitteln durchkreuzt werden. Trotzdem hielten die Gauleiter Florian, Grohe und gewissen Hasse Mayer an ihrem Standpunkt fest. Es war das Verdienst Speers und seiner Mitarbeiter dass wie im Westen so im ganzen Reich Industrieanlagen und Versorgungsbetriebe in grossem Umfange vor der totalen Zerstoerung bewahrt blieben.

8. Frage: Welche Aussprachen hatten Sie mit Speer bezueglich der Bedeutung seiner Aufgabe in jener

Tagen und welche Haltung nahm er frueher in politischen Fragen ein?

8. Antwort: Kurz vor dem Posener Treffen im Oktober 1943 hatte ich eine erste generelle Aussprache mit ihm ueber den Ernst der Lage. Damals wies Speer mit groesster Offenheit auf die Gefahr eines ungu stigen Kriegsendes hin.

Im Verlauf von Speers Krankheit hatte ich eine zweite Aussprache mit Speer (etwa Mitte Maerz 1944), in deren Verlauf wir zum ersten Mal der durch die neuen systematischen Luftangriffe hoffnungslos gewordenen Kampf und den Gedanken selbst nach einem verlorenen Kriege das Lebens des Volkes unter allen Umstaenden zu erhalten, eroerterten. Im Zusammenhang mit dem Kampf um das Ruhrgebiet tauchten zum ersten Mal die Worte "Erhaltung der Substanz" auf, die fuer unser ganzes Vorgehen entscheidend sein mussten. Als ich im Juni 1944 aus verschiedenen Gruenden Speer meine Aemter als Beitrag in der Selbstverantwortung der Industrie zur Verfuegung stellte, erklaerte er mir, dass er gerade in dieser schwierigen Zeit unter keinen Umstaenden auf die Maenner der Industrie verzichten koenne, die sein besonderes Vertrauen haetten. Damals war er ueberzeugt, dass Deutschland den Krieg nicht laenger gewinnen koenne, andererseits wollte er die Hoffnung nicht aufgeben, dass doch noch eine Verstaendigung mit den Feindmaechten zustandegebracht werden koenne. Solange noch ein Funken Hoffnung bestand, die furchtbare Alternative der bedingungslosen Niederlage vermeiden zu koennen, muss er von jedem anstaendigen Deutschen so wie von sich selbst das Aeusserste fuer sein Volk fordert. Nach der Ruestungskonferenz in Linz im Juli 194 folgten weitere Aussprachen im Zusammenhang mit seinem Kampf gegen die wahnsinnige Idee der "verbrannten Erde", die bereits Anfang September

H0847-0078

H0847-0079



befohlen worden war. Hier zeigte sich der Gegensatz zwischen Speer und dem Oberkommando noch deutlicher. Er glaubte, dass gerade in diesem kritischen Augenblick besonders die denkenden Maenner ungeachtet der persoenlichen Gefahr ihn in seinem Kampf gegen das in seiner radikalen Haltung voellig verrannte OKW unterstuetzen muessten. Die wahnsinnige Idee, das deutsche Volk nach einem verlorenen Kriege der Moeglichkeit seiner weiteren Existenz durch Selbstzerstoerung zu berauben, sollte unter allen Umstaenden vermieden werden.

Ausser der kurzen Eroerterung der Posener Konferenz im Oktober 1943 hat Speer keinerlei Fragen politischen Charakters mit mir besprochen. Erst die wachsende Klarheit ueber einen unguenstigen Ausgang des Krieges und die Haltung der Obersten Fuehrung veranlassten Speer, seine bis dahin streng befolgte Linie der Beschraenkung auf rein wirtschaftliche Probleme aufzugeben. Fuer ihn war wie fuer jeden anderen gewissenhaften Deutschen die Erfuellung seiner Pflicht seinem Vaterland gegenueber selbstverstaendlich. All sein Handeln wurde besonders angesichts der Forderung der Vereinigten Nationen auf bedingungslose Kapitulation von dieser Pflichterfuellung bis zum letzten bestimmt, selbst wenn ein deutscher Sieg ausgeschlossen schien.

9. Frage: Sie erwaehnten, dass Sie keinen Einfluss auf Art und Zahl der eingesetzten Arbeiter gehabt haette. Hatte das Ministerium Speer irgendeinen Einfluss auf die Art der Arbeitskraefte-beschaffung?

9. Antwort: Nein, Sauckel hatte bezueglich des Facharbeitereinsatzes Vollmacht und er konnte ueber den Bedarf der verschiedenen in Frage kommenden Sektoren entscheiden, z.B. den Nahrungsmittelsektor, Transportwesen und Munitionsherstellung. Speer konnte nur die ihm bereits von Sauckel zugeteilten Arbeitskraefte zuteilen ohne irgendeinen Einfluss auf die Zusammensetzung dieser Ar-beits-

H0847-0080



kraefte z.B. nach Frauen, Fremdarbeitern usw. zu haben.

Mr. Burdell an den Zeugen:

Frage: Sie sagten, das Ministerium Speer habe nicht mit der Beschaffung dieser Arbeitskraefte und ihrer Zusammensetzung oder der Art der fuer sie bestimmten Arbeit zu tun gehabt. Dies waere Sauckels Aufgabe gewesen. Wusste man im Ministerium Speer nicht ganz genau, dass Sauckel einen grossen Teil seiner Arbeitskraefte aus dem Ausland und den besetzten Gebieten rekrutierte?

Antwort: Ja, ich wusste das.

Frage: Natuerlich hatte Speer Vertreter in den besetzten Gebieten, die u.a. als Verbindungsleute zu Sauckel auftraten oder Speer bei Sauckel Dienst stellen in den besetzten Gebieten zu vertreten hatten.

Antwort: Mir ist nichts bekannt, dass Speer in den besetzten Gebieten Vertreter hatte.

Frage: Sie sagten, Speer sei gegen den Einsatz von Fremdarbeitern und fuer den Einsatz deutscher Arbeiter gewesen, da das Ernaehrungsproblem fuer die Auslaender so schwierig gewesen sei. Stimmt das?

Antwort: Speer war vor allem gegen den Fremdarbeitereinsatz, weil er glaubte, Deutschland besaesse genuegend deutsche Arbeiter, um seinen Bedarf zu decken, besonders wenn es moeglich gewesen waere, die Produktion der zivilen Verbrauchsgueter in die besetzten Gebiete zu verlagern.

Frage: Gab es tatsaechlich in Deutschland Schwerindustrie, z.B. Bergbau und Stahlproduktion, fuer die keine deutschen Arbeitskraefte zur Verfuegung standen?

Antwort: Es waere moeglich gewesen, eine betraechtliche Anzahl von deutschen Arbeitern aus anderen Industrien in diese Schwerindustrie zu ueberfuehren

H0847-0081



Frage: Konnten Frauen diese Arbeit tun?

Antwort: Sie konnten in der Schwerindustrie nicht verwandt werden. Man argumentierte, dass waehrend des ersten Weltkrieges 16 % aller Beschaeftigten sich aus Frauen zusammensetzten, waehrend es in diesem Kriege nur 5 % und dann spaeter 7 % weibliche Beschaeftigte gab.

Frage: Kam es nicht infolge der Einziehungen zu einem grossen Mangel an deutschen Arbeitern, insbesondere fuer die Schwerindustrie?

Antwort: Natuerlich hatten die Einziehungen einen Einfluss auf die Produktion, weil die Ersatzleute erst eingewiesen werden mussten.

Frage: Fehlten Facharbeiter und gelernte Kraefte in Deutschland nicht besonders?

Antwort: Lange Zeit widersetzten wir uns der Einziehung dieser gelernten Arbeitskraefte - zunaechst erfolgreich, aber besonders im letzten Jahre des Krieges konnten wir ihre Einziehung nicht laenger verhindern.

Frage: Forderte das Ministerium Speer tatsaechlich keine Spezialisten und gelernte Kraefte aus den besetzten Gebieten?

Antwort: Ich kann hierueber keine bestimmte Auskunft geben, da ich nicht unmittelbar im Ministerium arbeitete.

Frage: Sie meinen also, dass das Ministerium Speer in einigen Faellen tatsaechlich Fremdarbeiter angefordert haben mag?

Antwort: Ich kann diese Frage nicht beantworten.

Frage: Mit anderen Worten, Sie wissen es nicht?

Antwort: Gewoehnlich wurden keine Fremdarbeiter angefordert, ich kann aber nicht sagen, was im Falle von Facharbeitern geschah.

Frage: Sie richteten Ihre Forderungen nicht an Sauckel selbst?

Antwort: Nein-niemals.

Frage: Waren Sie nie anwesend, wenn Schmelter den Bedarf anmeldete?

Antwort: Nein.

Frage: Also wissen Sie tatsächlich nichts darüber, wie zwischen Schmelter und Sauckel verhandelt wurde?

Antwort: Nein.

Frage: Sie hörten natürlich Speer persönlich bei einer Zusammenkunft im Oktober 1943 sagen, dass der Einsatz der Fremdarbeiter eine Notmassnahme sei und es auch bleiben müsse?

Antwort: Ein letzter Ausweg, jawohl, so sagte er.

Frage: War es nicht Speers Ansicht, dass, wenn Fremdarbeiter gebraucht wurden, man diese ruhig nach Deutschland schicken konnte?

Antwort: Ich nehme an, ja.

Dr. Flächsner:

Als Verteidiger erhebe ich Einspruch gegen diese Frage, da es sich nur um die persönliche Meinung des Zeugen handelt. Die Frage ging nach seiner Meinung über Speers Ansicht.

Mr. Burdell:

Welche Aufgabe hatten die sogenannten Bedarfsprüfungskommissionen?

Antwort: Diese Kommissionen hatten den von den Betrieben gemeldeten Bedarf auf seine tatsächliche Notwendigkeit hin zu prüfen, da die politischen Stellen diesen Bedarf angezweifelt hatten, mussten die Kommissionen feststellen, ob die angegebenen Zahlen wirklich stimmten und die Arbeitsämter hatten den aufgegebenen Bedarf

H0847-0082

zu decken, soweit Arbeitskräfte vorhanden waren.

Frage: Was war der Sinn dieser ganzen Kommission?

Antwort: Die Notwendigkeit des Bedarfs zu überwachen. Diese Kontrolle fand vor dem Einsatz durch Berlin statt.

Frage: Was war der Zweck dieser Kommission, wenn noch bevor Speer seinen Bedarf aufgab, er gedeckt wurde, soweit die notwendigen Arbeitskräfte vorhanden waren. Was war der Grund?

Antwort: Der Sinn war der, dass man den Bedarf anzweifelte, und ihn prüfen wollte.

Frage: Wer sass in diesem Ausschuss? Sie sagen, es war eine Parteidienststelle, die den Bedarf zu prüfen wünschte

Antwort: Ausser Vertretern der Rüstungsinspektionen und des Arbeitsamtes gehörten ihm Vertreter der Gauleiter an.

Frage: Wer hatte die entscheidende Stimme in diesem Ausschuss? Wer war Vorsitzeer?

Antwort: Das kann ich nicht sagen, ich glaube der Vertreter des Arbeitsamtes.

H0847-0083

Speer Dok. Nr. 57 Speer Echibit Nr.....

Auszug der
Vernehmung der Zeugin KEMPF
durchgeführt für den Angeklagten
Albert Speer von Dr. Hans Flächsner
am 2. Mai 1946 in Kransberg, Deutschland.

Kreuzverhör: Mr. Charles Burdell, OUSCC
Dolmetscher: Mr. Wolfgang Thormann

Dr. Flächsner: (an die Zeugin) Schwören Sie feierlich, dass die Angaben, die Sie machen werden, die Wahrheit, die ganze und die reine Wahrheit darstellen, so wahr Ihnen Gott helfe.

Zeugin: Ich schwöre es.

1. Frage: Welche Stellung hatten Sie im Ministerium Speer?

1. Antwort: Ich bin bei Herrn Speer seit seiner Beauftragung zum Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt - Frühjahr 1937 - als persönliche Sekretärin tätig.

3. Frage: Von wann bis wann war Speer erkrankt und wie weit war er in dieser Zeit dienstunfähig?

3. Antwort: Die Krankheit erstreckte sich auf die Zeit von Mitte Januar bis etwa Mitte Mai 1944. Während im Anfang noch eine notdürftige Unterrichtung über dienstliche Vorgänge durch seine engsten Mitarbeiter möglich war, verschlechterte sich sein Zustand Anfang Februar so stark, dass auf ärztlichen Befehl alle Besuche unterbleiben mussten. Mitte März war es möglich, den Abtransport aus Hohenlychen nach Meran durchzuführen. Die Genesung ging auch hier anfänglich sehr langsam vor sich. Der Versuch, die dienstliche Verbindung mit Berlin wieder aufzunehmen für laufende Arbeit, scheiterte an der Unmöglichkeit, regelmässige Tätigkeit aufzunehmen, da ständig Rückschläge eintraten.
Herrn Speers Rückkehr nach Berlin erfolgte etwa Mitte Mai 1944.

H0847-0084

4. Frage: Hat er teilgenommen
a.) An der Sitzung der Zentralen Planung vom Febr. 1944?
b.) An der Sitzung der Zentralen Planung vom März 1944?
c.) An der Besprechung bei Hitler vom März 1944?
d.) An der Besprechung bei Hitler v. 7. April 1944

4. Antwort: Nein, Herr Speer hat an keiner der genannten Sitzungen teilgenommen.

5. Frage: Wurden ihm während oder nach seiner Krankheit die Wortlautprotokolle der beiden Sitzungen der zentralen Planung vorgelegt?

5. Antwort: Während seiner Krankheit mit Bestimmtheit nicht; soviel ich mich erinnern kann, hat sie Speer auch nach seiner Rückkehr nicht gelesen.

6. Frage: War Speer gegen die Durchführung der 6 Jägerfabriken eingestellt, die Hitler Mitte April Dorsch in Auftrag gab? Hat Speer durch seinen Mitarbeiter Fränk Speers Rücktritt angeboten und erinnern Sie sich an den Inhalt des Telefongesprächs mit Göring?

6. Antwort: Herr Speer sprach sich in verschiedenen Unterhaltungen bei denen ich anwsend war seinen Mitarbeitern gegenüber, teilweise zu mir, mit eindeutiger Schärfe gegen die Durchführung dieses Auftrages aus. Es wurden hierüber mehrere Telefongespräche u.a. mit Below als Übermittler, über Herrn Speers Stellungnahme mit dem Führer geführt. Als es ihm nicht gelang, den Auftrag rückgängig machen zu lassen, wurde ein alter Mitarbeiter von ihm, Dr. Fränk schliesslich von ihm beauftragt mit seinem Rücktrittsangebot nach dem Obersalzberg zu fahren.

7. Frage: Wurde von Himmler eine Benachrichtigung gesandt, nach der Speer in die SS als SS-Mann aufgenommen worden sei, oder dass er seinem persönlichen Stab angehöre, und warum musste Ihnen das bekannt sein?

7. Antwort: Nein, eine solche Benachrichtigung ist nicht erfolgt. Als persönliche Sekretärin hatte ich von allen privaten und persönlichen Dingen Kenntnis bezw. erledigte sie selbst. Es war bereits seit der Tätigkeit Herrn Speer als Architekt versucht worden, ihn in die SS mit einem Ehrenrang aufzunehmen. Herr Speer hatte es abgelehnt Mitglied der SS zu werden bzw. einen Ehrenrang anzunehmen.

H0847-0085

8. Frage: War Speer Mitglied er SA oder des NSKK und mit welchem Dienstrang?

8. Antwort: Er wurde beim NSKK als einfacher NSKK-?ann geführt. Auch hier hatte er es abgelehnt einen Ehrenrang zu führen.

9. Frage: Von wem und wohin wurde Speer einige Tage vor dem 2o. Juli zu einer Besprechung geladen und warum ka Speer dieser Einladung nicht nach?

9. Antwort: Am 17. oder 18. Juli wurde Herr Speer von Chef des Stabes von Gen. Oberst Fromm, Oberst Kennes, zu einer drin enden persönlichen Besprechung mit From am 2o. Juli, soviel ich mich erinnere für 14 Uhr geladen. Bei den Ereignissen des 2o. Juli und nach Bekanntwerden der geplanten Ministerliste mit Herrn Speer wurde die Bedeutung dieser Einladung erst nachträglich bewusst.

1o. Frage: Welche Massnahmen Speers sind Ihnen bekannt, um die Liebensmöglichkeiten des Volkes zu sichern und welche persönliche Haltung nahm Speer hierzu ein?

1o. Antwort: Herr Speer lehnte die Zerstörungsmassnahmen ab. Aus seinen mir diktierten Berichten war mir etwa seit Mitte 1944 bekannt, dass nach seiner Ansicht eine militärisch erreiche Beendigung des Krieges nicht mehr möglich war und die Auswirkungen dieser Zerstörungen somit in erster Linie das deutsche Volk selber treffen mussten.

Als Chefsekretärin im Ministerbüro hatte ich Gelegenheit von Anbeginn die Massnahmen ob bis zur Steigerung in offene Widersätzlichkeit zu den vom Führer gegebenen Befehlen die Frage der Lähmung oder Zerstörung zu verfolgen. Alle wichtigen Vorlagen für Herrn Speer bekam genau so zur Kenntnis wie seine schriftlich erteilten Befehle, die er gerade in diesem Zusammenhang grösstenteils mir persönlich diktierte. Auch die anschliessenden Reisen von seinem Verbindungsoffizier Oberstlnt. von Posen über die auf Reisen von ihm veranlassten Anweisungen und den Inhalt, der von ihm geführten Gesprächen vorgelegten Notizen kamen mir zur Kenntnis, soweit sie

H0847-0086

nich sowieso Herrn Speer selbst mit als Unterlage für seine eigenen mir diktierten Reiseberichte dienten.

Es ergeben sich während dieser Zeit oftmals Gespräche zwischen Herrn Speer und mir über seine Absichten und die von ihm für nötig erkannten Massnahmen, gerade weil mir auch die entgegengesetzt lautenden Anordnungen des Führers bekannt waren. Die Ereignisse dieser erschütternden Zeit prägten sich mir tief ein.

Bereits im August 1944 hatte Speer für den Balkan Anweisungen an die OT gegeben, die durch sie erschlossenen Gruben bei Feindbedrohung nicht zu zerstören, mit der Begründung, dass deren Nutzen durch den Feind, der genügend grosse Vorräte habe, nicht von entscheidender Bedeutung. Die gleiche Anweisung war für Frankreichs Industrieanlage ausgegeben worden. Der Führer hatte zunächst nach Herrn Speers Vortrag in seinem Sinne - keine Zerstörungen wenn nötig Lähmungen entschieden. Entsprechende Befehle wurden von Herrn Speer für Luxemburg, das Saargebiet usw. und auch für die Kohlengebiete Hollands und Belgiens an Pleiger gegeben. Im September 1944 - nach Auftreten der Gefahr Kampfhandlungen auch in Deutschland - wurde trotz dieser vorliegenden Führerentscheidung der Befehl ausgegeben, in allen Gebieten, die dem Feind überlassen werden müssen, Bergwerke, Industrieanlagen u. ä. zu zerstören.

Herr Speer versuchte zunächst wieder eine Änderung der bereits gegebenen Befehle herbeizuführen bzw. gab für seinen Bereich selbst entsprechende Anweisungen an alle Dienststellen auf keinen Fall Zerstörungen durchzuführen. Da der Führer fest an eine Wiedergewinnung der verlorenen Gebiete glaubte, gelang es Herrn Speer noch einmal mit Hinweis auf die Zwecklosigkeit einer Wiedereroberung dieser Gebiete, wenn sie durch Zerstörung auch von uns nicht mehr genutzt werden können, die Zustimmung des Führers zur Änderung dieser Anweisungen von Zerstörungen auf Lähmungen zu erwirken.

Es wurde durchgesetzt, dass diese Entscheidung in einem von Speer aufgesetzten Fernschreiben über Bormann allen Gauleitern des Westens, unmittelbar anschliessend den bedrohten Gauen des Ostens, sowei vorsorglich den Süden, Holland und den Nordgauen, übermittelt wurde.

H0847-0087

Trotzdem forderte das OKW bei der Bedrohung des Saargebietes im Dezember erneut die Zerstörung der Bergwerke statt Lähmung. Herr Speer gab sofort ohne Rückfrage beim Führer ein erneutes Verbot der Zerstörung in Form einer Führerentscheidung heraus und erwirkte dann auch nachträglich dessen Zustimmung.

Zur gleichen Zeit machte Herr Speer Staatssekretär Riek oder Reichsminister Backe vom Ernährungsministerium das Angebot, die Sicherung der Ernährung vor Rüstungsaufgabe zu stellen und gab entsprechende Anweisungen für Energie und Kohlenversorgung.

Als Herr Speer im Februar die Leitung des neugegründeten Verkehrsstabes übernahm, war eine seiner ersten Massnahmen die Festlegung der Dringlichkeit des zu fahrenden Gutes und stellte an erste Stelle die Ernährung - weit vor Rüstungsgut.

Wieder erfolten entsprechende Anweisungen an alle Dienststellen überdie Vordringlichkeit der Ernährung vor allen anderen, einschliesslich Rüstung. An die OT gab Herr Speer den Befehl die fliegergeschädigten Ernährungsbetriebe zuerst herzustellen.

Malzacher wurde von ihm bei seiner Einführung als Rüstungsbevollmächtigter angewiesen, auch in allen ihm unterstehenden Gebieten (Böhmen-Mähren, Slowakei, Ungarn und Oberschlesien) seinen Richtlinien entsprechend zu verfahren.

Auf dieser Reise wurde auch bei der Heeresgruppe Süd festgelegt, dass die ungarischen Erdölgebiete lediglich zu lähmen seien. Bei der Heeresgruppe Schörner hatte er aus einer früheren Fahrt bereits die Zusage der Erhaltung der Hydrierwerke Blechhammer und Heidebrück erwirkt. Ende Februar fuhr Speer erneut ins Ruhrgebiet und legte dort die zu treffenden Sicherungsmassnahmen im einzelnen fest.

Da Herrn Speers Einflussmöglichkeit auf die Erhaltung von Brücken nur sehr gering war, erbeitete er einen entsprechenden Erlassentwurf aus, der wohl die Zustimmung Guderians fand, von Feldmarschall Keitel aber nicht ohne den Führer unterschrieben wurde. Guderian setzte sich beim Führer dafür ein, der Erlass aber wurde abgelehnt.

Mit einem eindeutigen Bericht an den Führer über die Lähmung vom 15.3. versuchte Herr Speer nochmals, allgemeine Massnahmen zur Erhaltung der Lebensmöglichkeiten des Volkes durchzusetzen. Er machte hierbei verschiedene Erlassvorschläge

H0847-0088

Erlassvorschlaege zur Schonung von Bahn- und Brueckenanlagen und verbot die Zerstoerung von Industrieanlagen. Wie Herr Speer uns am selben Abend erzählte, nahm der Fuehrer den Bericht entgegen und entgegnete ih, dass er ihm diesmal schriftlicht antworten wuerde. Herr Speer hatte den Eindruck dass der Fuehrer ueber den Inhalt, den er in einem ziemlich grossen Kreis besprochen hatte, unterrichtet war.

In derselben Nacht fuhr Speer nach dem Westen, um die dortigen Gauleiter zu beeinflussen, den inzwischen ergangen Bericht zur Raeumung der feindbedrohten Gebiete von der Bevoelkerung nicht durchzufuehren. Auf Veranlassung von Herrn Speer hatte kurz vorher eine Fahrt von Dr. Hupfauer unter Beteiligung des Ernaehrungsministeriums und der Parteikanzlei in den Westen stattgefunden, bei der uebereinstimmend mit den Gauleitern festgelegt wurde, dass eine Raeumung dieser Gebiete auf keinen Fall durchgefuehrt werden koenne und duerfe. Den widersprechend war nun die totale Raeumung im Auftrage des Fuehrers angeordnet worden.

Auf dieser Fahrt traf noch waehrend der Besprechung mit Kesselring der totale Zerstoerungsbefehl des Fuehrers vom 19.3. ein, der wohl die Antwort auf die entgegengesetzte Forderungen Speer darstellte. Herr Speer brach sofort seine Reise ab - die Gauleiterfahrt an die Ruhr wurde verschoben.

Durch diesen Fuehrerbefehl vom 19.3. waren alle bisher erteilten Befehle aufgehoben, somit auch die von Herrn Speer. Die Verantwortung fuer alle zu treffenden Massnahmen war an die Gauleiter uebertragen worden.

Jetzt versuchte Herr Speer erst recht mit allen Mitteln und den verschiedensten jeweils notwendigen Begruendungen die befohlene Zerstoerung zu verhindern, da er bei der Durchfuehrung die Lebensmoeglichkeit des deutschen Volkes vernichtet sah, welches wohl auch der Sinn des Befehls war. Malzacher wird sofort nach Berlin bestellt und sagt seinerseits zu, alle Massnahmen zu ergreifen, um Zerstoerungen auf jeden Fall zu verhindern. Herr Speer selbst fqehrt erneut nach dem Westen und ins Ruhrgebiet, um an Ort und Stelle mit Rohland, Kelchner , Roechling u.a. das weitere Vorgehen

H0847-0089

zu besprechen. In Besprechungen mit Hodel und Kesselring versuchte er, auch diese in seinem Sinne zu beeinflussen. Staatssekretaer Schulze- Fielitz, der ihn auf dieser Fahrt begleitet, wird von unterwegs aus gleich weitergeschickt nach dem Sueden, Tirol und Vorarlberg, um die Erhaltung der grossen Kraftwerke, wenn noetig auch mit Gewalt - sicher zustellen.
Die OT war bereits angewiesen worden, alle evtl. auf den Baustellen lagernden Sprengstoffvorraete abzufahren, um sie vor Zugriffen anderer Stellen zu sichern.
Die inzwischen eingegangenen Zerstoerungsbefehle des Chefs der Nachrichten und des Chefs Transportwesens (Wehrmacht), die immer schaerfere Zerstoerungen forderten, versucht Herr Speer durch Einflussnahme auf die Durchfuehrungsbestimmungen unwirksam zu machen.
Nach seiner Rueckkehr aus dem Ruhrgebiet wird Herr Speer zu einer Besprechung zum Fuehrer befohlen Herr Speer sagte ueber diese Besprechung etwa woertlich: Der Fuehrer habe ihm vorgehalten, dass er nach Berichten verschiedener Gauleiter und Bormanns nicht mehr an ein guenstiges Kriegsende glaube und seine Weisungen sabotiere. Er muesse wissen, dass er jeden hierfuer zum Tode verurteilen lasse. Auch an ihm haette er diese Konsequenz zu vollziehen, wenn er nicht sein Kuenstler waere. Herr Speer habe ihm geantwortet, er sei sich bei seiner Handlungsweise dieser Tatsache voll bewusst und bitte, auf seine Person keine Rucksicht zu nehmen. Er sei bereit die Folgen zu tragen. Der Krieg ist verloren. Er moechte nicht zu denen gehoeren, die genau so dachten aber nicht den Mut haben, es auszusprechen. Der Fuehrer will ihn auf Urlaub Schicken; er sei ueberarbeitet. Speer lehnt diese Entscheidung ab. Er koenne es nicht zu-lassen, dass ihm dieser Lage, ihm die Moeglichkeit der Verantwortung fuer das was andere unter seinem Namen tun koennten, genommen werde. Zu einer Entlassung aus seinem Amt kann der Fuehrer sich aus "innenpolitischen und aussenpolitischen Gruenden" nicht entschliessen. Der Fuehrer versucht, Herrn Speer umzustimmen und bittet um Speer Entscheidung bis zum naechsten Tag.
Herr Speer wollte ihm schriftlich die Gruende fuer seine Einstellung

H0847-0090

Einstellung
und Forderungen darlegen.Er schrieb handschriftlich die Antwort am 29.3.
( die ich hiervon abgeschrieben habe). - Als er von dieser erneuten Rueck-
sprache zurueckkommt, erzaehlte Herr Speer, dass der Fuehrer die Entgegennahme
der schriftlichen Antwort abgelehnt habe. Es sei ihm aber gelungen, bei noch-
maliger sachlicher Begruendung den Fuehrer zu einem neuen Befehl umzustimmen,
der am 30.3. nach dem Entwurf von Herrn Speer unterschrieben wird und die Moeg-
lichkeiten bietet den Zerstoerungsplaenen entgegen zusteuern. Herrn Speers
Durchfuehrungsbestimmungen, zu denen er in diesem Befehlwieder ermaechtigt wurde,
werden dem Fuehrer nicht mehr vorgelegt. Der Erlass geht mit Durchfuehrungs-
zu denen er in diesem Befehl wieder ermaechtigt wurde, werden dem Fuehrer nicht
mehr vorgelegt. Der Erlass geht mit Durchfuehrungsbestimmungen auf jedem Wege,
Funk, Fernschreiber, Kuriere usw. an alle Dienststellen heraus.
Um der Ruhr zu helfen vereinbarte Herr Speer waehrend der Ostertage eine Zusam-
menkunft mit Seyss-Inquart, an der Dr.Hupfauer teilnimmt. Herr Speer schlaegt
vor, mit englischen Kommandostellen Verbindung ueber die Moeglichkeit von
Austausch zwischen Kohle fuer Holland - und Kartoffeln fuer die Ruhr aufzunehmen.
Seyss-Inquart will den Versuch unternehmen. Gleichzeitig Besprechung mit Gaulei-
ter Wagner ueber den neuen Befehl.
Um Bruecken und Eisenbahnen zu erhalten, gibt Speer am 5.4. an seine und
die RVK- Dienststellen Einzelanweisungen fuer verschiedene Bahnstrecken heraus,
mit einem von Ihm selbst aufgesetzten Text eines OKW-Befehls gez. General
Winter. Der Text dieser als bereits unterschrieben weitergeleiteten Befehle wird
als vorgeschlagener Entwurf General Winter selbst zugeleitet. Unsere Dienststel-
len werden darin angewiesen, auf Grund dieses Fernschreibens den militaerischen
Stellen sofort davon Kenntnis zu geben.
Bis zur Kapitulation war Herr Speer ununterbrochen bemueht, dem totalen Zer-
stoerungsplan entgegen zu treten. Er fuhr von Berlin aus von einem General
zum anderen.Er verhinderte in Berlin selbst die bereits vorbereitete Bruecken-
sprengung aller selbst der kleinsten Bruecken. Er stellte die Erhaltung des
Kraftwerkes Finkenherd bei Berlin sicher. Er erwirkte die Zusage auf Sicherung
des Schiffshebewerkes Niederfinow. Die Bruckensprengungen ueber die Elbe
konnten eingeschraenkt werden. General Thomale stellte ihm auf Anforderung zu-
verlaessige Offiziere

H0847-0091

Offiziere
zur Verfuegung, um auch in Sueddeutschland, wenn noetig mit Gewalt Zerstoerungen zu verhindern. Ein Major wird mit einem Handschreiben zu Seebauer und weiter zu Malzacher geschickt um Ihnen zu helfen falls erforderlich.
Mitte April bereitet Herr Speer eine Rundfunkrede vor, die voraussichtlich veroeffentlicht werden soll, sobald der Kampf in Berlin zu Ende sei und - wie zu befuerchten war der Kampf bis zum letzten Mann weitergehen wuerde. Die Rede wurde in Hamburg im Funkhaus aufgenommen und erhielt entsprechende Weisungen. Durch die Beauftragung von Grossadmiral Doenitz zum Nachfolger Hitlers war es moeglich, die hierin geforderten Massnahmen als legale Befehle auszugeben, endgueltige Einstellung aller Zerstoerungen und Lahmungen, auch die in den noch besetzten Gebieten, Einstellung der zu befuerchtenden Wehrwolftaetigkeit usw.
Seit dem Herbst des Jahres 1944 wurden von Herrn Speer in nicht abreissender Folge Anordnungen, Befehle, Gegenbefehle und Weisungen gegeben, Reisen unternommen und Reden gehalten - Tag und Nacht- immer wieder in dem Gedanken an die Erhaltung der Lebensmoeglichkeit des Volkes nach dem verlorenen Kriege.- Der weitaus groesste Teil seiner Mitarbeiter war bereit, die Verpflichtung, die er ihnen auferlegte, auch mit ihrem Leben dafuer einzustehen- das auf sich zu nehmen. Herr Speer selbst hat sich nie gescheut offen seine Forderungen zu erheben. Wir haben mehr als einmal befuerchtet, dass seine Berichte an den Fuehrer oder seine Ausfuehrungen im groesssten Kreise zu seiner Verhaftung fuehren muessten. Ihm selber machte das keinen Eindruck, er hielt es fuer seine Pflicht, so zu handeln.

Hr. Burdell verhoert die Zeugin .

Frage: Wurden die Protokolle der Sitzungen der Zentralen Planung, an denen Herr Speer nicht teilgenommen hat, ihm uebermittelt ?

Antw.: Nein. Herr Speer war nicht im Amt. Die Protokolle wurden ihm nicht nach Hause uebermittelt. Herr Speer verlangte zunaechst, dass alle Unterlagen aufgehoben und ihm nach seiner Rueckkehr vorgelegt werden sollten. Es sammelten sich jedoch so grosse Stoesse an, dass es ihm spaeter nicht mehr moeglich war alles durchzusehen.

H0847-0092

Frage: Wurden diese Protokolle jedoch an sein Buero geschickt ?
Antw.: Ja.

Frage: Koennen Sie positiv sagen, dass Herr Speer diese Protokolle nicht gelesen hat ?
Antw.: Es muesste durch Zufall gewesen sein.

Frage: Koennen Sie eine praeziese Antwort auf die Frage geben, ob Herr Speer diese Protokolle gelesen hat oder nicht ?
Ant.: Nein.

Frage: Hat jemand vom Ministerium Speer an diesen Sitzungen teilgenommen ?
Antw.: Feldmarschall Milch.

Frage: Wie steht es mit Schieber ?
Antw.: Das kann ich nicht sagen. Ich war selbst waehrend dieser Zeit in Meran.

Frage: Wie steht es mit Schmelter oder Sauer ?
Ant.: Ich kann es nicht sagen. Ich war nicht in Berlin.

Frage: Wissen Sie ob Speer nach seiner Krankheit mit Milch ueber die Sitzung gesprochen hat ?
Antw.: Nach seiner Rueckkehr wurde er von seinem Amtschef ueber die wichtigsten Dinge, die sich waehrend seiner Krankheit ereignet hatten unterrichtet. Wie weit im einzelnen kann ich nicht sagen.

Frage: Hat Herr Speer nach seiner Krankheit also auch eine Unterredung mit Milch gehabt ?
Antw.: Ja.

Frage: Sie arbeiten fuer Speer seit 8 Jahren ?
Antw.: Ja.

Frage: Hat Ihnen Speer besonders gegen Ende sein Vertrauen entgegengebracht und Ihnen ueber seine Plaene und Gedanken gesprochen ?
Antw.: Ja.

H0847-0093

Frage: Sprach er jemals zu Ihnen ueber den Einsatz von fremdlaendischen Arbeitskraeften in deutschen Ruestungswerken ?
Antw.: Nein.

Frage: Hat er Ihnen gegenueber jemals gegen den Einsatz von auslaendischen Arbeitskraeften in deutschen Ruestungswerken gesprochen ?
Antw.: Wir haben ueberhaupt nicht darueber gesprochen.

Frage: Beschraenkten sich seine Proteste gegen die Befehle Hitlers allein auf den Zerstoerungsbefehl von September 1944 ?
Antw.: Nein, in der Folgezeit ergingen noch viele Befehle , die wesentlich schaerfer waren.

Frage: Aber Sie sind sich darueber klar, dass Herr Speer in der Frage des Einsatzes auslaendischer Arbeiter nicht ausgesprochen hat ?
Antw.: Wir haben nie darueber gesprochen.

Zusaetzliche Frage von Herrn Dr. Flaechsner:

Hat Speer Ihnen gegenueber ueber seine Differenzen mit Sauckel gesprochen ?
Antwort: Diese Differenzen waren so offen - wir bekamen ja alle Vorlagen von beiden Seiten zu sehen - dass darueber von Herrn Speer mit mir keine einzelnen Unterhaltungen stattgefunden haben.

das ist alles.

---

Fuer die Richtigkeit der Abschr.:

Dr. Hans Flaechsner
Rechtsanwalt.

H0847-0094

Speer Exhibit No. .....
Speer Dok.Nr. 58

Vernehmung des Zeugen Heinz GUDERIAN fuer den Angeklagten Albert SPEER durch Dr.Hans Flaechsner im Internierungslager Hersbruck am 10.5.1946, nachmittags.

Kreuzverhoer: Mr.Charles Burdell, OUSCC.

Vereidigung des Dolmetschers: Schwoeren Sie bei Gott dem Allmaechtigen, dass Sie die an den Zeugen gerichteten Fragen wahrheitsgetreu uebersetzen werden.

Dolmetscher: Ich schwoere es.

Vereidigung des Zeugen: Schwoeren Sie bei Gott dem Allmaechtigen , dass Sie die reine Wahrheit sagen, nichts hinzufuegen und nichts verschweigen werden.

Zeuge: Ich schwoere es.

Dr.Flaechsner;

1.Frage: Was war der Inhalt und Zweck einer Besprechung, die im Maerz 1945 zwischen Herrn Speer und Ihnen wegen der Zerstoerung von Bruecken stattfand ?

Mr. Burdell: Ich erhebe Einspruch gegen die Aufnahme dieser Frage in die Beweisaufnahme mit Ruecksichnahme darauf, dass sie nichts fuer oder gegen den Gegenstand dieses Falles beweist und daher irrelevant ist. Ich moechte diese Einwendung fuer die gesamte Fragenstellung machen, die die Zerstoerung von Bruecken betrifft.

1. Antw.: In Maerz 1945 wandte sich Minister Speer an mich, um mit mir zusammen von Fuehrer einen Befehl zu erwirken, der sinnlose Zerstoerungen verhindern sollte. Ich stimmte mit Speers Ansicht vollkommen ueberein, dass nur solche Objeke zerstoert werden sollten, welche zum Schutze von Hauptwiderstandslinien unbedingt zerstoert werden mussten. Besonders wollten wir beide verhindern dass solche Einrichtungen zerstoert wurden, die fuer das Leben der Zivilbevoelkerung notwendig waren. Es

H0847-0095

handelte sich hierbei in erster Linie, um Verkehrswege, Bruecken, Schlachthaeuser, und sonstige fuer das allgemeine Leben wichtige Einrichtungen. Ich setzte einen Befehlsentwurf in diesem Sinne auf, den ich mit Speer besprach.

1.Frage: Wann und wie wurde der anschliessend von Ihnen mit Speer abgeschlossene Befehl ueber die Schonung dieser Anlagen verhindert ?

2.Antw.: Da es sich bei diesen Masnahmen um alle Kriegsschauplaetze handelte, musste der Befehl als ein Wehrmachtsbefehl herausgegeben werden. Ich uebergab ddn Entwurf dem Generaloberst Jodl und bat ihn, dem Fuehrer im Sinne von Speer und mir Vortrag zu halten.
Am naechsten Tag frage ich Jodl nach dem Entscheid des Fuehrers und bekam einen Befehl zu lesen, der das Gegenteil von dem besagte, was Speer und ich bezweckten. Weil der Fuehrer nicht glaubte, dass die Generäle einen solchen Befehl, ausfuehren wuerden, wie er ihn erlassen hatte, wurde dieser Befehl an die Gauleiter erteilt und ihnen freie Hand bezueglich Zerstoerungen gewaehrt. Was im Einzelnen zwischen dem Fuehrer und dem Generaloberst Jodl anlaesslich dieses Vortrags gesprochen wurde, weiss ich nicht.

3.Frage: Sie haben damit bereits die Frage:" Womit begruendete Hitler den einige Tage darauf erlassenen Zerstoerungsbefehl " beantwortet. Was koennen Sie dazu noch sagen ?

3.Antw.: Ich kann dazu noch hinzufuegen, dass Hitler nach dieser Szene in den schaerfsten Worten rueckspchtlose Zerstoerung von Verkehrsmitteln und lebenswichtigen Werken forderte und dass er dies damit begruendete, dass Widerstand bis zum letzten geleistet werden muesste, und dass dem Feind nichts unzerstoert in die Haende fallen duerfte.

4. Frage: Bezog sich dies auf alle Kriegsschauplaetze
4.Antw.: Ja, auf alle Kriegsschauplaetze.

H0847-0096

H0847-0097



5. Frage: Ich darf also, wenn ich recht verstehe, Norwegen, Daenemark und Holland unterstellen ?

5.Antw.: Verzeihung, es handelt sich um Deutschland,. In Norwegen war kein Kampf. Italien war damit einbezogen, ebenso der Balkan und Holland. Meiner Ansicht nach war in Norwegen kein Kampf, deshalb sollte auch nichts zerstoert werden.

6.Frage: Einige Ergaenzungsfragen darf ich noch an Sie richten. Wann haben Sie Ribbentrop gegenueber erklaert, der Krieg sei restlos verloren und wie hat Hitler darauf reagiert ?

Mr. Burdell: Ich erhebe Einspruch gegen diese Frage mit Ruecksicht darauf dass die Antwort nicht auf die Sache Bezug hat.

6.Antw.: Nach dem russischen Durchbruch durch die deutsche Ostfront in den Tagen vom 12.- 14. Januar entwickelte sich die Lage an der Ostfront so schlecht, dass ich aus Mangel an Reserven den Kampf im Osten fuer aussichtslos hielt, wenn nicht mit unseren Westgegnern ein unverzueglicher Abschluss der Feindseligkeiten auf irgendeine Weise erreicht wuerde. Die Reserven, die der Osten gehabt hatte, waren im November nach der Ardennenoffensive alle nach dem Westen gebracht worden. Als Weihnachten das Scheitern der Ardennenoffensive offenkundig war, verlangte ich ihre Rueckgabe. Das wurde mir von Hitler verweigert und infolgedessen gab es keine militaerische Moeglichkeit, den weitueberlegenen russischen Angriff zu stoppen. Ende Januar suchte ich Ribbentrop auf und schilderte ihm diese Situation. Ich forderte ihn auf, unverzueglich Schritte zu unternehmen, um auf diplomatischem Wege den Krieg im Osten oder im Westen zu liquidieren. Ribbentrop verweigerte jeden Schritt beim Fuehrer. Ich bestand darauf und fragte ihn, was er als Aussenminister dazu sagen wuerde, wenn in vier Wochen die Russen in Berlin waeren. Er fragte mich sehr ueberrascht, ob ich das ueberhaupt fuer denkbar hielte.

H0847-0098



Ich konnte ihm nur antworten, dass ich das in vier bis sechs Wochen für sicher hielte und trotzdem beharrte Ribbentrop bei seiner Weigerung, meine Bitte beim Führer vorzutragen und ihr zu folgen. Wenige Tage später äusserte der Führer beim Vortrag der politischen Lage: "Wenn der Chef des Generalstabs den Aussenminister informiert, begeht er Landesverrat". Aus dieser Äusserung musste ich entnehmen, dass Hitler durch Ribbentrop von meinem Schritt Kenntnis genommen hat. Ich hörte später in der Gefangenschaft, dass Ribbentrop dem Führer eine Notiz ohne Namensnennung über diese Unterredung gegeben hat.

6. Frage: Darf ich nur ganz kurz fragen. Wurden Sie von Speer über die Lage auf dem Gebiet der Rüstungsproduktion eingehend unterrichtet?

6. Antw.: Ja, ich bin von Speer sehr genau unterrichtet worden. Wir hatten häufige und enge Fühlung miteinander.

7. Frage: Hat er Ihnen den Zusammenbruch der Rüstungsproduktion in 2 bis 3 Monaten vorausgesagt?

7. Antw.: Ja, er hat mir eingehend über die Rüstungslage Bescheid gegeben und hat mir seine Denkschrift über diesen Gegenstand an den Führer gezeigt, bevor er sie mit dem Führer besprach.

8. Frage: Hat Hitler nach Ihrer Meinung den Krieg zu dem Zweck weitergeführt um den Volk den Übergang auf die Nachkriegszeit zu erleichtern?

8. Antw.: Es ist sehr schwer, diese Frage zu beantworten. Ich selbst hatte das Gefühl, in diesen trüben Monaten, dass Hitler sein Person mit dem deutschen Volk identifizierte. Nur sein Starrsinn und sein Ehrgeiz hinderten ihn, zuzugeben, dass der Krieg nicht mehr zu gewinnen sei. Ich möchte noch hinzufügen dass gerade Minister Speer in den Denkschriften des Winters 1944/45 mehrfach den Satz gebrauchte: "Der Krieg ist verloren." Hitler kann also nicht im Zwifel gewesen sein, dass Minister Speer eine ganz klare Ansicht über unsern Zustand und Rüstung gehabt hat. Ich bin aber persönlich Zeuge gewesen dass Speer eine eilige Unterredung zur Überreichung einer Denkschrift nicht bekommen hat. Hitler sagte,

dabei er will mir ja doch nur etwas Unangenehmes sagen und das kann er mir nicht sagen, er soll in drei Tagen wiederkommen. Speer und ich sind im Januar 1945 einig gewesen, dass der Krieg verloren ist.

10. Frage: Und im März 1945, als Sie diese Besprechung mit Speer hatten, war jeder Kampf praktisch nur noch in Deutschland?

10. Antw.: Ja, mit Ausnahme von Italien.

Mr. Burdell:

Frage: Die Unterredung, die Sie mit Speer über die Zerstörung der Brücken hatten, fand im März 1935 oder später statt, nicht wahr?

Antw.: Im März 1945, am 16. oder 18. März.

Frage: Das war also, nachdem Sie zu der Überzeugung gelangt waren, der Krieg sei verloren?

Antw.: Jawohl.

Frage: Und auch Speer war zu jener Zeit schon der Überzeugung, der Krieg sei verloren?

Antw.: Im Januar 1945 waren swwohl Speer als auch ich der Ansicht, der Krieg sei verloren.

Frage: Und zu dem Zeitpunkt, als diese Unterredung mit Speer stattfand, im März 1945, beschränkten sich die Kämpfe praktisch auf das Reichsgebiet?

Antw.: Jawohl.

Das ist alles.

---

Ich bestätige hiermit vorstehende Abschrift.

gez. Dr. Hans Flächsner

DR. HANS FLÄCHSNER

Rechtsanwalt.

H0847-0099

Speer Dok. Nr. 59 Speer Exhibit Nr.....

Auszug aus der Vernehmung des Zeugen Dietrich STAHL, durchgeführt für den Angeklagten SPEER, von Dr. Hans Flächsner in Kransberg, am 12.5.1946. Kreuzverhör: Mr. Charles Burdell, OUSCC.
Dolmetscher: Mr. Wolfgang Thormann.

Vereidigung des Dolmetscher und des Zeugen: Schwören Sie, bei Gott dem Allmächtigen, dass Sie die reine Wahrheit sagen, nichts verschweigen und nichts hinzufügen werden.

1. Frage: Welche ehrenamtliche Tätigkeit übten Sie im Ministerium Speer aus?

1. Antw.: Ich bin selbstständiger Fabrikant und habe ab 11. August 1944 ehrenamtlich den Hauptausschuss Munition geführt. Ab 1o. Januar 1945 habe ich als Verbindungsmann des Herr Speer zu den anderen Hauptausschussleitern des Technischen Amtes fungiert.

Eine kurze Wiedergabe der Vorgeschichte, wie ich zu dieser ehrenamtlichen Tätigkeit kam, erscheint mir unerlässlich, weil sie die damalige Lage und die Einstellung des Herrn Speer gravierend beleuchtet.

Während einer längeren Krankheit des Herrn Speer war ich bereits im Mai 1944 - ohne mein Einverständnis - von dem Chef des Technischen Amtes zum Kommisarischen Leiter des Hauptausschusses bestimmt worden, an Stelle des ebenfalls erkrankten bisherigen Leiters. Ich suchte nun eine Aussprache mit Herrn Speer, der mir bis dahin nicht näher bekannt war, um meine Entlassung durchzusetzen. Durch die Wirren des 2o. Juli verzögerte sich diese Aussprache bis Anfang August. In dieser Unterredung legte ich Herrn Speer ganz offen dar, dass ich das mir zudiktierte Amt nicht behalten wolle, weil ich meinen Betrieb nicht allein lassen könne, auch rein fachlich für diese Aufgabe nicht geeignet und geschult genug sei, ferner überhaupt keine parteiliche Resonanz besässe und schliesslich selbst grösste Schwierigkeiten mit der Partei hätte.



H0847-0100

Zu meinem grossen Erstaunen wirkten alle meine vorgebrachten Argumente nicht negativ, sondern positiv auf Herrn Speer. Durch diese Feststellung ermutigt, sagte ich ihm, es käme nach meiner Auffassung vor allem jetzt darauf an, den Krieg schnellstens zu beenden und nicht unsinnig zu verlängern.

Dieser Ansicht bin ich eben auch, antwortete mir Herr Spee und gab mir nun einen vollen Einblick in die damalige Lage Er teilte mir mit, dass er selbst mit grösstem **Misstrauen** behandelt würde, nachdem er auf der neuen Ministerliste des 2o.Jule gestanden habe und dass man ihn aus seinen Amt zu entfernen suche, um dem Radikalismus der Partei offene Türen in der Industrie zu schaffen. Nichts sei für ihn leichter gewesen, als von seinen Krankheitsurlaub nicht zu rückzukommen, aber gerade aus inneren Pflichtgefühl sei er in sein Amt wieder zurückgekehrt, um das Schlimmste zu verhüten und einen Damm in der Industrie aufzubauen damit die Wahnsinnsidee von totaler Zerstörung sämtlicher Industrien und Versorgungsanlagen und Aufopferung bis zum letzten Mann verhütet werden könne.

Ich fand zu meiner völligen Überraschung zum ersten Mal einen führenden verantwortlichen Mann, der die wirkliche Lage nüchtern und klat sah und den Mut aufbrachte, nicht nur solche mit Todesgefahr verbundenen Gespräche zu führen, sondern auch entsschlossen zu handeln gewillt war.

2.Fr.: Können Sie berichten, was Speer von Ihnen Mitte Februar 1945 forderte, zu welchen Zweck und mit welcher Begründung?

2.Antw.: Es war Mitte Febr.1945, auf den genauen Tag kann ich mich nicht besinnen, als ich vormittags zu Speer bestellt wurde er/ weil irgendeine Auskunft über den zu erwartenden Munitonsausschuss haben wollte. Nach Erledigung der rein dienstlichen Angelegenheiten schilderte mir Herr Speer Einzelheiten über seinen schweren Kampf gegen



H0847-0101

die unsinnigen Zerstörungsmassnahmen, die Verteidung strategisch absolut unwichtiger Städte und Dörfer, den Volkssturm usw. und drückte seine grosse Sorge darüber aus, dass absolut nichts Vernünftiges und Ernsthaftes geschehe, um diesen verlorenen Krieg zu beenden.

Herr Speer meinte weiterhin, dass Bormann, Himmler und Goebbel die radikalsten und gefährlichsten in der Umgebung Hitlers wären. Im Verlauf dieser längeren Unterhaltun sagte Herr Spee innerlich sichtlich erregt, sinngemäss ungefähr folgendes: "Ich kann es einfach nicht länger mehr ertragen und mit ansehen, dass wir von Wahnsinnigen regiert werden. Das Volk geht noch restlos zugrunde, wenn bei diesen verrückten Vernichtung plänen nicht etwas Entscheidendes geschieht. Ich habe mich jetzt durchgerungen, diesem Treiben notfalls mit Gewalt ein Ende zu machen. Es hat aber keinen Zweck, einen Einzelnen zu beseitigen, sondern die gefährlichste , engste Umgebung muss fort."

Herr Speer teilte mir dann seinen Plan mit, den er sich ausgedacht hatte. Er beabsichtigte, in die Luftschutzschächte der Luftschutzbunker der Reichskanzlei Giftgasgranaten zu werfen und fragte mich, wie eine solche Gasgranate funktioniere und sich auswirke.

Ich konnte ihm keine Auskunft geben, weil ich weder die vorhandenen Giftgase noch ihre Wirkung und ihre Anwendungsweise kannte. Tief beeindruckt von der ganzen Schilderung versprach ich, unauffällig über meinen Verbindungsmann in der Amtsgruppe Munition des Heereswaffenamtes nähere Erkundigungen einzuziehen, und ihm das Ergebnis alsdann mitzuteilen.

Ich wandte mich an Oberstleutnant Dipl.Ing.Soika um Auskunft über die vorhandenen Giftgase und Giftgasgranaten. Er konnte mir aber auch keine endgültige Auskunft geben, weil er ebenfal nicht Bescheid wusste. Das ganz Kampfstoffgebiet wurde strengstens geheimgehalten. Soika erkundigte sich aber und erklärte mir einige



H0847-0102

Tage später, dass der feste Kampfstoff erst durch die Explosio der Granate in feinste Bestandteile zerstäubt und nicht wie flüssige Kampfstoffe verdunste und verneble. Diese Einzelheite habe ich Herrn Speer ausführlich weitergegeben und ihm gesagt, dass sein Plan nach meiner Auffassung technisch nicht durchführbar und wirksam sei.-

Ich glaube, es war in der letzten Märzhälfte, nach dem letzter offiziellen Zerstörungsbefehl Hitlers, da würde ich wiederum zu Herrn Speer gerufen. Er erklärte mir, er habe sich jetzt ei nen anderen Plan ausgedacht. Himmler, Goebbels und Bormann, di drei Gefährlichsten und Unheilvollsten, kämen fast jeden Abend in der Reichskanzlei zusammen, um ihre teuflischen Pläne zu schmieden die Todesurteile auszusprechen usw. Bei den nächtlichen Fliegerangriffen führen alle drei mit ihren Wagen aus der Reichskanzlei in die Vororte Berlins und ein solcher Augenblick sollte für einen Überfall ausgenützt werden. Er habe einige beherzte und waffenkundige Männer gefunden und übernehme selbst einen der drei Wagen. Herr Speer beauftragte mich, ihm Maschinenpistolen, Pistolen (ich glaube es waren 12 Stück) und die dazugehörige Munition zu besorgen. Ausserdem verlangte er noch zu Blendungszwecken Leuchtpatronen, ähnlich wie sie die Flugzeuge als Markierungszeichen abwerfen.Es war eine aufgeregte und turbulente Zeit; niemand war seines Lebens mehr sicher und auch Herr Speer trug von da ab selbst eine geladene Pistole bei sich.- Ich selbst war gerade an einem Gestapo-Verfahren wegen defaitistischer Äusserungen durch Intervention Speers vorbeigekommen.

Im April 1945 habe ich als dann nochmals Maschinenpistolen , Pistolen und grössere Munitionsmengen an Herrn Speer persönlic geliefert



H0847-0103

Mr.Burdell:

Frage: Sie sagen, dass diese Unterhaltung mit Minister Speer ungefähr Mitte Febr.1945 stattfand? Hatte Speer irgendwei v der Zeit seine Pläne und Absichten in jener Richtung ge - äussert?

Antw.: Ich habe dies zu der ersten Frage beantwortet. Ich kannte Minister Speer nicht vor August 1944.

Frage: Zwischen August 1944 und Februar 1945 haben Sie Minister Speer so gut kennengelernt?

Antw.: Ja, den hatte den Hauptausschuss für Munition zu übernehm nach dem Speer zurückgekommen war, wollte ich Speer um Entbindung von meinen Aufgaben bitten. Ich tat dies aus 3 Gründen

1.hatte ich keine Bindung zur NSDAP
2.weil ich immer Schwierigkeiten mit der Partei hatte und
3.weil ich der Meinung war, dass der Krieg beendet werden sollte.

Anstatt entlassen zu werden, sagte Minister Speer zu mir, dass ich gerade der Mann wäre, den er brauche. Und so kam meine Bekanntschaft mit Speer zustande. Ich war der Verbindungsmann zwischen Speer und den verschiedenen anderen Leitern der Ausschüsse, um die Zerstörungsbefehle vom 15.9.1944 zu verhindern.

Frage: Wie komnt es, dass Sie ,obgleich Sie Speer erst seit 1944 kannten, es möglich war, dass Speer schon im Februar 1945 Sie für sicher hielt, Sie mit solch einer delikaten Angelegenheit zu befassen?

Antw.: Das kann ich so hne weiteres nicht sagen. Nach alledem, h te Speer, als ich Verbindungsmann war, schon ein gewisses Vertrauen in mich gesetzt.

---

Für die Richtigkeit der Abschrift

Dr.Hans Flächsner

Rechtsanwalt

H0847-0104

Speer Dok.Nr.60 SPEER EXh.No.....

Auszug

Beantworteter Fragebogen des Zeugen

Karl B R A N D T .

2.Frage: Hat Speer Ihnen erklärt, dass die Gefahr des Einsatzes vo Kampfgas besteht und wann war das?

2.Antw.: Die Frage eines Einsatzes von Kampfstoff ist von Speer mit mir mehrfach besprochen worden.

3.Frage: Welche Meinung vertrat Speer hierüber?

3.Antw.: Speer war der Meinung, dass auf alle Fälle ein Kampfstoff krieg von deutscher Seite aus begonnen, verhindert werden müsse. Wir waren uns darüberklar, dass, wenn von irgendeiner Seite der deutschen Kriegsführung der Einsatz von Kampfstoffen betrieben oder befohlen werden sollte, der praktische Einsatz unbedingt zu unterbinden sei. Unterhaltungen hierüber mit Speer in dieser präzisen Form sind sicher im Herbst 1944 und auch später im Frühjahr erfolgt

5.Frage: Wie war das dienstliche und persönliche Verhältnis Bormanns zu Speer?

5.Antw.: Das dienstliche und persönliche Verhältnis zwischen Martin Bormann und Speer war im Laufe der Jahre zunehmend schlechter geworden. Das war im Jahr 1944/45 eigentlich so, dass von Bormann aus Speer, vor allem wohl in seiner dienstlichen Stellung, abgelehnt wurde. Da ich selbst mit Martin Bormann seit dem Jahre 1943 praktisch nicht mehr zusammenkam (sprach) habe ich diese Kentnisse nicht von M. Bormann selbst, sondern aus der Betrachtung und aus allgemeinen Unterrichtungen, wie ich sie im Führerhauptquartier erhielt. Speer selbst hat sich



H0847-0105

scharf gegen M.Bormann gewandt und sich dabei in stärkster Weise selbst exponiert. Die Differenzen führten zu erheblichen Spannungen, welche auch die Arbeit Speers erheblich erschwerten, da mit Martin Bormann auch ein grosser Teil der Gauleiter sich gegen Speer persönlich, zumindesten aber gegen seine Arbeit stellte. Speer wurde im allgemeinen von den Männern der Partei als ein spät zu der Partei gekommener, innerlich abgelehnt.

gez.Karl BRANDT

Dachau, 28.Mai 1946

Unterschrieben und beschworen vor

William C.Clark
1st Lt. Inf.

Dolmetscher: Dr.Dortheimer

---

Ich bestätige die Richtigkeit der Abschrift

gez.Dr.Hans Flächsner

DR.HANS FLÄCHSNER

H0847-0106

Prosv
German

Notice.

Not to be published until presented before the tribunal in open court and then only that portion actually submitted as evidence.

Ne pas publier avant présentation devant le tribunal en audience publique et seulement la partie réellement versée au dossier.

Nicht zu veroeffentlichen vor Darlegung vor dem Gericht (Tribunal) in oeffentlicher Sitzung und dann nur jenen Teil, welcher tatsaechlich zur Beweisfuehrung uebermittelt wurde.

Не публиковать до того, как представлено на публичном заседании Трибунала и только ту часть, которая представлена в качестве доказательства.

H0847-0107

H0847-0108

SPEER DOK. NR. ~~61~~ 62 SPEER EXH. NR. ~~47~~ 48

Beantworteter Fragebogen des Zeugen

von P O S E R.

Manfred v. Poser u. Gross Naedlitz POW Camp, 14.6.46

Oberstltn. Kgf. Nr. 50297 Cage IV.

Fr.: 1. In welcher Eigenschaft waren Sie bei SPEER taetig? Begleiteten Sie ihn des oefteren auf seine Reisen?

A.1: Ich war Verbindungsoffizier des Generalstabes des Heeres zum Reichsministerium fuer Ruestung und Kriegsproduktion. Mein Arbeitsgebiet umfasste vornehmlich die Entwicklung und Fertigung der Grossgeraete und Waffen, soweit sie das Heer interessierten. Ueber diese staendige Orientierungsaufgabe in beiden Richtungen hinaus begleitete ich Herrn SPEER meist auf seinen Frontreisen und unterstuetzte ihn in den nach seiner Ansicht erforderlichen Massnahmen durch Rueckspracho bei mili. Stellen oder Entwerfen von Befehlen, die an Heeres- und Ruestungs - dienststellen - meist zum Schutz wirtschaftlicher Objekte - gerichtet waren.

Fr.2: Koennen Sie ueber die Massnahmen und Anordnungen berichten, die Speer im Herbst 1944 bei seinen Reisen nach dem Westen, nach Oberitalien und nach Kattowitz, und dann im Januar oder Februar 1945 nach Polnisch-Oberschlesien, Protektorat und zu den ungarischen Erdoelfeldern zur Erhaltung der Industrieanlagen, Kohlenbergwerke, Energieanlagen usw?

Ant.2: Nachdem es nicht gelungen war, die Invasion in den ersten Tagen abzuschlagen, sah Herr Speer offensichtlich keine Moeglichkeit mehr, den Krieg zu gewinnen. Vielmehr war er, wie es bei meinen Vortraegen ueber die milit. Lage zum Ausdruck kam, der Ansicht, dass man zu einem Frieden kommen muesse, der dem deutschen Volk und der Welt Blut und materielle Verluste ersparen wuerde und fuer Europa politisch und wirtschaftlich

H0847-0109

ertraegliche Lebensbedingungen schaffen koenne, wenn die Einsicht und das Entgegenkommen auf alliierter Seite hierzu vorhanden. Aus diesem Grunde stellte er sich in seiner Wirtschaftsfuehrung direkt und indirekt soweit er das mit Ruecksicht auf den offiziellen pol. Kurs konnte, in allen Massnahmen auf die Erhaltung der von Deutschland kontrollierten Wirtschaftsbereiche ein, Bei den Befehlshabern im Westen handelte es sich hierbei um di belgischen und franz. Kohlengruben, die Minette wie sonstige fuer die Wirtschaft wichtige Anlagen. In Oberitalien erhielt Herr Speer einen grossen Teil der Kraftwerke, die von Partisanen bereits besetzt gehalten wurden. Bei ihrer Vertreibung durch militaer. Kraefte haette eine der beiden Parteien mit Sicherheit die Kraftwerke zerstoert, sodass es darauf ankam, einen friedl Ausgleich zu finden, fuer den sich Herr Speer entschieden einsetzte. In Frankreich, Belgien, Italien, Ungarn, auf dem Balkan, in der Tschechoslowakei und in Polen wurden nur dort Zerstoerungen vorgesehen, wo fuer die deutschen Truppen ein unmittelbarer militaer. Nachteil zu erwarten war. Sons wurden wie im deutschen Wirtschaftsraum - nur Lahmungsmassnahmen - d.h. zeitliche Stillegung der Betriebe durch voruebergehenden Ausbau von Schluesselmaschinen oder -teilen vorgesehen. Die wirtschaftl. Anlagen blieben also durch die Massnahmen Herrn Speers bewusst fuer eine spaetere Wiederingangsetzung erhalten. Die Bevoelkerung der ein von Deutschland wirtschaftl. kontrollierten Staaten ist Nutzniesser dieser von Herrn Speer planmaessig durchgefuehrten Schonungsmassnahmen der Wirtschaftsanlagen in ihrem Raum. Eine wesentliche Schwierigkeit bestand fuer Herrn Speer in der Notwendigkeit seine Plaene der Erhaltung des wirtschaftl. Bestandes den vom Fuehrer geforderten, einheitlich ausgerichteten, offiziellen, politischen und wirtschaftl. oft entgegengesetzten und auf Zweckoptimismus eingestellten Ansichten anzupassen. Er bediente sich deshalb im Gespraech mit den militaer. Befehlshaber Partei - und Wirtschaftsdienststellen der bekannten, durch die Gebietsverluste, Bombenzerstoerungen usw. entstandenen Mangelerscheinungen in der Ruestung, um die Notwendigkeit der Erhaltung aller Werke u. Verkehrsanlagen fuer die Ruestungsproduktion besonders deutlich herauszustellen.

Fr.3: Unternahm Speer zusammen mit Ihnen nach dem Erlass Hitlers vom 19.3.45 zur voelligen Zerstoerung aller Industrieanlagen und sonstigen Sachwerte eine Reise nach dem Westen? Welche Ansichten bestanden im Ruhrgebiet und wie war es moeglich, diese zu verhindern?

H0847-0110



Antw. 3: Herr Speer war mit mir am 19.3.45 in Schloss Ziegenberg beim Stabe Feldmarschall Kesselrings ( Bombenangriff) und am 20.3. im Stabsquartier Feldmarschall Models. Auf dieser Reise erhielt Herr Speer Kenntnis von dem Zerstoerungsbefehl Hitlers vom 19.3.45, der ihn voellig ueberraschte, da er Hitler soeben seine gegensaetzliche Ansicht in einer schriftlichen Ausarbeitung ueberreicht hatte. Er brac die Reise sofort ab und wir erreichten am 21.3. morgens Berlin, Wenige Tage spaeter - ich glaube am 23.3. - fuhren wir erneut in den Wes wo Speer Besprechungen mit Dr. Voegler ( Ruhrstab), den Gauleitern u Gen. Feldmarschall Model hatte. Hierbei ergab sich, dass:

a) sich die Gauleiter an die Weisungen Bormanns bezw. Hitlers gebunden hielte

b) Die Wirtschaft gegen die Durchfuehrung des Zerstoerungsbefehls vom 19.3. war,

c) die verantwortl. Heeresbefehlshaber die Ausfuehrung des Fuehrerbefehls schon deshalb als unmoeglich bezeichneten, weil nicht einmal zur Durchfuehrung der wichtigsten milit. Abwehrmassnahmen genuegend Sprengstoff vorhanden war, fuer die Durchfuehrung des Fuehrerbefehls jedoch, soweit ich mich erinnern kann, allein von der Heeresgruppe Model 4 ooo to Sprengstoff fuer erforderlich gehalten wurden.

Zur Sicherung der Wirtschaftsanlagen im Ruhrgebiet vereinbarte Herr Speer sofort:

a ) Abgabe aller vorhandenen Sprengstoffe aus Wirtschafts- und OT-Bestaenden an die Heeresgruppe Model fuer die vordringigen milit. Belange, damit war der Sprengstoff dem Verfuegungsbereich der Gauleiter entzogen.

b) mit Feldmarschall Model und Dr. Voegler, dass die Wirtschaft ihre Objekte und Werke in Ermangelung des erforderlichen Sprengstoffs durch Lahmung vorueborgehend ausser Betrieb setzen sollte, wenn die milit. Notwendigkeit hierzu vorliege.

Fr.4: Welche Absichten bestanden fuer Baden und fuer die Schweinfurter Kugellagerindustrie und gelang es Speer, auch hier Zerstoerungen zu vermeiden

H0847-0111



Ant: 4: Ueber die Kampffuehrung in Baden sprach Herr Speer mit Obergruppe.. fuehrer Hauser - dem Befehlshaber der Heeresgruppe G - in dem Sinne, dass, wenn es nicht gelaenge, eine feste Front auf dem ostwaertigen Rheinufer aufzubauen, eine weitere Kampffuehrung keinen Sinn mehr habe und in diesem Fall alle Zerstoerungen zu vermeiden seien. Ich erinnere mich an ein Gespraech von Herrn Speer mit Gauleiter Helmuth in Wuerzburg, in dem Herr Speer die Bedeutung der Schweinfurter Kugellagerfabrik die deutsche Wirtschaft betonte.

Fr. 6: Hat Speer versucht, mit allen Mitteln die zunaechst gefaehrdeten Gebiete vor der von Hitler befohlenen Zerstoerung zu retten? Geschah das in offenem, bewussten Widerspruch zu dem Befehl Hitlers?

Antw. 6: Herr Speer hat in bewusstem offenen Widerspruch zu dem Zerstoerungsbefehl Hitlers vom 19.3.45 alle nur erdenklichen Mittel angewandt, um diesen wirkungslos zu machen. Er hat die Gauleiter offen ueber seine Auffassung unterrichtet, dass die wirtschaftl. Anlagen und Werke einschliesslich der Verkehrsanlagen erhalten werden muessten, damit die Bevoelkerung auch nach der Beendigung der Kriegshandlungen arbeiten und leben koenne. Ueber die Gauleiter wurde Reichsleiter Bormann, soviel ich weiss, unterrichtet, dass Herr Speer Auffassungen vertrete, die von den Weisungen Hitlers abwichen. Dem Fuehrer selbst hat Herr Speer schriftlich und muendlich seine abweichenden Auffassungen wiederholt vorgetragen und bis zur letzten Konsequenz vertreten.

Fr.8: Welche generellen Anordnungen gab Speer sofort nach seiner Rueckkehr um die Sprengstoffvorraete der OT, die Bombenvorraete auf den Flugplaetzen und die weitere Produktion an Wirtschaftssprengstoffen zu sperren und welcher Zweck wurde damit angestrebt?

Antw. 8: Unter Hinweis auf die Munitionsverknappung u.d. Sprengstoffmangel beim Heer wurden die Sprengstoffvorraete der OT, der Wirtschaft, sowie die Sprengstoffuellungen aus den Bombenvorraeten auf den Flugplaetzen dem Heer zugewiesen. Damit waren die vorhandenen Sprengstoffvorraete soweit sie mengenmaessig betraechtlich waren - der Zugriff der Zivil- und Parteidienststellen entzogen. Die Durchfuehrung der Zerstoerungsbefehls vom 19.3. wurde durch diese Massnahme praktisch unmoeglich gemacht.

Fr. 10: Hat Speer bei seiner Reise nach der Saarpfalz durch Besprechungen mit dem dortigen Gauleiter und dem Oberbefehlshaber der Heeresgruppe erreicht, dass der Fuehrerbefehl zur vollstaendigen Evakuierung der Saar und der linksrheinischen Bevoelkerung nicht durchgefuehrt wird.

H0847-0112



Antw. 10: Ueber die Evakuierung der Saar und linksrheinischen Bevoelkerung hat Herr Speer mit Gauleiter Stoehr und dem damaligen Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Oberrhein- Himmler - in Triberg im Schwarzwald gesprochen. Soweit mir bekannt, ich nahm an der Besprechung nicht teil, hat Herr Speer unter Hinweis auf die Lahmung jeder militaer. Bewegungsmoeglichkeit bei der Durchfuehrung der vorgesehenen Evakuierung sowie der Vorrangigkeit der militaerischen Fuehr und Versorgungsbelange, ausserdem mit Ruecksicht auf die erhebliche Haerten, unter denen die Evakuierung der Bevoelkerung nur moeglich gewesen waere, erreicht, dass dieser Befehl nur in der unmittelbaren Frontzone durchgefuehrt wurde.

Fr. 11: Hätte Speer mit Gen. Oberst Guderian und mit General Gundelach Besprechungen zur Schonung der Bruecken und mit welchen Erfolg?

Antw.11: Herr Speer hatte persoenlich wiederholt Besprechungen ueber Abaenderungen des Fuehrerbefehls ueber Zerstoerungen u.a. mit Gen. Winter, dem stellvertretenden Chef des Wehrmachtsfuehrungsstabes, Gen. Oberst Jodl (Chef WEST) und anderen. Ich selbst habe in seinem Auftrag Besprechungen mit Offizieren des Generalstabs des Heeres bei OKW in Wuensdorf gefuehrt und persoenlich mit Gen. Major und Wroths (Op.Abt. Gen.St.d.H.) General Gundelach und General Jakob (Gen.d.H.b.Ob.d.H.) Generaloberst Guderian (Chef Gen.St.d.H.) Oberst Poleck (OU WEST OKW) und General Winter (stelvertr. Chef WEST PK Vortag gehalten. Grundsaetzlich musste an der Fuehrerbefehl vom 19.3.45 festgehalten werden, da sich der Fuehrer als Oberste Befehlshaber trotz gegenteiliger Vorstellungen der militaer. Dienststellen aus unbekannten Gruenden zu dieser Fassung entschlossen haben.

Ueber General Gundelach konnte jedoch die Herausgabe eines Befehls verwirkt werden, der die Sprengung von Bruecken (z.B.Elbe) nicht vollstaendig, sondern nur fuer eine Strecke vorsah.

Fr.12: Hat sich Speer auf seinen Reisen darum bemueht, die Oberbefehlshaber der Heeresgruppen wie Hauser, Heinrici, Busch, Model oder dem Oberbefehlshaber West Kesselring von dem unersetzlichen Wert der Bruecken fuer die Zukunft zu ueberzeugen? Koennen Sie hierueber Einzelheiten berichten?

H0847-0113



Antw. 12: Herr Speer hat immer wieder bei seinen Besuchen der Oberbefehlshab der Heeresgruppen von der Wichtigkeit der Bruecken und der Verkehrs anlagen fuer die Wirtschaft und Versorgung der Zivilbevoelkerung gesprochen und darauf hingewiesen, dass bei einer Zerstoerung der Bruecken die spaetere Widerherstellung Monate dauern werde. In dies Zeitraum wuerde jedoch das ganze Wirtschaftsleben, das sich ja auf einem staendigen ueberbezirklichen Warenaustauschgruende, zum Erliegen kommen. Die Zerstoerung der Bruecken fuehre zu unabsehbaren wirtschaftlichen Folgen fuer das deutsche Volk. Militaerisch gesehen seien Zerstoerungen von Bruecken nur dort gerechtfertigt, wo eine starke zusammenhaengende Front im Aufbau begriffen sei, die laengere Zeit gehalten werden koenne. Diese Abschnitte muessten von der hoeheren Fuehrung festgelegt und die erforderlichen Brueckenzerstoerun fuer diese Abschnitte befohlen werden. Zerstoerungen im taktischen Rahmen, die zwar eine augenblickliche Entlastung brachten, durch Umgehung aber in kurzer Zeit wertlos wuerden, staenden in keinem Verhaeltnis zu dem wirtschaftlichen Schaden, der dem deutschen Volk insbesonder unter Beruecksichtigung der Entwicklung der Kriegslage entstehe.

Fr. 13: War Speer bei diesen Besprechungen gezwungen, ueber den weiteren Verlauf der Kriegsproduktion Ausfuehrungen zu machen und in welchem Sinne?

Antw. 13: Herr Speer hat bei seinen Frontbesuchen wiederholt Ausfuehrungen ueber das staendige Sinken der Kriegsproduktion machen muessen, um das Verstaendnis der Befehlshaber fuer die wirtschaftlichen Zusammenhaenge und die Auswirkungen militaerischer Forderungen auf das Wirtschaftsleben zu wecken. Herr Speer hat insbesondere im Dez. 1944 in einem Bericht an Hitler darauf hingewiesen, dass bei Verlust des Oberschlesischen Industriegebietes die Ruestungsindustrie nicht mehr den laufenden Frontbedarf decken koenne, vielmehr zum, langsamen Auslauf komme. Dieser materielle Verlust koenne auch nicht durch die Tapferkeit der deutschen Soldaten ausgeglichen werden. Der Bericht an den Fuehrer wurde von mit s.Zt. " irrtuemlich" an Dienststellen des Gen.St. des

H0847-0114



Heeres verteilt und musste zurueckgezogen werden.

Den Oberbefehlshabern gegenueber betonte Herr Speer immer wieder dass die vorhandene Produktion bis zum letzten Moment ausgenutzt werden muess die Bruecken und Verkehrsanlagen zu den Produktionsstaetten daher unter keinen Umstaenden zerstoert werden duerften, damit die Produktion bei Rueckgewinnung verlorenen Gelaendes sofort anlaufen koenne und an sich betriebsbereite Werke nicht wegen mangelnder Zufuehrungswege fuer den A und Abtransport von Rohstoffen und Fabriken stilliegen muessten.

Fr. 14: Erinnern Sie sich an 6 - 8 OKW-Befehle, die Speer Anfang April zur Schonung der Bruecken herausgab? Zu welchem Zweck wurden diese Befehle herau gegeben und war Speer hierzu autorisiert?

Antw. 14: Anfang April ueberbrachte ich im Auftrag von Herrn Speer Befehlsentwuerf an Gen. Winter (stellv. Chef WEST) die nach fernmuendlicher Vorbesprechung Herrn Speers mit ihm vom OKW herausgegeben werden sollten und die Schonung von Bruecken, Verkehrs - und Wirtschaftsanlagen in nacher bezeichneten Raeumen zum Ziele hatten.

Da die Herausgabe durch das OKW sehr ungewiss was, Herr Speer die Befehl jedoch unbedingt herausgebracht haben wollte, um rechtzeitig Zerstoerungen groesseren Ausmasses zu verhindern, verfiel er auf den Ausweg, die " Befehlsentwuerfe" an seine Ruestungsdienststelle mit etwa folgenden Zusaetzen zu geben:

a) Vorstehender " Befehl" wird vom OKW an die milit. Dienststellen herausgegeben werden.

b) Da die Moeglichkeit besteht, dass die milit. Nachrichtenmittel ueberlastet sind und die Befehle erst verspaetet eintreffen, haben Sie persoenlich Verbindung aufzunehmen und unter Vorlage vorstehendem Befehls seine Durchfuehrung sicherzustellen.

Diese Befehle wurden tatsaechlich an die Empfaenger abgesandt und, da der Schonungsbereich sehr weitlaeufig gefasst war, wurden mit dieser Massnahme weitgehende Zerstoerungen verhuetet, ohne dass tatsaechlich e sprechende Befehle vom OKW vorlagen. So war z.B. die Verbindung von Di Voegler im Ruhr-

H0847-0115



gebiet mit Feldmarschall Model bereits aufgenommen, wie ein Funkspruch Dir. Voeglers bestaetigt. Zweck dieser Befehle war, die Auswirkung des Fuehrerzerstoerungsbefehls vom 19.3.1945 erneut auf ein Mindestmass zu beschraenken. Eine Autorisierung Herrn Speers lag nicht vor, sie entstammen vielmehr seiner persoenlichen Initiative.

Fr.15: Welche Besprechungen hatte Speer zur Erhaltung der Berliner Bruecken und was wurde ueber diese Bruecken bei Gen. Oberst Heinrici fuer den Fall beschlossen, dass ein Kampf um Berlin aussichtslos sei?

Ant.15: Zur Erhaltung der Berliner Bruecken ( Bahn- und Strassenbruecken) die nach dem Kampfplan des Kampfkommandanten alle zerstoert werden sollte hatte Herr Speer Besprechungen mit dem Kampfkommandanten, bezw. Herren seines Stabes in Berlin und spaeter mit Gen. Oberst Heinrici, in dessen Stabsquartier bei Prenzlau, wo er auch den der Heeresgruppe Weichsel unterstellten Kampfkommandanten von Berlin antraf. Herr Speer erklaerte den Herren, dass:

a) Der Kampf um Berlin bei den vorhandenen personellen und materiellen Kraeften nicht von langer Dauer sein wuerde.

b) Der Kampf um Berlin fuer seine 3 Mio. Einwohner ein Martyrium ohne jeden Sinn darstelle und es besser sei, Berlin nicht zu verteidigen,

c) Die vorgesehene Zerstoerung aller Bruecken, jede Versorgung der Millionenstadt in spaeterer Zeit unmoeglich mache und die Einwohner elend zugrunde gehen muessten, da sie weder ihrer Beschaeftigung in anderen Stadtteilen wie bisher, wegen fehlender Verkehrsverbindungen nachgehen, noch Lebensmittel und sonstige Gueter (Kohlen) fuer den taeglichen Bedarf zugefuehrt erhalten koennten.

d) Der Wiederaufbau der einmal zerstoerten Bruecken und U-Bahnen auf absehbare Zeit unmoeglich, Berlin damit der Verelendung preisgegeben sei.

Gen. Oberst Heinrici bekannte sich trotz der gegensaetzlichen Einstellung des entsprechend seiner Aufgaben rein kampfmaessig denkenden Kampfkommandanten von Berlin zu den Ausfuehrungen Herrn Speers und befahl, den vorgesehenen Zerstoerungsplan so zu revidieren, dass nur dort in dem milit. vorgesehen Ausmass zerstoert werden sollte, wo man den Gegner auch mit eigenen Kraefte Widerstand leisten wollte.

Fr.17: Welche Versuche unternahm Speer bei Gen. Kienzle und Dr. Luescher, um seine beabsichtige Rede halten zu koennen?

H0847-0116

Antw. 17: Herr Speer besprach mit Gen. Kienzle die Sicherung des Deutschland senders (K-W-hausen), Dr. Lueschen erhielt den von mir ueberbrachten schriftlichen Auftrag, die staendige Sonderbereitschaft des Senders bis zu einer Inbesitznahme sicherzustellen. Beide Absprachen sollten es Herrn Speer ermoeglichen, moeglichst lange Zeit ueber den Sender an das deutsche Volk zu sprechen.

Fr. 18: Welchen Versuch unternahm Speer darauf am 21.4.45 in Hamburg und mit welchen ersten Erfolg?

Antw. 18: Herr Speer besprach, wie er mir erzaehlte, am 21.4.45 in Hamburg eine Schallplatte mit einem Aufruf an das deutsche Volk. Die technischen Vorbereitungen hierzu regelte Gauleiter Kaufmann, Hbg. mit dem Herr Speer abends in das Sendehaus fuhr, um die Aufnahme durchzufuehren. Ich selbst bin im Hasthaus zurueckgeblieben, wohin Herr Speer mit Gauleiter Kaufmann nach etwa einer Stunde zurueckkehrte. Die aufgenommene Schallplatte wurde spaeter auf den Reisen im Kraftwagen mitgefuehrt.

Fr. 20: Konnte nach der milit. Lage am 21.4.45 damit gerechnet werden, dass der Entschluss, Berlin nicht zu verteidigen, zu einem baldigen Fall der Stadt fuehrt und mit welchen Konsequenzen zu Frage 18?

Antw. 20: Nach der milit. Lage am 21.4.45 musste der Entschluss, Berlin nicht zu verteidigen, zu einer unmittelbaren Uebergabe der Stadt fuehren. In diesem Fall sollte der Hmburger Sender den Aufruf Herrn Speers an das deutsche Volk bringen.

Fr. 21: Wurde Anfang April 1945 von Speer der Plan gefasst, u.a. Himmler an die Alliierten auszuliefern? Koennen Sie Angaben machen ueber die Gespraeche, die in dieser Angelegenheit Speer spaeter in Flensburg mit Gen. Kienzle hatte?

Antw. 21: Herr Speer hat mir von seinem Plan, Himmler an die Alliierten auszuliefern, erzaehlt. Er wollte einen der Hauptverantwortlichen fuer die

H0847-0117

Tragoedie des deutschen Volkes in alliierter Hand wissen und nahm auch nach Verschwinden Himmler aus Flensburg an, dass dieser die vorgesehene persoenliche Rücksprache mit Feldmarschall Montgomery wahrnehmen wuerde. Ueber den Inhalt der Gespraeche mit Gen. Kienzle bin ich nicht unterrichtet.

Fr.22: Hat Speer in dieser Periode versucht, durch Massnahmen und Plaene den Krieg abzukuerzen, die Lebensmoeglichkeiten des Volkes moeglichst zu erhalten und musste er hierzu zahlreiche Personen in sein Vertrauen ziehen?

Ant.22: Bereits nach der gelungenen Invasion vertrat Herr Speer die Auffassung, dass die Fortfuehrung des Krieges sinnloses Blutvergiessen bedeute. Wie ich schon ausfuehrte, war er in realistischer Beurteilung der Lage darauf bedacht, im Rahmen seines eigenen Aufgabenkreises dem europaeischen Kontinent die wirtschaftl. Kraftquellen zu erhalten, die er im Laufe des Krieges in seiner Eigenschaft als Ruestungsminister in treuhaenderische Obhut uebernommen hatte. Fuer die Erhaltung dieser Werte hat sich Herr Speer persoenlich in Wort und Tat, direkt und indirekt mit aller Entschiedenheit unter Einsatz seines Lebens gegenueber allen Kraeften im Staate eingesetzt. Herr Speer kann wohl als eine der wenigen fuehrenden Persoenlichkeiten genannt werden, die ihre abweichenden Ansichten immer wieder unmissverstaendlich auch dem Fuehrer vorgetragen hat, obwohl auch er sich bewusst war, dass er mit dieser Einstellung in Ungnade fallen wuerde. Ich habe Herr Speer immer in aller Offenheit auch die Dinge vortragen koennen, die eine Kritik an den Massnahmen oder der Einstellung der Staatsfuehrung bedeuteten. Herr Speer hat sich nach dem 2o.7. gegen die dem Offizier diffamierende Propaganda in den Zeitungen eingesetzt, hat sich in einer schriftlichen Eingabe gegen die Verurteilung von Gen.Oberst Fromm durch ein Sondergericht gewendet und sich selbst als Zeuge fuer Gen. Oberst Fromm zur Verfuegung gestellt. Als Leiter des Verkehrsstabes hat Herr Speer im Jahre 1945 trotz des ueberraschend tiefen russ. Durchbruchs bis an die Oder einen grossen Teil des ostwaerts der Oder liegenden Verpflegungslager fuer die Versorgung des Reiches an die Elbe zurueckfuehren koennen und damit die Moeglichkeit geschaffen, verpflegungsmaessig den Anschluss an die Ernte 1945 zu finden.

H0847-0118

Troyz der Einschliessung des auf 14 Tage bevorrateten Ruhrgebietes durch die Alliierten veranlasste Herr Speer, dass etwa 14 Verpflegungszuege blind in die besetzte Zone gefahren wuerden, um den Alliierten mit Hilfe dieser Verpflegung die Ueberbrueckung einer Hungersnot in den von ihnen besetzten Gebieten zu ermoeglichen.

Durch die aufrechte Vertretung der wirtschaftl. Interessen vor Hitler und sein ausserordentliches Einfuehlungsvermoegen in alle Fragen der Wirtschaft hatte Herr Speer in der Industrie eine willige Gefolgschaft. Dabei galt seine Sorge nie dem Interesse einzelner Konzerne oder Industriefuehrer, sondern allein der Zukunft des deutschen Volkes und Europas. Herr Speer verstand es, jeden Mann an den rechten Fleck zu stellen, gleichgueltig welche Konfession oder Partei er angehoerte. Bis zuletzt versuchten Herr Speer immer wieder, den Fuehrer im Interesse des Volkes zur Einstellung des selbstmoerderischen Kampfes zu bewegen. Hierbei fuehrte Herr Speer auch den Satz aus " Mein Kampf" an, indem es etwa heisst; " Die Fuehrung eines Volkes muss sich stets bewusst bleiben, dass sie das Volk nicht mit sich in das Verderben reissen darf. Sie hat vielmehr die Pflicht, so rechtzeitig abzutreten, dass das Volk leben kann." So anspruchslos Herr Speer in seinen eigenen Lebensfuehrung war, so aufrecht er den von ihm als richtig erkannten Weg ohne Ruecksicht auf seine Person. Als Zeichen dieser Einstellung kann sein am 24.4.45 freiwillig angetretener Flug in das eingeschlossene Berlin gelten, wo er trotz der Gefahr, verhaftet zu werden, einen letzten Versuch unternahm, um den Fuehrer zur Einstellung des Kampfes zu bewegen. Er konnte hier noch einmal seinen Einfluss zur Ernennung des Grossadmirals Doenitz zum Nachfolger als Staatsoberhaupt geltend machen und setzte sich auch bei diesem nach seiner Ernennung fuer die sofortige Beendigung des Krieges und die Aufhebung des Wehrwolfbefehls ein. Durch seinen ueber die Sender Kopenhagen und Prag verbreiteten an das deutsche Volk suchte er dieses zu sofortigen Beseitigung der Schaeden anzuhalten, um den wirtschaftl. Notstand moeglichst schnell zu beseitigen. Herr Speer hat jederzeit, soweit ich es beurteilen kann, im Bewusstsein der grossen Verantwortung gegenueber seinem Volk gehandelt. Auf dem schweren Wege, der hinter ihm liegt, konnte er nur wenige Menschen mit seinem Vertrauen beschenken.

gez. von POSER, Oberstlt.

H0847-0119

Ich bestaet'ge hiermit die Richtigkeit der vorliegenden Auszuege aus dem beantworteten Fragebogen des Oberstlt. von Poser, der mir durch den Herrn Gen. Sekretaer des IMT ueberreicht worden ist.

Dr. Franz Flaechsner

Rechtsanwalt.

Speer Exhibit No. 49
Speer Doc. No. 63

Beantworteter Fragebogen des Zeugen Hans MALZACHER
VERHOMMEN VOM Headquarters Intelligence Center, 6825 HQ & HQS Company.

Vereidigung des Zeugen vor 1st. Lt., Sig. C. GEORGE L. BIXLER, am 3. August 1946

Fr. 1: Welche ehrenamtliche Taetigkeit uebten Sie im Ministerium SPEER bi und nach dem Ferb. 1945 aus und was war Ihr Beruf?

A.1: Von Oktober 1943 bis August 1944 war ich intermittierend (jede 2. Woche) im Ministerium Speer bei Schieber (Ruestungslieferungsamt) beschaeftigt und zwar stellvertretend in Eisenhuettenfragen. Ausserdem Vorzitzender der Ruestungskommission Oberschlesien (In beiden Faellen ehrenamtlich) Beruf: Generaldirektor der Berghuette Teschen, Oberschlesien.

Fr. 2.: Konnten Sie als Vorsitzer der Ruestungskommission entscheiden, ob die Arbeitsaemter Sauckels einem Ruestungsbetrieb einheimisch Arbeitskraefte, Auslaender oder Kriegsgefangene zuteilten?

A.2: Ich konnte darueber keine Entscheidungen treffen. Weisungen in diesen Angelegenheiten kamen direkt aus Berlin und gingen an das Arbeitsamt.

Fr. 3: Konnten Sie gegen die Arbeitsaemter bestimmen, welche Betriebe im Einzelnen Arbeitskraefte erhielten oder waren Sie auf das Ermessen der Arbeitsaemter angewiesen?

A.3: Es war meine Aufgabe, danach zu sehen, dass die Arbeitsaemter die durch Einziehung abgegangenen Arbeitskraefte wieder ersetzten. Bei Aufgliederung habe ich ebenfalls danach zu sehen gehabt, dass die von den Betrieben gestellten Forderungen nach Arbeitskraeften durch das Arbeitsamt erfuellt wurden.

Fr. 4: Hatten die Arbeitsaemter Weisungen, ihre Entscheidungen nach eigenen Richtlinien zu treffen oder sich Ihnen als Vorsitzer der Dienststellen SPEERS unterzuordnen?

A.4: Die Arbeitsaemter unterstanden unmittelbar dem Ministerium Sauckel. Der Praesident des Arbeitsamtes war Mitglied der Ruestungskommission. Eine endgueltige Entscheidung in Streitfaellen



H0847-0120

konnte ich nicht treffen. Der Praesident des Arbeitsamtes hatte das Recht, si sich an seinen Minister (Sauckel) zu wenden. Dieses kam oft vor.

Fr. 5: War es einer der Streitpunkte zwischen Ruestungsdienststellen uhd Arbeitsaemtern, dass die Arbeitsaemter eine selbstaendige Arbeitseinsatzpolitik betrieben hat ? Kam dieser Punkt auf den Ruestungstagungen SPEERS immer wieder zur Sprache?

A.5 : Es ergaben sich oft Differenzen in der Ruestungskommission zwischen der Arbeitseinsatzpolitik des Arbeitsamtes und den Vertretern der Industrie. Diese Differenzen kamen auf den Ruestungstagungen Speers wiederholt und in schaerfster Weise zum Vorschein.

Fr. 6: Als im Herbst 1944 der russ. Vormarsch sich Krakau naeherte, kam SPEER zu einem Besuch in das Oberschlesische Kohlenrevier. Haben Sie bei dieser Gelegenheit ihn gebeten, mit den verantwortlichen Dienststellen die Frage der Erhaltung oder Zerstoerung der polnisch-oberschlesischen Ind Industrie zu besprechen ? Welche Entscheidungen traf SPEER ?

A. 6.: Anlaesslich des Besuchs Speers im oberschlesischen Industrierevier im Herbst 1944 habe ich Speer ersucht, dem Reichsverteidigungskommissar (Gauleiter Brahht) seine, Speers, und unsere, die der Ruestungskommission Einstellung klarzulegen mit Hinsicht auf die Frage der Zerstoerung von Betrieben bei Gefahr des Feindeinbruchs. Speer hat eindeutig entschieden, dass Betriebe nicht zerstoert werden sollen, sondern dass es es hoechstens zur Laehmung von Betrieben kommen duerfe.

Fr. 7: Hat Speer im Januar 1945, als der Kampf um das oberschlesische Revier ausgetragen wurde, einen erneuten Besuch in Kattowitz vorgenommen? Wodurch wurde die geplante Besprechung verhindert? Hat SPEER Ihnen seine Weisungen ueber die Erhaltung der Industrie zur Unterstuetzung Ihres Standpunktes gegenueber den pol. Stellen ausrichten lassen ?

A.7: Um die Zeit des russ. Einburchs in Oberschlesien beabsichtigte Speer, mich im Januar 1945 in Oberschlesien zu besuchen. Die geplante Besprechu chung kam nicht zustande, da die russischen Streitkraefte in der Gegend vo von Oppeln bereits xx weit vorgedrungen waren und die Strasse nach Teschen bereits verstopft und wahrscheinlich auch abgeschnitten war. Ich glaube ausserdem zu erinnern, dass Speer damals einen Autounfall erlitt.



H0847-0121

H0847-0122



Speer hat mir durch sein Sekretariat mitteilen lassen, dass sein im Herbst dem Reichsverteidigungskommissar gegenueber geaeusserter Standpunkt, es duerfe nichts zerstoert werden, aufrecht bleiben muss. Speer bestaetigte dies bei einem unmittelbar nachher gefuehrten Telephongespraech.

Fr. 8: Wurde bei der spaeteren Besetzung durch sowjetische Streitkraefte die Industrie unzerstoert durch Sie uebergeben?

A.8: Die Betriebe wurden bis unmittelbar vor der Besetzung durch die russischen Streitkraefte in Betrieb gehalten. Sie wurden sodann stillgelegt und die betriebswichtigen Anlagen, z.B. die Pumpen, mit werkstreuen Polen oder Oberschlesiern besetzt, sodass diese Anlagen auch waehrend des Interregnums weiterliefen und den Betrieben nichts geschehen konnte. Ausserdem wurden werkstreue Angestellte, die sich entschlossen hatten, auch dann da zu bleiben, wenn die Werke vom Feind besetzt wurden, eingesetzt.

Fr. 9: Waren Bestrebungen vorhanden, die eine Zerstoerung vornehmen wollten und von wem gingen sie aus? Konnten diese durch das Argument SPEERS, dass dies Gebiet zurueckerobert werden wuerde, und bei einer vorherigen Zerstoerung fuer Deutschland dann wertlos sei, von ihren Plaenen abgehalten werden?

A.9: Von Seiten der Partei (Reichsleitung der Partei in Berlin) bestanden vor Herbst 1944 Bestrebungen, die oberschlesische Industrie zu zerstoeren. Zu jener Zeit schloss sich Bracht der Einstellung Speers fuer die Erhaltung der Industrie willig an, welche auf dem Argument beruhte, dass das Gebiet einmal zurueckerobert werden wuerde.

Fr. 10: Hat Speer Ihnen gegenueber erklaert, dass die Erhaltung geschehen muesse, da es nicht zu verantworten sei, dem Arbeiter seine Arbeitsstelle zu nehmen, gleichgueltig, ob es sich um Deutsche oder Polen handle? Koennen Sie hierzu weiteres ausfuehren?

A.10: Speer erklaerte mir eindeutig, dass die oberschlesische Industrie erhalten werden muesse, um den Arbeitern, gleichgueltig ob Deutsche oder Polen und Tschechen ihre Arbeitsstelle zu erhalten.

Fr. 11: Kam Speer Ende Febr. 1945 wieder in Ihr Gebiet und was legte er erneut wegen der Zerstoerung des Restgebietes von Ober- und Niederschlesien fest?

H0847-0123



A. 11: Speer suchte mich im Febr. 1945 in Teschen erneut auf. Vor den Vertretern der groessten Industrien Oberschlesiens, den Leitern der wichtigsten Diens stellen des Gaus, sowie vor dem Gen. Oberst Heinrici praezisierte Speer seinen Standpunkt erneut, dass unter keinen Umstaenden Zerstoerungen der Industrie im Restgebiet Oberschlesiens, weiters in Niederschlesien erfolgen duerften. Bei dieser Gelegenheit betraute mich Speer auch mit der Betreuung der Industrie Boehmens und Maehrens und Oesterreichs. Mit Ruecksicht auf die Situation zu diesem Zeitpunkt habe ich mich gegen die mir zugedachte neue Aufgabex gewehrt, habe sie aber dann doch angenommen als Speer erklaerte, er muesse einen Mann haben, der die Industrie und die Menschen dieser beiden Laender kennt und der bereits unter Beweis gestellt hat, dass er seinen strikten Anweisungen Rechnung traegt, naemlich i in der Erhaltung der Industrien. Speer sprach mir und meinen Herren auch d die Anerkennung aus , dass die oberschlesische Industrie praktisch zur Ganeze erhalten geblieben ist und erklaerte, dass er unsere Massnahmen restlos decke, wenngleich man in Berlin an massgebender Stelle unser Vorgehen als unrichtig bezeichnet hat.

Fr.12: Wurde in einer Besprechung in Prag festgelegt, dass in Boehmen und Maehren keine Zerstoerungen stattfinden duerften?

A. 12: Es wurde in Parg wiederum festgelegt, dass keine tschechische Industrie zerstoert werden duerfe. Bezueglich Munitionsfabriken hatte es Speer sich vorbehalten, selbst gegebenenfalls Entscheidungen zu treffen.

Fr.13: Wurden Sie zu Speer nach Berlin gerufen, als Mitte Maerz 1945 der Erlass Hitlers zur voelligen Zerstoerung aller Industrieanlagen bekanntgegeben un und die Ausfuehrung dieser Massnahmen von Speer auf die politischen Dienststellen ueberging? Hatten Speer und Sie sich entschlossen, die Durchfuehrung dieses Befehls mit allen auch illegalen Mitteln zu verhindern? Stellten Sie sich Speer hierzu vorbehaltlos zur Verfuegung?

A.13 : Ich erreichte Speer in der Nacht vom 29. zum 3o. 3. in Berlin, 6 Tage , nachdem mir der Hitlerbefehl fuer die voellige Zerstoerung aller vom Feind bedrohten Industrieanlagen bekannt geworden war. Auf die Frage Speers ob in der Zwischenzeit etwas zerstoert worden waere, antwortete ich: Nein. Ich begruendete meine verneinende Antwort damit, dass ich sofort

H0847-0124



von Prag, wo ich damals meinen Dienstsitz hatte, in das oberschlesische Gebiet gefahren war und dem stellvertretenden Reichsverteidigungskommissar Metzner (Bracht war damals ausser Dienst, da schwer krank) und dem Vorsitz der Ruestungskommission Oberschlesien Dr. Kreutzer, erklaerte, der Fuehrerbefehl sei voreilig herausgekommen, ich stuende mit Speer in Unterhandlung und es duerfe nichts geschehen, bevor von mir nach Ruecksprache mit Speer eine eindeutige Nachricht kaeme. Ich bat Speer unmittelbar darauf, mich meines Dienstes zu entheben, weil durch den Fuehrerbefehl die fuer mich seinerzeit massgebenden Voraussetzungen (naemlich, dass nichts zerstoert wer en duerfe) nicht mehr gegeben waren. Darauf bekam ich zur Antwort, dass er (Speer) sich seit Wochen bemuehe, den Fuehrer zu verhindern, einen solchen Befehl herauszugeben und er hoffe nochnin dieser Nacht auf eine positive Entscheidung. Daraufhin sagte Speer weiter, dass , sollte sich nun der Fuehrer nicht bereit erklaeren, diesen Zerstoerungsbefehl zurueckzuziehen oder den Wuenschen Speers entsprechend abzuaendern, dann lasse ich Sie, Herr Malzacher, dennoch nicht frei, denn dann muessen wir illegal verhindern, dass dieser Zerstoerungsbefehl durchgefuehrt wird. Auf diese Argumentation hin entschloss ich mich , mit Speer weiter zu arbeiten.

Fr. 14: Wurde vereinbart, dass Sie Speer sofort benachrichtigen sollten, wenn Sie in Ihrem Bezirk dies Unheil nicht verhindern koennten?

A.14: Es wurde bei dieser Gelegenheit auch vereinbart, dass ich Speer auf kuerzestem Wege zu verstaendigen habe, wenn ich von irgendeiner Seite Schwierigkeiten haette.

Fr. 15: Waren als die Alliierten Oesterreich besetzten, Kraefte vorhanden, die gegen die Befehle Speers dort Zerstoerungen vornehmen wollten? Ist Ihnen bekannt, dass der Gauleiter von Oberdonau u.a. das zentrale Umspannwerk Ernsthofen zerstoeren wollte?

A.15: Es waren beim Einmarsch der Alliierten Streitkraefte in diesen Gebieten seitens der Partei Kraefte vorhanden, die gegen den Befehl Speers Zerstoerungen vorbereiteten und auch die Absicht hatten, sie gegebenenfalls durchzufuehren. Es war mir ausserdem bekannt, dass der Gauleiter Eigruber grosse Vorbereitungen fuer Sprengungen in Steyr und bei den ehemaligen

H0847-0125



Goeringwerken in Linz getroffen hatte. Bezueglich des Emspannwerkes Ernsthofen glaube ich mich zu erinnern, dass Eigruber anlaesslich meiner Intervention am 17 . April von einer Zerstoerung von Ernsthofen abgerueckt war. Bezueglich der anderen Industrien vertrat er allerdings den Standpunkt, dass gesprengt werden wuerde. Bei den Steyr- und ehemaligen Goeringwerken habe ich den leitenden Direktoren hinter dem Ruecken des Gauleiters persoenlich den Auftrag gegeben, dass die Zuschnuere, bzw. elektrischen Zu/Leitungen abzumontieren seien, damit, falls ein Sprengkommando eingesetzt werden wuerde, nichts passieren koennte. Ich machte die Direktoren persoenlich fuer die richtige Durchfuehrung meines Auftrages verantwortlich.

Fr. 16: Was waere in diesem Einzelfall die Folge gewesen und ist die Zerstoerung verhindert worden?

A.16: Waere das Emspannwerk Ernsthofen zerstoert worden, dann waere ein Grossteil des industriellen und privaten Lebens Oberoesterreichs lahmgelegt worden.

Fr. 17: Kann abschliessend gesagt werden, dass es durch Ihre und Speers Taetigkeit gelungen ist, die Industrie in Ober- und Niederschlesien der Tschechoslowakei und Oesterreich vor Zerstoerungen zu bewahren?

A. 17 : Im Abschluss kann gesagt werden, dass durch die Befehle Speers und durch die Ausfuehrung derselben durch mich und meine Mitarbeiter die Zerstoerung der Industrien in Ober- und Niederschlesien, Boehmen und Maehren und in Oesterreich verhindert worden ist.

Fr. 18: War es nach Ihrer Meinung eine Verpflichtung fuer Speer, seinen Posten bis zum Schluss zu halten ?

A. 18 : Nach meiner Meinung war es eine Verpflichtung fuer Speer, seinen Posten bis zum Schluss zu behalten, weil nur dadurch die oben dargestellten Absichten verhindert werden konnten.

Ich, Dr. Hans Malzacher bestaetige hiermit an Eidesstatt, dass ich die obigen Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht habe.